

NORD UND SÜD

Eine deutsche Monatsschrift, herausgegeben von
Ludwig Stein

Aus dem Inhalt dieses Heftes:

Bildnis und eigenhändige Unterschrift des bulgarischen Ministerpräsidenten Exz. Dr. Radoslavoff

Professor Dr. Ludwig Stein: Unterredungen mit Staatsmännern

Wirkl. Geh. Rat Dr. P. D. Fischer: Der Krieg und die deutsche Volkswirtschaft

Dr. R. van der Borgh, Kaiserl. Präsident a. D.: Städtischer Realkredit nach dem Kriege

Dr. Otto Arendt, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses: Die Hypothekennot und ihre Bekämpfung

Justizrat Dr. Baumert: Die Befristung von Hypothekenschulden während des Krieges

Justizrat Dr. Meschelsohn: Die Hypotheken-Stündungsverordnung und ihr Mangel

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken. Vom Gründungsausschusse des „Verbandes Deutscher Hypothekenschutzbanken“, eingesetzt vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände

Professor Dr. Frhr. von Dungern: Die ungarischen Ahnen des Zaren Ferdinand von Bulgarien

Emin Raschid: Deutsch-Türkische Zusammenarbeit

Orestes Daskaljuk: Die Probleme der russischen Landwirtschaft

Werner Köhler: Namur — Maubeuge — Mons. Drei okkupierte Städte

M. Sobotta: Siebenbürgen, die deutsche Wacht

Richard Paasch: Zeitgedichte

Hans von Hülsen: Ein Solo, Novelle (Fortsetz.)

Rundschaun

Preis pro Heft 2 Mk., pro Quartal (3 Hefte) 6 Mk., pro Jahrgang (12 Hefte) 24 Mk.
Verlag der Schlesischen Buchdruckerei v. S. Schottlaender A.-G., Breslau III

eratenannahme durch unsere Geschäftsstelle, Berlin W. 10, durch unsern Verlag Breslau III, sowie durch Rudolf Mosse, Berlin und die bekannten Annoncenexpeditionen.

Nr. inw. ~~110-010366~~

Nr. inw. ~~czcs. 1341~~

November 1916.

Inhalt.

	Seite		Seite
Bildnis und eigenhändige Unterschrift des bulgarischen Ministerpräsidenten Cz. Dr. Radoslavoff	122	Professor Dr. Febr. von Dungen	
Prof. Dr. Ludwig Stein		Die ungarischen Thron des Zaren Ferdinand von Bulgarien	188
Unterredungen mit Staatsmännern . .	125	Gmin Naschid	
Wickl. Geh. Rat Dr. B. D. Fischer		Deutsch-Türkische Zusammenarbeit . .	193
Der Krieg und die deutsche Volkswirtschaft	139	Orestes Dastaluk	
Dr. H. van der Borgh, Kaiserl. Präsident a. D.		Die Probleme der russischen Landwirtschaft	197
Städtischer Realcredit nach dem Kriege .	153	Werner Köhler	
Dr. Otto Arenbl, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses		Mannur — Raubenge — Mons. Drei okkupierte Städte	201
Die Hypothekennot und ihre Bekämpfung	160	M. Sobotta	
Justizrat Dr. Baumert		Siebenbürgen, die deutsche Wacht . . .	206
Die Befristung von Hypothekenschulden während des Krieges	167	Richard Baasch	
Justizrat Dr. Meschelow		Zeitgedichte. (Vergeltung. — Ausblick)	212
Die Hypotheken = Stundungsverordnung und ihr Mangel	176	Hans von Hülßen	
Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken. Vom Gründungsausschusse des „Verbandes Deutscher Hypothekenschutzbanken“, eingesezt vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände	180	Ein Solo. Novelle. (Fortsetzung) . .	215
		Rundschau:	
		Philosophische Rundschau (Dr. Walter Meckner)	224
		Rundschau der Kriegsliteratur XV. (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg)	227
		Literarische Rundschau (Dr. Alfred Friedmann)	232
		Literarwissenschaftliche Rundschau (Dr. M. Strauß-Worms)	234
		Kriegs-Frauen-Rundschau (Ilisa Wolff-Frank)	237



Die Monatschrift „Nord und Süd“ erscheint am 1. jedes Monats.
Preis pro Quartal (3 Hefte) 6 Mark, Einzelhefte 2 Mark.

Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen jederzeit Bestellungen an.

==== Inzeraten-Annahme =====

durch unsere Geschäftsstelle, Berlin W. 10, Lützowufer 5a; durch unsern Verlag, Breslau III; ferner durch die Firma Rudolf Mosse und die bekannten Annoncen-Expeditionen.

Insertionspreis: pro 46 mm breite Zeile (Rudolf Mosse's Normal-Zeilenmesser No. 5) 70 Pl.

~~Akc W Nr 6 2001 Cz~~

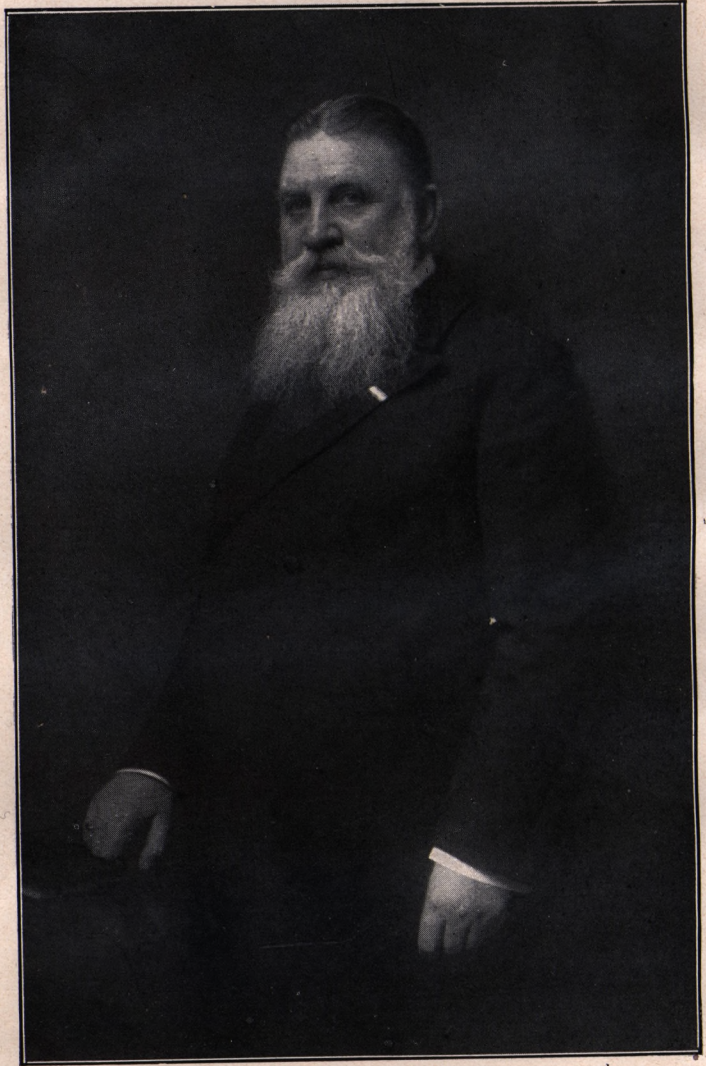
Akc W Nr 7 111 Cz



==== **Inseraten-Annahme** ====

durch unsere Geschäftsstelle, Berlin W. 10, Lützowufer 5a; durch unsern Verlag, Breslau III; ferner durch die Firma: Rudolf Mosse und die bekannten Annoncen-Expeditionen.

Insertionspreis: pro 46 mm breite Zeile (Rudolf Mosse's Normal-Zeilenmesser No. 5) 70 Pf.



Dr. V. Radoslavoff

Bildnis und eigenhändige Unterschrift des bulgarischen Ministerpräsidenten
Erzellenz Dr. Radoslavoff.

Nord und Süd

Eine deutsche Monatschrift

Begründet von Paul Lindau

Herausgeber: Professor Dr. Ludwig Stein



Schlesische Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt
v. S. Schottlaender, A.-G., Breslau.

Leipzig
E. F. Steinacker.

München
Berthold Sutter.

Berlin W. 10

Budapest
Grill'sche k. k. Hofbuchhandl.

Kopenhagen
Erslev & Hasselbalch.

Stockholm
C. E. Frize, Librairie Royale.

Christiania
Jacob Dybwad Buchhdlg.

Konstantinopel
Internat. Buchhandl. Otto Keil.

für die Provinzen in Schweden und in Dänemark: Georg Chr. Uffins Nachfolger, Kopenhagen.

für die Schweiz: Akadem. Antiqu. u. Buchhandlung Herm. Paur, Zürich I.

Generalvertretung für Holland: W. P. van Stockum und Sohn, Haag, Buitenhof 36.

41. Jahrgang. Band 159. Heft 506. November 1916.

Handwritten Title

Handwritten text line

Main body of handwritten text, including several lines of script.

Handwritten text at the bottom of the page.

Professor Dr. Ludwig Stein: Unterredungen mit Staatsmännern.

Berlin ist augenblicklich Treffpunkt der führenden Staatsmänner unserer Verbündeten und der neutralen Länder. Das lebendige Wort solcher Männer interessiert den Leserkreis unserer Zeitschrift sicherlich nicht weniger, als zusammenfassende Betrachtungen über politische Probleme. Da ich Gelegenheit hatte, die in den letzten Wochen hier eingetroffenen Diplomaten und Staatsmänner für die mir nahestehenden Blätter nach Art und Sinn ihrer politischen Aufgaben und Sendungen zu befragen, so dürfte eine kleine Auslese dieser Unterredungen unseren Lesern nicht unwillkommen sein. Neben dem türkischen Minister des Äußeren, Halil Bei, kommt der neuernannte amerikanische Botschafter Abram S. Ekus zum Wort. Den rumänischen Verrat schildern Simon Radew, bisheriger bulgarischer Gesandter in Bukarest, der vor fünfzehn Jahren etwa an der Universität Bern unter meiner Leitung philosophischen Studien oblag, und Enver Bei, der bisherige türkische Generalkonsul in Konstanz. Endlich führt uns der persische Nationalistenführer Wahid ul Mulk in das politische Fühlen und Sehnen der persischen Nation ein.

Halil Bei.

Der türkische Minister des Äußern Halil Bei macht in dieser seiner Eigenschaft unseren Staatsmännern den Antrittsbesuch. In seiner früheren Tätigkeit als türkischer Kammerpräsident hat Halil Bei sich mehr als drei Monate in Berlin aufgehalten und ist auch wiederholt im Großen Hauptquartier zu Gaste gewesen, was auch dieses Mal der Fall war. Seine ausgesprochen deutschfreundliche Gesinnung stempelte ihn zum berufenen Vertreter einer Politik, die den Anschluß an die Mittelmächte suchte, und die in diesem Bündnis eine Gewähr für die Unversehrtheit des türkischen Staates und die Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung des osmanischen Reiches erblickt. Bei seinem Amtsantritt als Minister des Äußern drachtete er dem Reichskanzler: „Ich werde meine Anstrengungen darauf richten, unserer gemeinsamen Sache zu dienen und die herzlichen Beziehungen zu festigen, die zwischen den beiden Reichen bestehen.“

Das damals gegebene Versprechen hat Halil Bei eingelöst, indem er sich unentwegt auf den Boden der Bündnispolitik gestellt hat.

Unvergessen sind die markigen Worte, die Halil Bei am 9. Oktober 1915 in seiner Eröffnungsrede bei Wiederezusammentritt der türkischen Kammer als deren Präsident gesprochen hat: „Die deutsche Nation,“ so führte damals Halil Bei aus, „beglückwünschte unsere Regierung, die in einem Momente, wo selbst die kleinsten Mächte uns verachteten, stolz unser Bündnis unterzeichnet hat.“ Als wirksamstes Ergebnis des Weltkrieges bezeichnete Halil Bei damals die im Gange befindliche Umwälzung, die darin besteht, daß „von der Nordsee bis zum Indischen Ozean eine mächtige Gruppe geschaffen sein wird, die ewig gegen den englischen Eigennuß zusammenhalten und sich gegen den russischen Ehrgeiz, gegen die französische Revanche und den italienischen Verrat richten wird“.

An diesen Ausspruch erinnerte ich jetzt Halil Bei, dessen Unterredung in Konstantinopel ich bereits in „Nord und Süd“ wiedergegeben habe, als ich ihn über den Zweck seines gegenwärtigen Aufenthaltes in Berlin befragte. Aus unserer Unterhaltung kann ich folgendes wiedergeben:

„Liegt der gegenwärtigen Reise Ew. Erzellenz nach Berlin eine besondere politische Veranlassung oder Verhandlung zugrunde?“

„Keineswegs. Seitdem ich das Kammerpräsidium mit dem Ministerium des Äußern vertauscht habe, war es mir noch nicht vergönnt, mit den führenden Staatsmännern Deutschlands, die ich von meinem letzten längeren Aufenthalte her kenne und schätze, in erneute persönliche Berührung zu kommen. Nichts ist natürlicher, als daß verbündete Staatsmänner von Zeit zu Zeit das Bedürfnis empfinden, sich über alle schwebenden Fragen persönlich auszusprechen. Mir war die Reise nach Berlin um so willkommener, als ich seit meinem Amtsantritt noch gar nicht ausspannen konnte, so daß ein Aufenthalt in der mir so lieb gewordenen deutschen Reichshauptstadt für mich gleichzeitig einen Ferienaufenthalt bedeutet. Ich kann nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß ich auch jetzt wieder eine so warme Stimmung für uns gefunden habe, wie überall bei meinem früheren Aufenthalte.“

„Die Mutmaßung ist hier aufgetaucht, daß die Reise Ew. Erzellenz mit dem Abschlusse der Handelsvertragsunterhandlungen zusammenhängt, die seit Monaten eifrig betrieben werden und nunmehr dem Abschluß entgegenreifen.“

„Es handelt sich nicht um einen Handelsvertrag, sondern um eine Verständigungsformel über wirtschaftliche Fragen, die wir zu gegenseitiger Befriedigung nicht bloß für die Kriegsdauer, sondern auch für die Übergangszeit nach dem Kriege gefunden zu haben glauben. Für einen eigentlichen Handelsvertrag ist der Zeitpunkt noch verfrüht. Wohl aber liegt es im Interesse der verbündeten Staaten, schon jetzt die Richtlinien festzulegen, nach denen man während des Krieges und der ihm unmittelbar folgenden Zeit zu verfahren beabsichtigt. Es gereicht mir zu hoher Befriedigung, daß wir in den maßgebenden Kreisen Berlins volles Verständnis für unsere handelspolitischen Bedürfnisse gefunden haben. Als eigentlichen Reisezweck aber kann man die

endgültige Festlegung der wirtschaftspolitischen Formel nicht bezeichnen, da ich überhaupt nicht eines besonderen Zweckes wegen oder gar in einer bestimmten Mission nach Berlin gekommen bin, sondern nur zu Aussprachen allgemeinen Inhaltes. Besondere politische Ziele kann ich hier umso weniger verfolgen, als die gemeinsamen Grundlagen des Bündnisses längst feststehen und vertraglich festgelegt sind."

„Wie hat die rumänische Kriegserklärung in der Türkei gewirkt?"

„Wir wurden durch die Tatsache nicht überrascht. Daher haben wir auch nicht gezögert, die Folgerungen aus dieser neugeschaffenen Tatsache zu ziehen und den Rumänen den Krieg zu erklären. Die Feinde unserer Freunde sind unsere Feinde. Deshalb mußten wir den neuen Feinden mit unseren Truppen entgegentreten und diese auf den gemeinsamen Kriegsschauplatz entsenden."

Botschafter Abram J. Elkus.

Der neue amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Herr Elkus, der in der Mitte der vierziger Jahre steht, gehört einer angesehenen jüdischen Familie in Newyork an. Er ist mit dem Botschafter Dekar Strauß, der zu wiederholten Malen Amerika am Goldenen Horn vertreten hat, verschwägert und mit seinem unmittelbaren Vorgänger Morgenthau nahe befreundet. Er stellt die Verdienste seines Vorgängers sehr hoch und betrachtet sie als vorbildlich für sein eigenes Wirken in der Türkei. — Es entspann sich in längerer Unterhaltung folgendes Zwiegespräch:

„Ist Ihnen, Excellenz, bekannt, daß in den europäischen Zeitungen das Märchen verbreitet war, Botschafter Morgenthau habe der türkischen Regierung Anerbietungen gemacht, Palästina anzukaufen?"

„Lachenden Mundes hat mir kurz vor meiner Abreise Mr. Morgenthau von dieser Ausstreuung, die die Kunde durch die ganze Presse beider Hemisphären gemacht hat, erzählt. In scherzendem Tone hatte Morgenthau in Anwesenheit einiger türkischer Staatsmänner bei Kaffee und Zigaretten gelegentlich einen lustigen Einfall zum Besten gegeben, aber weder ihm, noch den türkischen Staatsmännern ist es auch nur im Traume eingefallen, diesen Nachtsch-Scherz ernst zu nehmen. Es ist mir erwünscht, daß man dieser mißverständlichen Ausstreuung den Garaus macht."

„Hatten Sie auf Ihrer Reise hierher irgendwelche Belästigungen oder Beschwerden?"

„Weder wir noch unsere amerikanischen Reisegenossen bekamen unterwegs irgendetwas vom Kriege zu spüren. Ein amerikanischer Professor vom Robert College in Konstantinopel, den Sie von Konstantinopel her kennen, und den Sie bei mir treffen werden, wird Ihnen dieselben Erfahrungen bestätigen, die ich mit meiner Familie unterwegs gemacht habe. Wir haben uns in Kopenhagen eine kurze Weile aufgehalten und freuen uns, Berlin in einer Verfassung vorzu-

finden, die auf meine amerikanischen Freunde wie auf uns selbst den denkbar besten Eindruck gemacht hat.“

„Kennen Sie Berlin schon von früher her?“

„Ich war schon wiederholt in Berlin. Gleich nach meiner Ankunft sah ich mir das Straßenbild an, und ich suchte in Begleitung meiner Frau, deren gutes Deutsch Sie ja mit anhören konnten, das Leben und Treiben in einem Restaurant zu beobachten. Dabei fiel uns zu unserer großen Genugtuung auf, daß man weder in den Straßen Berlins, noch viel weniger im Restaurant irgendetwas vom Kriege merkt. Das von Ihnen geprägte Wort, daß in Deutschland eine „Demokratie des Magens“ herrscht, fanden wir bestätigt. Man sieht den Berlinern nicht an, daß der Krieg seit mehr als zwei Jahren wütet. Herabgesetzte Fleischnahrung birgt ja schließlich für uns alle gesundheitliche Vorteile in sich. Die Menschen werden durch geringeren Fleischkonsum im allgemeinen elastischer. In der Grundstimmung habe ich gegenüber meinen früheren Besuchen keine Veränderung bemerkt.“

„Da Ew. Erzellenz mit den jüngsten Eindrücken aus Newyork zu uns kommen, so sind Sie vielleicht in der Lage, mir einiges Nähere über die Wahlausichten Wilsons mitzuteilen.“

„Nach meiner festen Überzeugung hat Präsident Wilson begründete Aussicht, mit großer Mehrheit wiedergewählt zu werden. Die von ihm verkündete Plattform einer friedlichen Verständigung unter den Völkern auf dem Wege des Schiedsgerichtsverfahrens trifft den tiefsten Nerv des alten Amerikanertums. Die sehr große Friedensbewegung in Amerika, deren Wortführer Bryan gewesen ist, wird sich jetzt in Verbindung mit den von alters her demokratischen Staaten durchweg auf die Seite Wilsons neigen, weil sie es Wilson Dank weiß, daß es seiner Politik gelungen ist, Amerika von den Greueln des Krieges fernzuhalten. Die Wahlparole in Amerika wird mit dem Stichwort: „Weltfriede“ von seiten der Demokraten aufrecht erhalten werden. Die in Amerika ungemein verbreiteten Friedensvereinigungen und die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes, das den Krieg grundsätzlich verabscheut, werden dem Pazifisten Wilson zum Siege verhelfen.“

„Wie verträgt sich die wiederholte Friedensbeteuerung Wilsons mit jener sehr scharfen Rede Wilsons über die Amerikaner, die unter einer fremden Flagge geboren sind — eine Rede, die hier recht stußig gemacht hat?“

„Man muß die amerikanische Mentalität und vor allem den Begriff des „Hyphens“ (Bindestrich-Amerikaner) richtig verstehen, um die Friedensreden Wilsons würdigen zu können. Man scheint unter „Hyphens“ in Deutschland offenbar etwas ganz anderes zu verstehen, als wir drüben in Amerika. Vor Kriegsausbruch nämlich war der Begriff Hyphen durchaus harmloser Art und hatte keinerlei maliziösen oder gar bitteren Nebengeschmack. Unter Hyphen ver-

stand man, bevor Roosevelt diesem Worte während des Krieges eine bössartige Nebenbedeutung unterlegte, ein gesellschaftliches Zusammensein von Fremdgeborenen zu sozialen Zwecken, oder man gebrauchte auch diesen Ausdruck zur Kennzeichnung geschäftlicher Beziehungen und sportlicher Eigenarten, beispielsweise wurden irische Sportklubs ebenso als Hyphens bezeichnet, wie deutsche Gesangsvereine. Achten Sie darauf, daß Wilson in seinen drei Friedensreden noch niemals das Wort Deutsch-Amerikaner in den Mund genommen hat. Es ist völlig irreführend, den von Roosevelt bössartig zugespitzten Begriff lediglich und ausschließlich auf die Deutschen zu beziehen. Es gilt ebenso von den Anglo-Amerikanern, Franco-Amerikanern, Hungaro-Amerikanern, Italo-Amerikanern wie von den Deutsch-Amerikanern. Die Meinung Wilsons ist, daß in Amerika keine andere als amerikanische Politik getrieben werden soll. Er verlangt von allen Hyphens, von den Iren ebenso wie von den Italienern, daß sie nur eine Weltpolitik unter amerikanischem Gesichtswinkel treiben. Aber aus dem Umstande, daß Wilson ganz folgerichtig die Friedens- und Schiedsgerichts-Idee in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückt, muß die Folgerung gezogen werden, daß die Plattform, auf der die Wilsonsche Wahl sich vollziehen wird, unter den Auspizien des Pazifismus errichtet ist. Messerscharf werden bei den Wahlen einander gegenüberstehen: Demokratischer Pazifismus auf der einen, Militarismus und Imperialismus auf der anderen Seite. Aus diesem Grunde hege ich nicht den geringsten Zweifel, daß die große Mehrheit des amerikanischen Volkes, das friedlich gesinnt ist, sich im November für Wilson entscheiden wird."

"Und welche Stellung nehmen die Juden in diesem Wahlkampfe ein?"

"In schärfster Betonung möchte ich vorerst zum Ausdruck bringen, daß die Juden in den Vereinigten Staaten nicht in ihrer Eigenschaft als Juden, sondern als Bürger der Vereinigten Staaten von ihrem Wahlrecht genau so unabhängig von ihrer Konfession Gebrauch machen werden, wie alle anderen Konfessionen und Nationalitäten. Sie wissen, daß Amerika augenblicklich nahezu drei Millionen jüdischer Einwohner zählt. Ich selbst bekenne mich, wie Ihnen bekannt ist, zum jüdischen Glauben und verfechte die Rechte der Juden genau so wie die aller Unterdrückten. Wir Juden in den Vereinigten Staaten wissen die Segnungen der freien Verfassung unseres Landes ihrem vollen Gehalte nach zu würdigen. Da die Juden als einstmals Verfolgte grundsätzlich gegen alle Verfolgungen sind, so müssen sie notgedrungen, ihrer eigenen Überzeugung und Überlieferung gemäß, sich auf diejenige Seite schlagen, die dem Weltfrieden förderlich ist. Selbstverständlich vertrete ich als Botschafter nur das Interesse des gesamten Amerikanertums, aber das hindert mich nicht, daneben die ewige Sehnsucht meiner Glaubensbrüder nach voller gesetzlicher Gleichberechtigung in allen Ländern der Erde mit Nachdruck nach meinem schwachen Können zu fördern, soweit diese Arbeit nicht mit meiner Sendung als amerikanischer Botschafter in Widerstreit geraten könnte. Selbstverständlich bin ich in erster Linie Amerikaner und erst dann Jude."

„Haben Erzellenz für die Türkei ein besonderes politisches Programm, und sind Sie in der Lage, mir darüber einen Fingerzeig zu geben?“

„Das Programm des amerikanischen Botschafters in Konstantinopel ist seit Jahr und Tag festgelegt. Meine Vorgänger Strauß und Morgenthau haben sich streng an dieses Programm gehalten, das ich fortzusetzen mich bemühen werde. Es besteht darin, daß Amerika in der Türkei keine anderen Ziele verfolgt, als die von der Humanität gebotenen. Ich komme nicht, wie mir vielfach angedichtet worden ist, als Gegner, sondern im Gegenteil als aufrichtiger und warmer Freund der Türkei nach Konstantinopel. Das segensreiche Wirken meiner beiden Vorgänger hoffe ich zu vollenden. Besonders die amerikanischen Schulen in der Türkei liegen mir am Herzen. Die amerikanischen Colleges sind eine Pflanzstätte der Bildung für den ganzen Orient. So sind beispielsweise viele bulgarische Minister aus unseren amerikanischen Bildungsanstalten hervorgegangen. Unsere Schulen in der Türkei haben keinerlei politischen, sondern einen rein philanthropischen Charakter. Wir Amerikaner verfolgen in der Türkei nur humanitäre Ideale. Wo Elend, Jammer, Kummer und Schmerz mir entgegentritt, da werde ich zu helfen oder zu lindern suchen. Ich gehe nach der Türkei mit der Friedenspalme in der Hand. Mir kann kein schönerer Lohn für meine Arbeit winken, als wenn mir gelänge, durch meine bescheidene Tätigkeit in Konstantinopel dazu beizutragen, daß Bausteine zur Wiederherstellung des Weltfriedens herbeigeschafft werden.“

Der bulgarische Gesandte S. Kadew.

Der bisherige bulgarische Gesandte in Bukarest, Erzellenz S. Kadew, gab mir — aus Anlaß eines Besuches, den er mir als seinem ehemaligen Lehrer machte — wertvolle Aufschlüsse über die diplomatische Vorgeschichte des rumänischen Verrats. Erzellenz Kadew hat in der Schweiz seine akademischen Studien zum Abschluß gebracht. Ungeachtet seiner Jugend — er steht im 38. Lebensjahr — hat Kadew ungewöhnliche Leistungen aufzuweisen. Er leitete als Chefredakteur zwölf Jahre lang eine bulgarische Zeitung und gab drei Jahre lang eine literarische Revue großen Stiles heraus. Als er sich von der Journalistik zurückzog, wandte er sich der politischen Geschichtschreibung zu. Er verfaßte eine politisch-diplomatische Geschichte Bulgariens seit dem Berliner Kongreß, und zwar auf Grund der Forschungen in den Archiven des bulgarischen Ministeriums des Äußern und in dem schriftlichen Nachlasse von Stambulow. Beim Ausbruch des ersten Balkankrieges trat Kadew als Freiwilliger in die Armee ein, wo er es bis zum Unteroffizier brachte. Der junge Unteroffizier aber wurde von seiner Regierung im zweiten Balkankrieg als Delegierter zu den Verhandlungen nach Bukarest geschickt und blieb gleich nach dem Frieden von Bukarest als bulgarischer Gesandter dort, so daß er vom Anbeginn des Weltkrieges bis zur Kriegserklärung Rumäniens den heißen Boden der rumänischen Hauptstadt nicht verlassen hat.

„Gleich nach meinem Amtsantritt in Rumänien,“ so führte der bulgarische Diplomat aus, „fand ich ein völlig neues, gegen früher politisch anders orientiertes Rumänien vor. Die öffentliche Meinung hat sich gleich nach dem Friedensschluß ebenso ausgesprochen von Österreich-Ungarn abgewandt, wie sie sich der Gegengruppe, besonders Frankreich, offensichtlich zuneigte. Der Friede von Bukarest wurde wie ein Dolchstoß in die Brust Bulgariens empfunden, weil man sich in der neugewonnenen südlichen Dobrudscha einen Aufmarschraum gegen Bulgarien gesichert hatte. Diese strategische Perspektive beflügelte die Einbildungskraft der rumänischen Irredenta. Damals machte die Regierung diese Zweideutigkeit noch nicht mit. Denn König Karol führte die Zügel der Regierung mit fester Hand, und an der Spitze der Regierung stand Majorescu, der bis auf den heutigen Tag den Mittelmächten die Treue gewahrt hat. Aber die österreichfeindlichen Politiker tuschelten sich damals schon heimlich zu, daß die Zeit gekommen sei, einen neuen Balkanblock unter Führung der Entente herzustellen. Dieser Balkanblock sollte seine Spitze unmittelbar gegen Österreich richten, aber mittelbar die Einkreisung Deutschlands im Gefolge haben. Als ersten Schritt zu dieser Neuorientierung Rumäniens dachte man sich den Sturz Radoslawows. Zu diesem Zweck hat man die bulgarische Anleihe in Paris hintertrieben. Aber die Anleihe kam in Berlin zustande, womit die erste Machenschaft der Entente gegen unsere Gruppe ins Wasser fiel.“

„Da Sie bei Ihrer Berufung doch eigentlich in diplomatischen Dingen ein Neuling waren, so interessiert mich die Methode besonders, die Sie bei der Erfüllung Ihrer diplomatischen Aufgabe in Bukarest verfolgt haben.“

„Meine Richtschnur,“ antwortete Radew, „war die Anpassung der politischen Methode an das Land, in dem ich mich befand, und dessen Charakter mir nicht neu war. Allgemeine Regeln lassen sich schwer aufstellen, aber der Instinkt hilft weiter. Hat man es, wie beispielsweise in Deutschland, mit Staatsmännern zu tun, bei denen man Redlichkeit unbedingt voraussetzen darf, dann hält man sich in erster Linie an die Personen, mit denen man verhandelt. In Rumänien aber tut man gut, sich mehr an Tatsachen zu halten, als an Personen. Beim Ausbruch des Weltkrieges habe ich mit Bratianu zuerst nur zweimal je fünf Minuten gesprochen, zumal mein Vertrauen zu seinen Worten auf ein Mindestmaß herabgesetzt war. Wie richtig ich Bratianu eingeschätzt habe, ersehen Sie aus folgender Einzelheit: Als ich Bratianu zum ersten Mal aufsuchte und ihm mitteilte, einer seiner Minister habe mir ein bestimmtes Versprechen gegeben, da antwortete mir Bratianu: „Haben Sie das schriftlich?“ Das genügte mir. Von diesem Augenblicke ab wußte ich, was ich von Bratianu zu halten habe, und ich hielt mich so fern wie irgendmöglich von ihm, ohne die ungeschriebenen Gesetze des Anstandes zu verletzen.“

„Wie konnten Sie es nun einrichten, daß sie eine so ausgezeichnete Berichterstattung nach Sofia gelangen lassen konnten, daß Radoslawow Sie vor kurzem

öffentlich wegen der Zuverlässigkeit und unbedingten Glaubwürdigkeit Ihrer Berichterstattung gefeiert hat?"

„Das hängt mit meinem persönlichen Verhältnis zu den Gesandten unserer Gruppe, besonders aber zum deutschen Gesandten vom dem Busche zusammen. Wenn es einen Mann in Bukarest gab, der über alles genau unterrichtet war, so war es von dem Busche, mit dem mich nicht bloß eine persönliche Freundschaft, sondern eine enge Ideenverwandtschaft verbindet. Wir waren nahezu täglich zusammen und gaben uns unsere gegenseitigen Informationen, so daß ich mein bestes Material dem deutschen Gesandten verdanke.“

„Können Sie mir etwas über die Vorgeschichte des rumänischen Verrates in ihren Einzelheiten erzählen?"

„Als die Nachrichten über die großen deutschen Siege nach Bukarest gelangten, packte Bratianu die bleiche Furcht, und diese veranlaßte ihn zu seiner berückichtigten Zauderpolitik, die man besser als Zaudertaktik ansprechen kann. Er stellte sich zunächst auf den Boden der Neutralität, verhandelte aber mit Rußland unter Zugrundelegung einer für die Ententegruppe wohlwollenden Neutralität. Als Kompensation für diese Haltung forderte er von Rußland Siebenbürgen. Aber Frankreich und England wollten diesen Vertrag, den Rußland einzugehen bereit war, nicht garantieren. Sie ließen nach Rumänien wissen, daß man solche Bürgschaften zu leisten nicht für nötig erachte, weil ja Rumänien ohnehin eine andere Politik zu treiben nicht in der Lage sei. Wozu also Bratianu Zugeständnisse machen, wenn die Gegenleistungen nicht greifbarer Natur seien? Rumänien könne die Garantie von Frankreich und England nur um den Preis eines aktiven Eingreifens bekommen. Darauf zerschlugen sich die Verhandlungen.“

„Welchen Verlauf nahmen nun die späteren Verhandlungen?"

„Als die Russen im Jahre 1915 in die Karpathen eindrangen, begann Bratianu aufs neue Verhandlungen mit Rußland, aber jetzt nicht mehr auf der Basis der wohlwollenden Neutralität, sondern eines vorbehaltlosen Mitgehens mit dem Biververband. Jetzt verlangte Bratianu für das Eingreifen Rumäniens nicht bloß Siebenbürgen, sondern auch noch den ganzen Banat und dazu die Bukowina mit Czernowitz an der Spitze. Aber weder wollten die Russen Czernowitz hergeben, noch die Serben den Banat. Bratianu war über diese neu aufgetauchte Schwierigkeit nicht ungehalten. Denn sie gab ihm die Möglichkeit, seine Entscheidung hintanzuhalten, bis die Russen in Ungarn eindrangen, um dann wieder so billige Lorbeeren einzuheimsen, wie im Jahre 1913 bei ihrem militärischen Spaziergang. Er verlangte vor allem, daß die Russen den Rumänen die strategische Arbeit in den Karpathen abnehmen und außerdem die österreichisch-ungarische Vorbereitung gegen Rumänien wettmachen sollten. Im Prinzip aber war Bratianu damals schon entschlossen. Nur der Zeitpunkt stand noch nicht fest. Für diesen Zeitpunkt aber war die Haltung Bulgariens maßgebend, da er unter

allen Umständen einen Zweifrontenkrieg gegen Osterreich-Ungarn und Bulgarien ablehnte. Bratianu stellte folgende zwei Bedingungen: erstens: Die Russen müssen die Karpathen überschreiten; zweitens: die Bulgaren müssen in die Entente-gruppe einbezogen werden, damit sie Konstantinopel nehmen und solchergestalt die direkte Wasserverbindung zwischen den Ententemächten und Rumänien via Dardanellen und Donau herstellen.“

„Warum scheiterten diese Verhandlungen?“

„Nach Gorlice sank den Rumänen nicht bloß, sondern auch den Bierverbändlern der Mut. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, nur eine einzige Forderung hielten die Bierverbändler aufrecht, daß nämlich Rumänien die Munition nach der Türkei nicht durchlasse. Dabei blieb aber Bratianu nach wie vor bei seinem prinzipiellen Entschluß, in den Kampf auf der gegnerischen Seite einzugreifen, sobald die militärische Lage für Rumänien derartig war, daß er gefahrlos auf Beute ausgehen konnte. Trotz der scheinbaren diplomatischen Ruhepause wurden militärische Vorbereitungen großen Stils getroffen. Truppenverschiebungen aller Art standen auf der Tagesordnung. Erst mit dem Erscheinen Bulgariens auf dem Kriegsschauplatz rückte der Bierverband mit der Forderung hervor, Rumänien solle gleichzeitig mit Benizelos die beiden Länder mobilisieren lassen, dann werde ihm sein Siegespreis zuteil. Aber Bratianu begann zu lavieren. Er hatte eine höllische Angst vor den bulgarischen Truppen. Jetzt stellte er die Forderungen, daß Sarraill und seine Armee in Saloniki bleiben müßten, weil sie einen Schutz Rumäniens bildeten. Briand hat tatsächlich den französischen Generalstab mit Rücksicht auf Rumänien veranlaßt, das Saloniki-Abenteuer durchzuhalten, wenngleich die Engländer ernstlichen Widerstand entgegensezten. Die nunmehrigen Bedingungen Bratianus an den Bierverband für das Eingreifen an der Seite des Bierverbandes waren: Erstens: die Entente muß Griechenland zum Mitgehen zwingen. Zweitens: falls Griechenland nicht dazu zu bewegen ist, muß die Armee Sarraills auf 400 000 Mann erhöht werden. Drittens: die Russen müssen die Karpathen auf einer breiten Front bezwingen und zudem mindestens Lemberg und Kowel nehmen, bevor Rumänien den Krieg erklärt. Viertens: die Russen müssen mindestens 200 000 Mann in die Dobrudscha einrücken lassen. Fünftens: die Bierverbandsmächte müssen sich verpflichten, den direkten Verkehrsweg über Wladiwostok—Archangelsk—Keni herzustellen, damit die Munition auf der großen Linie unter englischer Kontrolle nach Rumänien gelangen könne. Eine englische Kontrolle verlangten sie deshalb, weil sie zu den russischen Behörden kein Zutrauen hatten. Als die Russen Schwierigkeiten machten, zwang Frankreich Rußland sowohl, als auch Serbien, nachzugeben, indem die Russen auf Czernowitz und die Serben auf den Banat zu Gunsten Rumäniens verzichteten.“

„Wie hat sich die Schlußzene dieser diplomatischen Tragikomödie abgespielt?“

„Brussilows Offensive hat die Erwartungen Bratianus getäuscht. Griechenland blieb neutral und Sarrail untätig. Die Forderung Bratianus, daß man die Sarrailsche Armee auf 400 000 Mann bringe, blieb unerfüllt. Jetzt begann Bratianu wieder zu schlottern. Er versuchte, England gegenüber seine dilatorische Methode wieder anzuwenden. Da kam es zum Äußersten. Am Vorabend des entscheidungsvollen Tages drohte Briand ernstlich, daß Sarrail sich von Saloniki ganz zurückziehen und daß man sich um Rumänien überhaupt nicht mehr kümmern, es vielmehr der Gnade oder Ungnade der Bulgaren überlassen werde. Gleichzeitig erklärte Rußland kategorisch, daß die Russen, ohne Rumänien zu befragen, den Durchmarsch erzwingen und nach der Moldau durchziehen werden, um von dort aus die Karpathen zu bezwingen. Infolge dieser doppelten Drohungen verlor Bratianu völlig den Kopf. Er verzichtete auf die Forderung Lemberg—Kowel. Er erklärte sich damit einverstanden, daß die Russen statt der vereinbarten 200 000 Mann nur vier Divisionen nach Rumänien schickten. Er nahm endlich Abstand von seiner Forderung, daß die Sarrailsche Armee auf 400 000 Mann erhöht werde. Das einzige, was er jetzt forderte, war, daß Sarrail wenigstens die Offensive gegen die Bulgaren ergreife, damit sie von der Dobrudscha abgelenkt werden. Aber die bulgarisch-deutsche Gegenoffensive hat die Hoffnungen Bratianus auf die Stärke der Sarrailschen Armee dermaßen getäuscht, daß er völlig den Kopf verlor. Der Doppeldruck auf Rumänien verstärkte sich von Stunde zu Stunde. Bratianu fürchtete ernstlich, daß die Bulgaren in Saloniki einrücken würden, und so wurde der Erzbetrüger Bratianu zum betrogenen Betrüger. Weder hat er seine Bedingungen, noch den Zeitpunkt des Eingreifens durchgesetzt, sondern im letzten Augenblick wurde ihm die Schlinge zugezogen, die er sich selbst um den Hals gelegt hatte. Bratianu fiel in die Grube, die er anderen gegraben hatte. Wir waren uns alle über seine Bereitschaft klar, nicht aber über den Zeitpunkt, weil — Bratianu selber den Zeitpunkt nicht bestimmen konnte, sondern über Nacht zu seinen Entschlüssen mit dem Revolver gezwungen wurde.“

Generalkonsul Enver Bei.

Von den Mitgliedern der türkischen Diplomatie, die aus Bukarest in Berlin eintrafen, sind einzelne bereits nach Konstantinopel weitergereist, aber Enver Bei, der bisherige türkische Generalkonsul in Konstanz, ein Namensvetter des berühmten Generalissimus, blieb noch hier. Wie er mir in einem Gespräche mitteilte, ist der bisherige türkische Gesandte in Bukarest nur deshalb noch in Stockholm geblieben, weil er dort die Genesung seiner auf der Reise schwer erkrankten Kinder abwarten will. Die Unterredung nahm weiter folgenden Verlauf:

„Unser Gesandter in Bukarest hatte,“ so bemerkte Enver Bei, „längst die kritische Lage durchschaut und in seinen Berichten entsprechend dargestellt, aber er

zögerte, seine Familie vorzeitig in Sicherheit zu bringen, weil sonst unwillkommene Schlüsse daraus gezogen werden könnten. Er zog es vor, bis zuletzt auszuhalten und die türkischen Untertanen zu schützen."

"Auf Ihrem Posten in Konstanza haben Sie wohl Dinge beobachtet, die man in Bukarest nicht zu sehen bekam. Deutete irgendetwas auf ein unmittelbares Eingreifen Rumäniens hin?"

"Schon vierzehn Tage vor der Kriegserklärung war mir auf Grund meiner Beobachtungen in Konstanza der ganze Ernst der Lage aufgegangen, und ich habe nicht veräußert, die zuständigen politischen und militärischen Instanzen täglich von den Vorkommnissen in Kenntnis zu setzen. Die militärischen Vorbereitungen machten den Eindruck des Überstürzten. Alles ging Hals über Kopf, so daß ich die Gefahr als brennend empfand und entsprechend berichtete. Damals befanden sich im Hafen von Konstanza noch acht große bulgarische Dampfer und etwa 150 kleinere Segler mit Handelswaren. Als ich den Ernst der Lage vollkommen übersah, berief ich alle bulgarischen Schiffseigner zusammen, um sie auf das Schicksal vorzubereiten, das ihrer harrte, wenn sie sich nicht rechtzeitig aus dem Staube machten. In der That blieb nur ein einziges Dampfschiff auf direkten Befehl bis zur Kriegserklärung im Hafen von Konstanza zurück, während mehr als hundert Segler sich auf meinen Rath hin unauffällig davongemacht hatten. Die übrigen vierzig Segler rekrutierten sich zumeist aus unsicheren Kantontisten, meist Griechen, die ebenso gern für die Gegenpartei wie für uns ihre Waren befördern, so daß für Bulgarien kein namhafter Schaden entstand."

"Ist es Ihnen im letzten Augenblick noch gelungen, Ihre Archive zu retten?"

"Vier Tage vor Kriegsausbruch wurde das Wichtigste von Bukarest wegtransportiert, ebenso die Goldvorräte. Sogar mein persönliches Vermögen habe ich noch vier Tage vor der Kriegserklärung nach Wien schaffen und dort in Sicherheit bringen können."

"Woher hatten Sie eine so genaue Witterung des Kommenden?"

"Eine Reihe von Symptomen ließ mich nicht daran zweifeln, daß die Kriegserklärung bevorstehe. Schon eine Woche vor der Kriegserklärung suchte ich mit meinem deutschen Kollegen im Hafen von Konstanza ein Boot zum Rudern. Da riefen uns schon die dort konzentrierten rumänischen Soldaten zu: „Die Rache naht, die Stunde der Vergeltung hat geschlagen.“ Dabei kam weniger Haß gegen Deutsche und Türken zum Ausdruck, als Wut gegen Oesterreich und Furcht vor Bulgarien. Aber mein deutscher Kollege und ich wußten von diesem Augenblicke an, daß die Lage unhaltbar ist, und wir berichteten dementsprechend."

"Wie haben sich die Rumänen in Konstanza in den letzten Tagen vor der Kriegserklärung gegen Sie benommen?"

„Die Überwachung von seiten der rumänischen Behörden war geradezu unerhört. Sie mieteten ein leeres Haus gegenüber meinem Konsulat, um zu spionieren. Jeder Eintretende wurde vom Fenster aus überwacht, so daß man sich fürchtete, ins Konsulat zu kommen, um nicht auf die schwarze Liste gesetzt zu werden. In der letzten Woche wurde mir verboten, mit meinem Kollegen in türkischer Sprache zu telephonieren. Vier Tage vor der Kriegserklärung hat man mir den telephonischen Draht völlig abgeschnitten.“

„Auf welchem Wege erfuhren Sie die Kriegserklärung?“

„Sonntag, den 18. August, 10 Uhr vormittags, fand bekanntlich der Kronrat statt, der angeblich über Krieg und Frieden entscheiden sollte. Aber schon an demselben Sonntag morgens um 7 Uhr habe ich vom Fenster aus gesehen, daß im Hafen von Konstanza Minen gelegt wurden. Die Tätigkeit im Hafen war geradezu fieberhaft. Truppentransporte wogten hin und her. Um 2 Uhr nachmittags kam der Polizeipräsident von Konstanza mit zwei Polizisten in mein Konsulatsgebäude und teilte mir mit Bedauern mit, daß die rumänische Regierung meine Internierung verfügt habe. Auch meine Dienstboten durften nicht ein und aus, um Einkäufe zu machen. Der Polizeipräsident, der mir früher befreundet war, ging dann, angeblich nur auf eine Viertelstunde, nach Hause, ließ sich aber nicht wieder blicken. Um 2 Uhr 5 Minuten hörte ich einen ungeheuren Knall, worauf meine Diener, die aus der Luke den Vorgang im Hafen beobachtet haben, mir meldeten, daß ein rumänisches Pontonschiff auf eine Mine gelaufen und in die Luft geflogen sei. Um 2 Uhr 30 Minuten tauchte die russische Flotte, bestehend aus neunzehn Einheiten, die ich mit eigenen Augen gesehen habe, im Hafen von Konstanza auf. Daraus geht mit Sicherheit hervor, daß es sich um ein längst abgekartetes Spiel handelte, denn die russischen Schiffe konnten nur aus Odessa oder aus irgendeinem anderen Hafen kommen und fuhren als Kriegsschiffe in einen neutralen Hafen ein, während der Bukarester Kronrat angeblich seine Entschlüsse noch nicht gefaßt hatte. Damit ist klar bewiesen, daß zum mindesten die Regierung, wenn auch nicht der König, im stillen Einvernehmen mit Rußland gehandelt hat.“

„Halten Sie es für möglich, daß irgendeine Gesandtschaft unserer Gruppe besser unterrichtet gewesen wäre, als eine andere?“

„Das ist völlig ausgeschlossen. Denn wie ich meine Berichte vor ihrer Abfendung mit meinen Kollegen in Konstanza besprach, so weiß ich, daß alle Gesandten unserer Gruppe ihrerseits die einlaufenden Berichte miteinander ausgetauscht haben. Sie waren allesamt überzeugt, daß es losgehe, aber keiner konnte den genauen Zeitpunkt angeben, da ja die Rumänen schließlich selbst überrumpelt wurden und der König vor allen Dingen getäuscht worden ist.“

*

Besonders überraschend wirkte, wie im Anschlusse an diese Unterredung erwähnt sei, die Kriegserklärung in S i n a i a, dem rumänischen Luft- und Luftkurort. N o c h a m N a c h m i t t a g vergnügten sich Damen unserer Diplomatie harmlos beim Tennis, und die Musik spielte bis 7 Uhr abends. Erst um 9 Uhr wurde Sturm geblasen, und das ganze Thal hallte von Kanonenschüssen wider. Ein Teil der Damen der verschiedenen Gesandtschaften, ebenso die Mitglieder der Gesandtschaft wurden sogleich nach Bukarest befördert. Der Generalsekretär im Ministerium des Äußern, Herr Nann, tat sein möglichstes, damit die Damen der Gesandtschaften und das Gesandtschaftspersonal noch mitten in der Nacht ohne Belästigung aus Sinaia nach Bukarest eilen konnten.

Wahid ul Mulk.

Wahid ul Mulk ist der Führer der liberalen Partei des persischen Parlamentes. Sein Ziel ist darauf gerichtet, für die nationalpersischen Ideale bei unseren Verbündeten Freunde zu gewinnen. Er ist hierher gereist, um mit den hiesigen, maßgebenden politischen Kreisen Fühlung zu gewinnen.

„Wann haben Sie Persien verlassen?“ begann ich die Unterhaltung.

„Die nationalpersische Mission, die sich nach Europa begeben wollte, um für unsere heilige Sache zu werben, bestand ursprünglich aus 35 Mitgliedern, die schon Anfang November 1915 Teheran verlassen haben. Das Wesen unserer Sendung bestand darin, gegen die englische Bedrückung und russische Auffaugung an allen Höfen, die wir zu erreichen vermögen, energische Verwahrung einzulegen. Unser Kaiser hatte nämlich am 6. November das Parlament verständigt, daß er sich nach Isfahan, der alten Hauptstadt Persiens, zu begeben beabsichtige. Am Tage darauf widerrief er indes seinen Entschluß und verblieb in Teheran, wo er noch bis heute weilt. Die 35 Mitglieder des Parlamentes, die sich aus allen Parteien zusammensetzten, befanden sich indes schon unterwegs, und zwar 250 Kilometer südlich von Teheran, in R u m. Für die Bierverbändler galten wir alle als Anti-Russen, Anti-Engländer und Deutschenfreunde, so daß wir als politisch Geächtete angesehen werden. Wären wir von den Russen gefangen genommen worden, so wäre unser Schicksal endgültig besiegelt. Erst nach dreimonatlicher Spannung haben uns die türkischen Truppen entlastet, so daß wir wieder frei aufatmen konnten.“

„Was geschah mit den übrigen Mitgliedern Ihrer politischen Expedition?“

„Als wir beim Vorrücken der Russen in Gefahr gerieten, begaben wir uns nach K e r m a n s c h a, der Hauptstadt der westlichen Provinzen von Persien. Es wurde beschloffen, daß zwei Delegierte nach der Türkei und Deutschland entsendet werden sollten, deren einer, der Vizepräsident des persischen Parlamentes und Führer der gemäßigten Partei, sich noch in Konstantinopel aufhält, während ich nach Berlin entsandt wurde. Ein weiteres Mitglied des persischen Parlamentes

hat sich uns freiwillig angeschlossen, um dem Vizepräsidenten der Kammer, der in Konstantinopel zurückgeblieben ist, zur Seite zu stehen."

„Welchen politischen Standpunkt vertreten die persischen Delegierten?"

„Wir fühlen uns als Vertreter des parlamentarischen Burgfriedens. Jede Partei gilt augenblicklich für ausgeschaltet. Das Volk und das Parlament kennen nur ein einziges Ziel und dieses heißt: Vertreibung der Russen und Engländer aus persischem Gebiete. Wir Delegierten fühlen uns als Vertreter der gesamt-persischen Nation, ohne indes irgendeinen amtlichen Auftrag zu haben. Wir sind vielmehr nach Europa entsendet worden, um mit den Staatsmännern der Mittelmächte die Gesamtlage Persiens zu besprechen und das Interesse für die Bestrebungen unserer Nation zu wecken."

„Wie war der Empfang in Konstantinopel?"

„Der Sultan hat unsere Delegation mit ungewöhnlicher Wärme empfangen. Die Vorliebe des Sultans für persische Sprache und Literatur ist bekannt, so daß es uns nicht Wunder nahm, als er uns in fließendem Persisch ansprach. In seiner Rede betonte der Sultan den lebhaften Anteil, den er persönlich an der national-persischen Bewegung nehme. Die Ansprache des Sultans schloß mit den Worten: „Die Nachbarstaaten Türkei und Persien sollen einer gemeinsamen Blüte entgegengeführt werden."

„Und wie war die Aufnahme seitens der türkischen Staatsmänner?"

„Die türkischen Parlamentarier gaben uns, gerade an dem Tage der Kriegserklärung an Rumänien, ein Essen unter Vorsitz des Senatspräsidenten. Die Unterredungen mit den türkischen Staatsmännern haben uns in der Überzeugung gestärkt, daß die Türken alles für Persien tun werden, und zwar ohne Nebengedanken. Die Türken wollen uns die politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit unseres Staatsgebietes gewährleisten."

„Und was erwarten Sie von den deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsmännern?"

„Meine Absicht geht dahin, mich auf der Rückreise nach Wien zu begeben, sobald ich den hiesigen Staatsmännern die Lage Persiens vor Augen geführt haben werde. Mein Auftrag wird befriedigend gelöst sein, wenn es mir gelingt, mit den leitenden politischen Persönlichkeiten Deutschlands Fühlung zu gewinnen und deren Blick auf die Not der persischen Nation zu lenken. Wir persischen Deutschenfreunde befürchten alles von dem Biververbände, erwarten hingegen alles von den Mittelmächten, denen sich Bulgarien und die Türkei angeschlossen haben. Sobald ich in Berlin Gehör gefunden habe, werde ich auf dem Rückwege nach Konstantinopel die Staatsmänner in Österreich-Ungarn und Bulgarien begrüßen und sie ebenfalls im Sinne meiner Sendung für die persischen Nationalinteressen zu gewinnen suchen."

Wirkl. Geh. Rat Dr. P. D. Fischer:
Der Krieg und die deutsche Volkswirtschaft.

Ich konnte in dem Aufsatz, den ich unter dieser Bezeichnung im Novemberheft 1914 von „Nord und Süd“ veröffentlicht habe, auf Grund der bis Anfang Oktober 1914 gemachten Wahrnehmungen die zuversichtliche Überzeugung aussprechen, daß es uns gelingen würde, in dem gegen uns heraufbeschworenen Weltkriege uns auch wirtschaftlich zu behaupten. Weit über alle Voraussicht hinaus dauert der Krieg mit unverminderter Heftigkeit und in einem geschichtlich noch nie dagewesenen Umfang auch noch heute fort; er übt in steigendem Maße Eingriffe von tiefster Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben der Völker aus, und zwar nicht bloß der Kriegsteilnehmer, sondern auch der Neutralen. Da erscheint es gerechtfertigt, die damals so zuversichtlich bejahte Frage, ob wir imstande sein würden, uns wirtschaftlich zu behaupten, gegenwärtig auf Grund der Erfahrung von nun vollen zwei Jahren einer erneuten Prüfung zu unterziehen, soweit dies innerhalb des durch die Zeitschrift gebotenen Rahmens einer knappen Übersicht möglich ist.

Die **Volksernährung**, der Ausgangspunkt der damaligen Erörterungen, steht nach wie vor im Vordergrund der wirtschaftlichen Interessen, nicht bloß für uns, sondern auch für unsere Gegner. England an der Spitze, halten sie an dem unmenschlichen Plan der Aushungerung Deutschlands fest; sie tun alles, um dies grausame Vorhaben durch immer schärferen Druck auf die neutralen Völker zu verwirklichen, und scheuen dabei weder vor der Anwendung der drastischsten Mittel, noch vor der rücksichtslosesten Verletzung des Völkerrechtes zurück. Den Gipfel dieser Vergewaltigung bildet die neuerlichst verübte Fortschleppung holländischer Fischerboote in englische Gefangenschaft, ausgesprochenermaßen lediglich zu dem Zweck, um uns die Zufuhr von Fischen über Holland abzuschneiden. Eine weitere Erschwerung unserer Volksernährung hat ohne Zweifel der Treubruch Italiens nach sich gezogen, da uns dadurch nicht nur die Zufuhr von Lebensmitteln aus Italien selbst, darunter wesentliche Artikel, wie Eier, Käse, Reis, entfiel, sondern auch die über Italien vermittelte Einfuhr aus Südamerika abgeschnitten wurde. Waren wir sonach in immer stärkerem Maße für unsere Volksernährung auf uns selbst angewiesen, so mußte uns der ungünstige Ausfall der Ernte von 1915 um so härter treffen. Jetzt, wo ihre Nachwirkungen im wesentlichen überstanden sind, darf es ruhig ausgesprochen werden, daß unter dem Einfluß der langen Dürre im Frühling und Sommer 1915 die Ernte jenes Jahres weit hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben, in Futtermitteln aber eine richtige Mißernte gewesen ist, die der Aufrechterhaltung unseres Viehstandes erhebliche

Schwierigkeiten bereitet hat, und sich noch gegenwärtig in nachdrücklicher Einschränkung des Fleischverbrauches empfindlich geltend macht.

In der öffentlichen Erörterung, sowohl in der Presse, als auch im Reichstage, den Landes- und Gemeinde-Bertretungen und in den Unterhaltungen am häuslichen Herd hat in den Kriegsjahren keine wirtschaftliche Frage einen breiteren Raum eingenommen und keine einen ähnlichen Aufwand von Stimmitteln beansprucht, als die Magenfrage der Volksernährung, und es ist im Rückblick auf die Erlebnisse des letzten Winters noch jetzt nicht leicht, bei ihrer Besprechung den Rat des alten Thiers, *donner à chaque chose sa propre valeur*, zu beherzigen. Ohne den Gegenstand erschöpfen zu wollen, beschränke ich mich auf einige wirtschaftlich wichtige Feststellungen.

Zunächst darf mit Genugtuung hervorgehoben werden, daß der Hauptfaktor der Volksernährung, die deutsche Landwirtschaft, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die ihr aus dem Kriegszustande, durch die Entziehung ihrer tüchtigsten Menschen- und Pferdekkräfte, erwachsen, nie und nirgends versagt hat. Wer während der abgelaufenen zwei Kriegsjahre, wie Schreiber dieser Zeilen, in der Lage gewesen ist, Deutschland wiederholt im Frühling, Sommer und Herbst zu durchfahren, und wen sein Weg dabei ein paar mal in größere Landwirtschaftsbetriebe geführt hat, der hat sich überzeugen können, daß der Krieg, abgesehen von den Verwüstungen des russischen Einbruches in Ostpreußen, an der Ausdehnung, der Sorgfalt und der Ordnung unserer Landwirtschaft geradezu spurlos vorübergegangen ist. Den Saaten, die im Frühjahr und Sommer 1916 auf Deutschlands Fluren von West bis Ost, von Nord nach Süd der Ernte zureiften, hat wohl auch das kritischste Auge nicht anzusehen vermocht, daß ihre Bestellung im zweiten Kriegswinter erfolgt war. Im Gegenteil trat überall eine größere Ausdehnung des zum Körner- und zum Kartoffelbau herangezogenen Areals in augenfällige Erscheinung. Auf Hunderten von Kilometern sind die Schutzstreifen neben unseren Eisenbahnen in schmale Kartoffelpflanzungen umgewandelt worden. Es verdient wohl, der Nachwelt überliefert zu werden, wieviel Hektare durch diese einfache, aber sicherlich in der Durchführung recht mühevollc Maßregel unsrer Eisenbahnverwaltung für die Volksernährung fruchtbar gemacht worden sind. Und wie im Großen, so läßt sich überall im Kleinen das ernstliche und erfolgreiche Bestreben wahrnehmen, durch intensivsten Anbau der Laubkolonien in der Umgebung unserer Großstädte jedes irgendwie vorhandene Stückchen Land für die Erzeugung von Nahrungsmitteln heranzuziehen. Manches mag dabei vorbeigelungen sein, das Erzielte vielleicht nicht immer der aufgewandten Mühe entsprechen: Im ganzen hat diese Kleinkultur, ganz abgesehen von ihrem ethischen Wert, doch sicher dazu beigetragen, das Durchhalten zu ermöglichen. Es ist für den Geist der Nation bezeichnend, daß sich an diesen Kleinkulturen nicht nur die wirtschaftlich Schwächsten beteiligt haben. Wir sind Beispiele genug bekannt, wo in den Gärten herrschaftlicher Villen, in den

Parkanlagen unserer Großgrundbesitzer weite Rasenflächen ihrer Schmuckbestimmung entzogen und als Kartoffelpflanzungen in den Dienst der Volksernährung gestellt worden sind. Daß dabei die Ästhetik nicht zu kurz zu kommen braucht, konnte ich neulich in dem uralten Herrschaftspark eines märkischen Rittergutes beobachten, wo der in ein Kartoffelfeld verwandelte große Rasenplatz unmittelbar vor dem Schloß durch eine Einfassung mit roten und grünen Kohlpflanzen einen durchaus gefälligen Anblick darbot. Mit Stolz und mit Rührung kann man ferner unterwegs wahrnehmen, in welchem Umfang die zum Kriegsdienst einggerufenen Kräfte der Landwirtschaft durch kriegsuntaugliche Familienglieder ersetzt werden. Beim Pflügen, beim Säen und Ernten sieht man statt der rüstigen Gestalten, die jetzt den Feind von unseren Grenzen abwehren, überall die Alten im weißen Haar, die flachsköpfige Jugend bis zu den kleinsten Stiften herab, und vor allen Dingen die Frauen in einem Umfang tätig, den man früher für undenkbar gehalten hätte. Dazu kommen in immer steigendem Umfang die Kriegsgefangenen, insbesondere die zu landwirtschaftlichen Arbeiten am meisten geeigneten Russen. Schon im vorigen Frühjahr ist mir in einem in der Nähe von Baden-Baden belegenen Weindorf auf meine Frage, wer denn die Weinberge bearbeite, gesagt worden, daß dies einige dreißig Russen besorgten. Und in diesem Frühjahr hörte ich, daß dies Verhältnis noch immer bestände und zu keinen Missethungen geführt hätte. — Die Zahl der Kriegsgefangenen in Deutschland wurde Ende Juli dieses Jahres amtlich auf rund $1\frac{2}{3}$ Millionen Mann angegeben, darunter 1 200 000 Russen. Die vor zwei Jahren von mir ausgesprochene Erwartung, daß die Kriegsgefangenen möglichst umfangreich zu landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden möchten, ist nach meinen Wahrnehmungen in ausgedehntestem Maße in Erfüllung gegangen.

In ungeahntem Umfang ist auch die damals von mir ausgesprochene Annahme eingetroffen, daß unsere Volksernährung durch die Führung des Krieges in Feindesland erleichtert werden würde. Abgesehen von der Verwüstung eines Teils von Ostpreußen sind nur unbedeutende Striche im Elsaß vom Feinde besetzt worden. Ihnen, mit einem Flächeninhalt von rund 1000 Quadratkilometern, stehen weiteste, von uns besetzte feindliche Gebiete gegenüber, von denen hier nur Belgien (29 000 Quadratkilometer) und in Rußland Kongresspolen, Litauen und der größte Teil von Kurland mit insgesamt 280 000 Quadratkilometern in Betracht gezogen werden sollen. Die Generalgouvernements in Brüssel und in Warschau, sowie die vom Oberkommando Ost geschaffene Verwaltung haben sich die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft besonders angelegen sein lassen und damit sehr erhebliche Erfolge erzielt, so daß nicht nur für ausreichende Ernährung der Bevölkerung dieser Gebiete gesorgt wird, sondern auch namhafte Beiträge für die Verpflegung unserer dort befindlichen Truppen erzielt werden. Die Mitteilungen, die ein in der deutschen Verwaltung des Ostens tätiger Offizier neulich in den Zeitungen veröffentlichte, geben ein so anschauliches Bild der

ausgezeichneten Organisation, die zu diesem Zwecke geschaffen worden ist, daß eine Sammlung dieser Mitteilungen in hohem Grade erwünscht erscheint.

Natürlich haben alle diese Dinge den starken Ausfall nicht zu ersetzen vermocht, den Deutschlands Volksernährung durch die nahezu vollständige Sperrung der überseeischen Lebensmittelzufuhr erleidet. Es hat daher sehr mannigfaltiger und einschneidender Maßregeln bedurft, um mit dem Vorhandenen auszukommen und vor allen Dingen eine einigermaßen gleichmäßige und gerechte Verteilung des Lebensmittelvorrats zu ermöglichen. Gerade auf diesem Gebiet hat sich die deutsche Volkswirtschaft durch den Krieg vor Aufgaben gestellt gesehen, für deren Lösung die Wissenschaft keine Hilfsmittel bot, und es auch in der Praxis an irgendwelchem Vorgang fehlte. Wer die ungeheuren Schwierigkeiten zu würdigen vermag, die hier zu bewältigen waren, wird begreiflich finden, daß es, zumal bei der Eile, in welcher die erforderlichen Organisationen zur Erfassung und Verteilung des Brotgetreides, der Kartoffeln, der Futtermittel usw. geschaffen werden mußten, an Mißgriffen mancher Art nicht gefehlt hat, und daß Mißgriffe dieser Art, zumal unter Einwirkung der Mißernte des Vorjahres und des dadurch hervorgerufenen Mangels an Schlachtvieh, vielfach lebhaft Klagen hervorgerufen, auch hier und da zu empfindlichen Mißständen geführt haben. Die Rationierung der gesamten Volksernährung bezüglich der wichtigsten Nahrungsmittel, wie Brot, Kartoffeln, Butter, Eier, Milch, hat sich trotz alledem in einem Umfange durchsetzen lassen, der geradezu staunenerregend ist, und wenn sich dabei die Anziehung des Schmachtriemens keineswegs hat vermeiden lassen, so ist es doch im allgemeinen durch die Einrichtung der großen kriegswirtschaftlichen Organisationen gelungen, das Volk vor Hunger zu schützen und den Gesundheitsstand der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Auf Grund der Festhaltung der gesamten Getreidevorräte konnte durch Einführung der Brotkarte die gleichmäßige Verteilung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes, dank dem verständnisvollen Zusammenwirken des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeindeverwaltungen, sowie dem Entgegenkommen der Bevölkerung, befriedigend durchgeführt werden. Bei anderen Nahrungsmitteln, wie Kartoffeln, war die Regelung wegen der Lagerungsverhältnisse schwieriger; die Kartoffelpolonäsen auf den Märkten unserer Großstädte werden lange in der Erinnerung fortleben, ebenso wie das „Erstehen“ der Butter. Die wesentlichste Zurückschraubung hat unsere Volksernährung zweifellos im Fleischverbrauch erfahren, derzufolge der vor dem Krieg allerdings unnötig hohe Satz von 52 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung auf ein geringes Bruchteil dieser Menge gesunken, und selbst der Erwerb dieses Minimums für Unbemittelte durch kolossale Preissteigerungen fast unerschwinglich geworden ist. Hierin durch Einführung einer Reichsfleischkarte in ähnlicher Weise wie beim Brot Abhilfe zu schaffen, bildet eine der vornehmsten Aufgaben des neugeschaffenen Kriegsernährungsamtes, dem es hoffentlich auch gelingen wird, für andere

wichtige Volksnahrungsmittel, wie Fette, Milch, Eier und Zucker, bessere und gleichmäßige Zustände herzustellen.

Die Hauptsache wird, solange der Krieg dauert, immer bleiben, daß die Bevölkerung sich mit dem Vorhandenen so gut wie möglich einrichtet und die damit verbundenen Entbehrungen nach wie vor mit dem festen Willen, sich nicht unterkriegen zu lassen, auf sich nimmt. Daß dieser feste Wille vorhanden ist, hat der bisherige Verlauf erwiesen. Ohne etwas Schimpfen wird's ja auch ferner nicht abgehen. Aber wer sein Urtheil lediglich auf Grund der Tagesblätter bilden wollte, die naturgemäß überwiegend von kraßen Fällen des Kriegswuchers oder der sonst hervortretenden üblen Erscheinungen berichten, würde zu ganz irreführenden Ergebnissen gelangen. Es würde ihm entgehen, mit wieviel Geduld, Entfagung und guter Laune harte Entbehrungen und lästiges Mühsal überwiegend ertragen werden, und wie viel zur Milderung der Entbehrungen von den verschiedensten Seiten, oft in der Stille und ohne viel Aufheben davon zu machen, getan wird. Er würde auch kaum würdigen, mit welchem Geschick sich die einzelnen Haushaltungen, die kleinen wie die großen, und die letzteren nicht selten vorbildlich, in die veränderte wirtschaftliche Lage zu finden wissen, und durch wie manche Vorkehrungen dies Sichfinden erträglich zu machen versucht wird. Von den obersten Stellen herab ernährt sich das deutsche Volk, von verschwindend geringen Ausnahmen abgesehen, gegenwärtig mit Kriegskost. Wie die kleinen Hausfrauen, so haben auch die Köchinnen in wohlhabenden Häusern in Bereitung der Mahlzeiten umgelernt, sie haben sich verhältnismäßig leicht in die fleischlosen Tage gefunden und wissen auch den zurzeit nicht selten eintretenden Fleischmangel durch geeignete Fisch- und Pflanzenkost zu überstehen. Dem damals von mir befürworteten Verlangen nach Kriegskochbüchern ist durch eine große Literatur von mehr oder minder handlichen und praktischen Anleitungen zur Herstellung von Kriegskost entsprochen worden, unter denen das Büchlein von Henriette Fürth: „Kriegsküche für Jedermann“*), eine Erweiterung des im Auftrage der Lebensmittelkommission der Stadt Frankfurt a. M. herausgegebenen „Kleinen Kriegskochbuches“, als besonders brauchbar hervorgehoben zu werden verdient.

Alles in allem: der grausame Plan unserer Gegner, uns durch Aushungerung niederzuzwingen, ist ihnen ebenso wenig gelungen, wie unsere Überwindung durch Waffen. Im Besitze einer Ernte, die nach vorsichtigen Schätzungen die des Vorjahres namentlich an Brotgetreide weitaus übertrifft, dürfen wir unsere Volksernährung auch für die Zukunft als gesichert ansehen. Auch für die Zukunft müssen wir darauf gefaßt sein, uns Beschränkungen aufzuerlegen, aber wir dürfen erwarten, daß sie geringer sein werden, als die bisher ertragenen. —

*

*) Verlag von Engleb u. Schloffer, Frankfurt a. M.. Preis 80 Pfg.

Blicken wir auf die deutsche Industrie, die von dem Ausbruch des Krieges nicht minder hart getroffen worden ist als die deutsche Landwirtschaft. Gleich dieser sind ihr durch den Krieg die rüstigsten Kräfte, sowohl an Betriebsleitern und Beamten, als namentlich an Arbeitern, in einem noch nie dagewesenen Umfang entzogen worden. Die wichtigsten Absatzgebiete nach dem Auslande, die für eine Reihe von hochentwickelten Industriezweigen unentbehrlichen Zufuhren ausländischer Rohstoffe waren wie mit einem Schlage gesperrt. Dazu kam die für unsere, zu einem großen Teil auf den Auslandsverkehr angewiesene Industrie überaus empfindliche nahezu völlige Abschneidung der Verbindungen über See. Das waren Aufgaben, welche die Tatkraft, den Umblick und das Organisations-talent der Unternehmer und die Intelligenz und Willigkeit der Arbeiter auf die härteste Probe stellen. Es wird für immer ein Ruhmesblatt des deutschen Gewerbefleißes bleiben, daß diese Probe glänzend bestanden worden ist. Trotz zweier Kriegsjahre hat die deutsche Industrie in ihren wichtigsten Betrieben ihre Stellung behauptet. Der Rheinisch-Westfälische Steinkohlenbergbau, dessen Monatsförderung von 8,8 Mill. Tonnen im Juli 1914 bei Ausbruch des Krieges im August auf 4,6 Mill. Tonnen, also wenig mehr als die Hälfte, sich verringerte, hat mit zäher Beharrlichkeit im Juli 1916 mit 8,1 Mill. Tonnen nahezu die Friedensziffer wieder erreicht. Der Braunkohlenbergbau hat mit der Förderung des Jahres 1915 von 88,37 Mill. Tonnen die bisher erreichte Höchstzahl des Jahres 1913 von 87 Mill. Tonnen sogar überschritten. In der Eisenindustrie hat sich, nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die Herstellung von Roheisen, die von 1,56 Mill. Tonnen des Juli 1914 im August auf rund 500 000 Tonnen, also auf ein Drittel herabsank, von Monat zu Monat wieder gehoben und im Juli 1916 mit 1,13 Mill. Tonnen mehr als zwei Drittel des Friedensstandes erreicht. Nach derselben Quelle ist die Erzeugung von Flußstahl, die sich im August 1914 von 1,6 Mill. Tonnen des Vormonats auf 560 000 Tonnen, also gleichfalls auf ein Drittel verringert hatte, seitdem andauernd gestiegen und hat in den Sommermonaten 1916 den Friedensstand nahezu erreicht.

Ich widerstehe im Hinblick auf den Raum der Versuchung, dies glänzende Ergebnis durch Auszüge aus den Geschäftsberichten unserer hervorragendsten Industrie-Gesellschaften näher zu beleuchten. Übereinstimmend lassen sie erkennen, in welchem eminenten Maße sich eine der hervorragendsten Eigenschaften unserer Großindustrie, ihre Anpassungsfähigkeit, bewährt hat. Wo es immer anging, hat sie ihre Einrichtungen für die Beschaffung des Kriegsbedarfes zur Verfügung gestellt und den Anforderungen der Militärverwaltung entsprechend umgestaltet. Überall wird hervorgehoben, in welchem Umfang neben den gewohnten Lieferungen für das Heer und die Marine die Herstellung zahlreicher neuer für den Krieg erforderlichen Erzeugnisse aufgenommen worden ist. Die leitenden Unternehmungen in der Elektrizitäts-Industrie haben neben zahlreichen Licht- und Kraftanlagen

für militärische Zwecke ihren Betrieb zur Herstellung von Luftfahrzeugen erweitert. Warenhaus-Unternehmungen haben es fertig bekommen, die in ihrem gewöhnlichen Betrieb nicht verwendbaren Kräfte zur Erzeugung von Munitionsbedarf heranzuziehen. Wie sehr durch diese Leistungen der Industrie, durch die rückhaltslose Einsetzung unserer besten technischen Kräfte, unseres ganzen Könnens und Wissens die Kriegsführung auf, unter und über der Erde, sowie namentlich der Unterseekrieg, direkt und indirekt gefördert wird, bedarf kaum der Erwähnung. Der Haß, der von unseren Feinden, angesichts der dadurch auf militärischem Gebiet erzielten Erfolge, unseren großen Industrie-Unternehmungen gewidmet wird, die Achtung, die man in England gegen die Firma Fried. Krupp verhängen will, sind die besten Zeugnisse für die verdienstliche Tätigkeit unserer Industrie.

*

In Karl Helfferichs Darstellung der Entwicklung des deutschen Volkswohlstandes während der Jahre 1888—1913, die ursprünglich in dem Jubiläumswerke „Soziale Kultur und Volkswohlfahrt während der ersten 25 Regierungsjahre Kaiser Wilhelms II.“, demnächst in zahlreichen Sonderausgaben erschienen ist, sind die Daten angegeben, nach denen Deutschlands *Außenhandel* innerhalb dieses Vierteljahrhunderts von 6245 Millionen Mark auf 19 648,2 Mill. Mark gestiegen ist, also um 214,7 Prozent zugenommen hat, während der *Außenhandel* Englands in dem gleichen Zeitraum nur eine Steigerung von 113,1 Mill. Mark erfuhr. Diese Zahlen, verbunden mit den Nachweisen über das entsprechende Wachstum unserer Handelsflotte und unseres Hafenverkehrs, wonach Hamburg 1911 mit einem Auslandsverkehr von nahezu zwölf Millionen Registertonnen den von London übertroffen hatte, enthalten die Hauptursache, um derentwillen England den Krieg gegen uns angezettelt hat. Nicht für Freiheit und Zivilisation, wie seine Staatslenker vorgeben und seine Presse die Welt zu überreden sucht, sondern um einen immer unbequemer werdenden Mitbewerber im Welthandel zu vernichten, hat England den Weltkrieg entfacht, und es gibt je länger je deutlicher zu erkennen, daß sein Kriegsziel nicht die Befreiung der Welt vom Joche des deutschen Militarismus, sondern die wirtschaftliche Erdrückung Deutschlands ist. Zur Erreichung dieses Zweckes sind ihm alle Mittel heilig. Wie es unter schmählicher Verletzung des Völkerrechts bei Ausbruch des Krieges sämtliche in englischen Häfen in Friedensarbeit befindlichen deutschen Handelsschiffe ohne Bewilligung einer Ausfahrtsfrist einfach mit Beschlagnahme belegt und als gute Prise behandelt hat, so sind auch seine Vasallenstaaten Portugal und Italien zu gleich rechtswidriger Behandlung der bei Kriegsausbruch in ihren Häfen *Ashyl* suchenden deutschen Schiffe veranlaßt worden. Seine Seeübermacht hat England in rücksichtslosester Weise zur Abfangung der auf der Fahrt befind-

lichen deutschen Schiffe, zur Vernichtung der deutschen Seekabel, zur Besetzung der wenigen deutschen Stützpunkte für den Seeverkehr benutzt. Es hat sich ferner auch den Neutralen gegenüber gegen alles Völkerrecht eine Vernichtung ihres Handels mit Deutschland herausgenommen, indem es die Liste der Bannwaren nach Gutdünken ins Maßlose erweiterte und sich eine Durchsuchung ihrer Ladungen herausnahm, die in der Beschlagnahme aller nach Deutschland bestimmten, von Deutschland herrührenden oder auf Deutschland bezüglichen Korrespondenzen zu einer fortgesetzten Posträuberei ausgeartet ist. Auf Grund des widerrechtlich gewonnenen Einblickes in die deutschen Handelsbeziehungen wird von dem besonders dazu eingerichteten Intelligence Department des englischen Handelsministeriums andauernd gestrebt, die ausländische Geschäftskundschaft Deutschlands nach England herüberzuziehen; ja, es ist unter fortdauernder Überwachung des neutralen Geschäftsverkehrs eine schwarze Liste derjenigen Handelsfirmen aufgestellt worden, mit denen englische Geschäfte nicht verkehren dürfen, weil sie im Verdacht stehen, Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten. Am unverhülltesten endlich tritt der wirtschaftliche Kriegsgrund Englands in den Bemühungen zutage, die mit ihm verbündeten oder seiner Einwirkung zugänglichen Staaten schon während der Dauer des Krieges zur Fortsetzung des wirtschaftlichen Krieges gegen Deutschland auch nach dem Friedensschlusse zu verpflichten.

Daß durch diese und ähnliche Schritte unser Handel schwere Schädigungen erlitten hat, ist einleuchtend. Freilich sind die Schäden, die England dadurch seinem eigenen Wirtschaftsleben zufügt, nicht geringer, und die Erreichung seines Zieles, die Vernichtung von Deutschlands Stellung im Welthandel, kann nur als gänzlich aussichtslos bezeichnet werden. Diese Stellung beruht, wie Helfferich in dem vorhin angeführten schönen Buch treffend hervorhebt, auf unserer eigenen Kraft; „unser Außenhandel und unsere Seeschifffahrt ist aufgebaut auf der sicheren Grundlage unserer heimischen Arbeit und der durch diese so gewaltig gesteigerten Produktionskraft unserer heimischen Volkswirtschaft“.

Was diese Produktionskraft vermag, davon hat unsere Schiffsbaukunst soeben durch das erste U n t e r s e e - H a n d e l s s c h i f f der stammenden Welt ein leuchtendes Beispiel gegeben. Die Fahrt der von dem Bremer Ozean-Neederei-Verein erbauten „Deutschland“ nach Nordamerika und ihre trotz der schärfsten Überwachung glücklich vollzogene Heimreise nach Bremen bedeutet weit mehr als den augenblicklichen Erfolg eines Blockadebruchs, und auch mehr als die gewiß nicht zu unterschätzende Wiederaufnahme eines englischer Raubsucht entzogenen Seeverkehrs mit Amerika. Die glückliche Fahrt der „Deutschland“ ist ein Symbol für unsern festen Willen, uns auch zur See nicht unterkriegen zu lassen; sie ist ein Triumph deutscher Technik und der ihr zugrunde liegenden deutschen Wissenschaft über übermächtige Gewalt, ein Sieg der Freiheit über die Tyrannei, mit der England den Seeverkehr nach eigenem Gutdünken und zu seinem alleinigen Nutzen zu beherrschen sucht.

Übrigens legen wir in Deutschland gegenüber dem Bestreben unserer Gegner, uns wirtschaftlich zu erdroffeln, auch sonst nicht die Hände in den Schoß. Der Plan eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes wird von verschiedenen Seiten ernstlich erwogen. Den Lesern von „Nord und Süd“ ist bekannt, wie eingehende Erörterungen über einen engeren wirtschaftlichen Anschluß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn im Gange sind. Durch den Krieg eher beschleunigt als unterbrochen schreiten die Arbeiten der Bagdadbahn, die Herstellung eines Schienenweges durch Syrien und Palästina nach dem Suezkanal und die Bahn nach Arabien rüstig fort. Die wirtschaftliche Verjüngung des Osmanenreiches, das nähere Studium der bulgarischen Verhältnisse bilden den Gegenstand eifriger Tätigkeit der zu diesen Zwecken errichteten deutschen Gesellschaften. Nicht minder wird bei uns und in Österreich die Notwendigkeit betont, die Donau in stärkerem Maße dem internationalen Verkehr der mitteleuropäischen Staaten durch Kanalverbindungen mit dem Rhein, der Elbe und der Oder dienstbar zu machen.

Von den Verkehrseinrichtungen Deutschlands sind die überseeischen Dampferlinien natürlich seit Beginn des Krieges zum Stillliegen verurteilt. Die Flaggen der Hamburg-Amerika-Linie, des Bremer Norddeutschen Lloyds, des Kosmos und der Woermann-Dampfer sind von den Ozeanen, deren Hochwege ihnen vertraute Straßen waren, seit fast zwei Jahren verschwunden. Zahlreiche Dampfer der großen deutschen Reedereien müssen in amerikanischen Häfen eine ihnen höchst unwillkommene Quarantäne aushalten, oder liegen in den Heimathäfen in langen Reihen melancholisch da, soweit sie nicht für den Küstenschutzdienst unserer Kriegsflotte angefordert worden sind. Dagegen darf mit Genugtuung darauf verwiesen werden, daß es unseren Gegnern nicht gelungen ist, den Mut, die Ausdauer und die Unternehmungslust unserer Großreedereien zu überwinden. Wie sich der alte Wagemut Bremens bei Ausrüstung des ersten deutschen Handelsunterseebootes glänzend bewährt hat, so ist man in Hamburg damit beschäftigt, schon jetzt die Wiederaufnahme des mächtigen Dampferverkehrs nach Herstellung des Friedens vorzubereiten und durch Einrichtung neuer umfangreicher Schiffswerften zu erleichtern. Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt verdient die Kriegszeitschrift der Hamburg-Amerika-Linie Erwähnung, durch welche die Leitung dieses mächtigen Unternehmens die Fühlung mit ihren über die ganze Welt zerstreuten Angehörigen aufrecht erhält und zugleich denkwürdige Beiträge für die Geschichte des Weltkrieges sammelt. — Zu meiner freudigen Überraschung sah ich bei einem neulichen Besuche des Rheingaus unsern schönsten deutschen Strom zwischen Mainz und Bingen von zahlreichen Personendampfern und einem anscheinend regen Verkehr von Frachtdampfern belebt. — Daß es unsere Eisenbahnen fertig gebracht haben, nach kurzer Unterbrechung während des Aufmarsches dem friedlichen Verkehr in gleichem Maße wie den andauernd gewaltigen Anforderungen des Krieges gerecht zu



werden, ist eine volkswirtschaftliche Leistung allerersten Ranges. Zwar ist die Zahl der Personenzüge natürlich eingeschränkt, und das Reisen mit ihnen bringt wegen der ungewöhnlichen Zahl der Wagenachsen und der ungemein starken Besetzung gelegentlich einige Unbequemlichkeiten mit sich. Aber im allgemeinen ist überall und stets auf pünktliche Beförderung und Erreichung der Anschlüsse zu rechnen. Ebenso sind die Leistungen im Güterverkehr des höchsten Lobes würdig. Es liegt auf der Hand, daß dies in hohem Maße befriedigende Ergebnis nicht erreicht worden wäre, wenn nicht von Anfang an zwischen den Leitern der Staatsbahnen, insbesondere dem preussischen Eisenbahnminister von Breitenbach, und dem Chef des Militäreisenbahnwesens, General Gröner, eine verständnisvolle Würdigung der beiderseitigen Aufgaben und der feste Wille, sich gegenseitig beizustehen, bestanden hätte. Die Verdienste des Militäreisenbahnwesens liegen der Hauptsache nach auf einem andern Felde als auf dem wirtschaftlichen, wie dies durch die Verleihung des höchsten preussischen Kriegsordens an den Chef maßgebend anerkannt worden ist. Allein ihre technischen Leistungen in Wiederherstellung der zerstörten Linien der besetzten Feindesgebiete, dem raschen Wiederaufbau gesprengter Brücken, der Verwaltung ausgedehnter feindlicher Linienetze verdienen auch vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt voll gewürdigt zu werden. Wenn in der Anfang 1915 erschienenen Kriegswirtschaftslehre von Ferdinand Schmid die Frage aufgeworfen wurde, ob das Nebeneinanderbestehen mehrerer Staatseisenbahnverwaltungen und der dadurch bedingte Mangel an vollständiger Einheitlichkeit, namentlich aber das Fehlen vollständiger Güterwagengemeinschaft, nicht vom militärischen Standpunkt ernstlich bekämpft werden müßte, so ist diesseits nicht ersichtlich, ob dieser Anregung tatsächliche Vorkommnisse oder eine mehr theoretische Auffassung zugrunde liegen. — Die P o s t u n d T e l e g r a p h i e hat namentlich bei Beginn des Krieges infolge der durch den Aufmarsch der Armeen bedingten zeitweisen Aufhebung des Friedensfahrplanes der Eisenbahnen schwere Zeiten durchzumachen gehabt, und sie hat noch heutzutage eine täglich mit der Pünktlichkeit einer Flutwelle sich wiederholende Riesenaufgabe in Bearbeitung, Beförderung und Verteilung der Millionen von Feldpostsendungen zu bewältigen, eine Aufgabe, die ihr durch die Einziehung des dritten Teils ihrer Arbeitskräfte zum Dienst mit der Waffe wahrlich nicht erleichtert wird. Indessen sind die anfänglichen Klagen über das „Versagen“ der Feldpost angesichts ihrer geradezu großartigen Leistungen längst verstummt. Dem Vortrag, den der Geheime Postrat Große Ende 1915 in der Berliner Urania gehalten hat, und der bald darauf in „Westermanns Monatsheften“ erschienen ist, mag entnommen werden, daß im jetzigen Krieg die deutsche Feldpost t ä g l i c h 16 Millionen Feldpostsendungen, gegen täglich 400 000 im Kriege 1870/71, zu bearbeiten hat, also eine auf das Vierzigfache angewachsene Menge. Während im Kriege 1870/71 insgesamt 89 1/2 Millionen Feldpostsendungen befördert worden sind, betrug ihr Gesamtverkehr bereits Ende 1915 die ungeheure Masse von 5 1/2 Milliarden Sendungen.

Diese einfachen Zahlen reichen hin, um überzeugend darzutun, um wieviel umfassender und schwieriger die Aufgabe der Feldpost diesmal ist, als 1870/71. Dazu die ungleich größere Zahl, die Ausdehnung, der rasche Wechsel und die Entfernung der Fronten im Westen, Osten und Süden, die unglaubliche Mannigfaltigkeit und die nicht selten fremdartige Bezeichnung der mobilen Formationen, und der Mangel an fachmännisch geübten Kräften. Das in den Sammelstellen zur Bearbeitung der Feldpostsendungen herangezogene Personal, das seit Mitte August 1914 bis Ende 1915 von 3000 Köpfen auf 13—14000 herangewachsen war, bestand damals zu mehr als vier Fünfteln aus Zivilaus Helfern ohne jede postalische Vorbildung. Und trotzdem geht es. Jeder von uns — und wer täte es nicht? — der mit seinen Lieben im Felde in lebhaftem Verkehr steht, wird die Leistungen der Feldpost dankbar anerkennen. Und wer nicht Unbilliges verlangt, wird auch die Friedensleistung der Post daheim richtig würdigen, er wird die Findigkeit schmunzelnd gelten lassen, mit der die Postverwaltung, wahrlich der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, sich immer mehr verweiblicht und das Verkehrsbild unserer Großstädte durch die ansprechenden Erscheinungen weiblicher Briefträger, Telegraphenboten, und sogar weiblicher Postillone, in immer wachsender Zahl bereichert. —

*

Am 29. September 1914 faßte der Reichsbankpräsident in der Sitzung des Zentralausschusses unseres größten Kreditinstitutes seine lichtvolle Darlegung der Wirtschaftslage Deutschlands dahin zusammen, daß wir finanziell und wirtschaftlich das bestorganisierte Volk sind, und daß wir über die uns von unseren Gegnern bereiteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegkommen und jede Dauer des Krieges durchhalten werden. Treffender als mit diesen Worten von Erzelenz Havenstein kann die Lage des deutschen Geld- und Kreditwesens auch jetzt nach zwei vollen Kriegsjahren nicht bezeichnet werden. Wir könnten uns in dieser gedrängten Übersicht der durch den Krieg geschaffenen Volkswirtschaftslage fast auf die Wiederholung jener Worte beschränken. Das Geld- und Kreditwesen, das stets für den empfindlichsten Teil des Wirtschaftskörpers gegolten hat, und das von unseren Gegnern schon vor Ausbruch des Krieges als der schwächste Punkt unserer Wirtschaft verschrieen worden ist, hat sich in Wahrheit als der stärkste und unererschütterlichste Punkt des deutschen Wirtschaftslebens erwiesen. Vom Oktober 1914 bis April 1916, in der kurzen Spanne von anderthalb Jahren, sind vier deutsche Kriegsanleihen mit insgesamt 36 $\frac{1}{2}$ Milliarden gezeichnet und glatt eingezahlt worden. Alle Versuche unserer Feinde, diesen Riesenerfolg zu verkleinern oder für eine Vorspiegelung zu erklären, sind an der Macht der Tatsachen zusammengebrochen. Die deutschen Kriegsanleihen haben trotz ihrer raschen Wiederholung, trotz aller Schädigungen, die unsere Gegner uns durch die Beschlagnahme deutschen Vermögens im Auslande, durch die widerrecht-

liche Aufhebung der von Deutschen im Ausland erworbenen Patentrechte, durch die Wegnahme unserer Kolonien usw. zugefügt haben, ihren Ausgabekurs behauptet. Es darf mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die in diesem Augenblick in Ausführung begriffene fünfte Kriegsanleihe, trotz der Kriegserklärungen von Italien und Rumänien, und trotz des Hochdrucks, den die Verteidiger von Freiheit und Zivilisation auf die noch bisher neutralen Länder ausüben, um auch sie zum Kriege gegen Deutschland zu zwingen, trotz alledem einen gleich günstigen Erfolg erzielen wird*). Die enorme finanzielle Leistungsfähigkeit, die das deutsche Volk beweist, hat nicht nur das ungläubige Staunen des Auslandes erweckt, sondern auch berufene Kenner der deutschen Volkswirtschaft überrascht. Sie erklärt sich vor allem daraus, daß wir, vom Auslande in der Hauptsache abgeschnitten und auf uns selbst angewiesen, den bei weitem größten Teil unserer Kriegskosten an uns selbst zahlen. So fließen die meisten Ausgaben für den Krieg in einem fortwährenden Kreislauf wieder in das Volk zurück und finden bei jeder neuen Kriegsanleihe neue Verwendung. Die Zahlen, welche der neueste Nachtrag der von der Disconto-Gesellschaft herausgegebenen Darstellung der deutschen Volkswirtschaft im Kriege (August 1916) über die Einlagen in den Sparkassen und die Entwicklung der Guthaben in den Depositenkassen der Großbanken mitteilt, sind geeignet, diesen Kreislauf aufs überzeugendste zu veranschaulichen. In ihnen kommen auch der feste Wille des deutschen Volkes zum Durchhalten und sein Vertrauen auf den Sieg zu einem erhebenden Ausdruck. Nur kurz mag hier daran erinnert werden, daß Deutschland das einzige Land ist, das ohne Moratorium auszukommen vermag, ferner daß die deutsche Reichsbank ihren Diskontsatz von fünf Prozent seit Dezember 1914 unverändert aufrecht erhält, und daß sich ihr Goldvorrat während des Krieges von 1253 Millionen Mark auf 2465 Millionen erhöht, also nahezu verdoppelt hat.

*

Der Teil unserer Volkswirtschaft, der durch den Verlauf des Krieges bisher am empfindlichsten getroffen worden ist, sind unsere K o l o n i e n. Auch wer sich an den Arbeiten für ihre Erwerbung und ihre wirtschaftliche Erschließung nicht persönlich oder mit eigenen Mitteln beteiligt hat, wird die Verluste zu würdigen wissen, die das deutsche Wirtschaftsleben durch die Besetzung unserer aussichtsvollen Niederlassungen am Gelben Meer, im Stillen Ozean und in Australien, durch die Überwältigung unserer Schutzgebiete in Westafrika erlitten hat; er wird den zähen Widerstand, den das deutsche Ostafrika den vereinten Angriffen englischer, südafrikanischer und belgischer Scharen entgegensetzt, auch wirtschaftlich mit gespannter Teilnahme verfolgen. Wir wissen ebenso gut wie unsere Feinde,

*) Diese Erwartung hat sich durch das soeben bekannt gewordene Ergebnis der fünften Kriegs-anleihe — zehn Milliarden fünfhundertneunzig Millionen! — glänzend erfüllt.

daß das Schicksal unserer Kolonien nicht in Asien, Afrika und Australien, sondern in Europa entschieden wird, und wir brauchen deshalb die bisher erlittenen Verluste auch wirtschaftlich nicht als endgültige anzusehen. Nichts wäre verkehrter, als wenn wir uns dadurch von der so spät, aber doch so erfolgreich beschrittenen Bahn der Koloniarbeit abschrecken lassen und uns wieder in das glücklich überwundene Los fügen wollten, der einzige Großstaat ohne Kolonien zu sein. Im Gegenteil sollten wir mit verdoppeltem Eifer danach streben, unsere Kolonien durch Gewinnung von Stützpunkten für unsere Flotte, durch Vervollständigung der unterseeischen Kabelverbindungen und Ausbau der drahtlosen Telegraphenanlagen verteidigungsfähiger zu gestalten, als dies bisher der Fall gewesen ist. Abgesehen von den einleuchtenden Gründen der Weltmachtpolitik, auf die Deutschland nimmermehr verzichten kann, sind es volkswirtschaftliche Rücksichten, welche die Wiedererlangung und bessere Ausgestaltung unseres Kolonialbesitzes für uns zu einer zwingenden Notwendigkeit machen. Es handelt sich um unsere fernere Beteiligung am Weltmarkt, ohne die unsere Industrie ihre Tätigkeit und ihren Betrieb auf die Dauer nicht ausüben kann. In diesem Sinne haben die Vertreter unserer Großindustrie, die sich bisher an den auf Erhaltung unseres Anteils am chinesischen Markt gerichteten Arbeiten zur Ausbreitung der deutschen Kultur in China werkrätzig beteiligt haben, sich unbedingt dafür ausgesprochen, nichts von dem bisher Erreichten aufzugeben und das Begonnene trotz aller Schwierigkeiten unentwegt weiterzuführen. Die Vereinigung für die Errichtung deutscher technischer Schulen in China hat ihre Tätigkeit ebenso unerschütterlich fortgesetzt wie die Kreise, denen die Gründung der deutschen Medizinschule in Schanghai zu verdanken ist. Die vereinigte Deutsche Medizin- und Ingenieurschule in Schanghai hat nach dem Fall von Tsingtau eine große Anzahl von Lehrern und Schülern der deutschen Hochschule in Tsingtau aufgenommen und dadurch eine Fortsetzung des dort begonnenen Kulturwerkes ermöglicht; sie hat trotz des Krieges den Kreis ihrer Tätigkeit durch Errichtung besonderer Lehrkurse für die Ausbildung von chinesischen Monteuren und anderen technischen Vorarbeitern erweitert. Der kurz vor Kriegsausbruch begründete Deutsch-Chinesische Verband, der die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China durch Ausbreitung der deutschen Kultur in China zu fördern bezweckt, veröffentlicht im neuesten Heft seines China-Archivs den Prospekt über Einführungskurse in die chinesische Sprache, die von ihm in Verbindung mit dem Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin im nächsten Winter für Kaufleute, Techniker usw. veranstaltet werden. Es heißt in diesem Prospekt: „Einer der lebhaftesten Wünsche Englands geht dahin, den deutschen Handel aus China zu verdrängen. . . Wenn wir unsere vor dem Kriege eingenommene Stellung im chinesischen Handel wieder erwerben und sie im Laufe der Zeit stärker ausbauen wollen, so müssen wir uns auch in sprachlicher Hinsicht von England unabhängig machen und mit den Chinesen in ihrer Landessprache verkehren. . . . Nur diejenige Nation wird in Zukunft

erfolgreich in China sein, deren Kaufleute und Techniker mit den Chinesen auf chinesisches verkehren können.“ Also — auch hier der entschlossene Wille zum Durchhalten und — charakteristisch für uns Barbaren — Kampf gegen die Gewalt mit geistigen Mitteln!

*

Nach dem Kernspruch Friedrich Wilhelms I.: „Menschen halte vor den größten Reichtum“, sind von allen Schäden, die unsere Volkswirtschaft durch den gegenwärtigen Weltkrieg zu erleiden hat, die Verluste an Menschenleben die schmerzlichsten und am schwersten wieder gut zu machen. Ohne jeden Versuch einer Beschönigung mag offen ausgesprochen werden, daß die Opfer, die das deutsche Volk an blühenden Menschenkräften darbringt, einen Umfang erreichen, der die Verluste früherer Kriege weitaus übertrifft, und von dem sich bei Beginn des Krieges wohl niemand eine einigermaßen zutreffende Vorstellung hat machen können. Die Natur des deutschen Volksheroes bringt es mit sich, daß diese Verluste ihrer Art nach schwerer wiegen, als bei den mit uns im Kampf stehenden Völkern. Indes gilt die Bemerkung, mit der Fürst Bülow in seinem schönen Buche über die deutsche Politik die Betrachtung der Wirtschaftspolitik einleitet, daß wir erst im Kriege erfahren haben, wie reich wir im Frieden geworden sind, auch von unserer Wehrkraft. Wenn unsere Gegner auf unsere Erschöpfung nach dieser Richtung hin spekulieren, so täuschen sie sich ebenso wie in jeder anderen Hinsicht. Andererseits sind die enormen Fortschritte in der Organisation des Sanitätswesens, der Wundbehandlung, der Chirurgie, der Verhütung von ansteckenden Krankheiten bei Abschätzung und Würdigung unserer Menschenverluste glücklicherweise kaum hoch genug zu veranschlagen. Nach der bereits angeführten amtlichen Bekanntmachung über die Ergebnisse des Krieges wurden von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatgebiets behandelten Angehörigen unseres Feldheeres 90,2 Prozent wieder dienstfähig, 1,4 Prozent starben, 8,4 Prozent blieben dienstunbrauchbar oder wurden beurlaubt. Dieselbe Quelle stellt fest, daß infolge der hygienischen Maßnahmen, besonders durch die streng durchgeführten Schutzimpfungen, die Zahl der Erkrankungen an Seuchen im Heere verschwindend gering geblieben ist. Vor Lazarettfebern, die in früheren Kriegen verheerender gewesen sind als die feindlichen Geschosse, hat uns die vortreffliche Einrichtung und Handhabung unserer militärischen Krankenpflege bewahrt. Auch in Beziehung auf die Behandlung der feindlichen Gefangenen sind wir mit vorbildlicher Menschlichkeit vorgegangen und haben uns bei den schweren Mißhandlungen, denen deutsche Kriegsgefangene in den feindlichen Ländern ausgesetzt sind, nur in seltenen Fällen zu Wiedervergeltungen entschlossen.

Dankbar verdient auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt anerkannt zu werden, in welchem Umfang für das künftige Schicksal der Kriegsverletzten bei uns schon im Laufe des Krieges Vorsorge getroffen wird, und zwar nicht bloß

durch reiche Spenden, um sie vor Not zu schützen, sondern um sie soviel wie irgend möglich zur Wiederausübung wirtschaftlicher Tätigkeit zu befähigen. Was in dieser Hinsicht durch Krüppelpflege, durch Unterricht von Kriegserblindeten und dergl. geschieht, verdient auch volkswirtschaftlich eingehendere Würdigung, als es in dieser Übersicht angeht. Aber sie kann nicht geschlossen werden, ohne auch in dieser Beziehung der unermüdblichen, hingebenden und verständnisvollen Mitwirkung unserer deutschen Frauen mit dem Ausdruck tiefster Dankbarkeit und aufrichtigster Bewunderung zu gedenken. Unsere Frauen und Töchter haben sich den schweren Aufgaben, die der Weltkrieg auch ihnen gestellt hat, in allen Klassen der Bevölkerung und im vollsten Maße gewachsen gezeigt, und wenn wir, wie Schreiber dieser Zeilen zuversichtlich hofft, diesem furchtbaren Krieg auch wirtschaftlich siegreich überstehen, so tragen die deutschen Frauen zu diesem Ausgang einen nicht hoch genug zu veranschlagenden Anteil bei.

Berlin, im September 1916.

Dr. R. van der Borcht,

Kaiserl. Präsident a. D.:

Städtischer Realkredit nach dem Kriege.

Nichts führt mehr irre, als die Frage des städtischen Realkredits lediglich für sich zu betrachten und zu behandeln. Sie ist in Wahrheit viel weniger eine Frage der Kredittechnik, so wichtig diese auch sein mag, als eine Frage der Ergiebigkeit der privaten Wohnungsverwertung. Von der Zulänglichkeit, Stetigkeit und Dauerhaftigkeit dieser Ergiebigkeit hängt Umfang, Gestaltung und Gesundheit des städtischen Realkredits unmittelbar ab. Ohne diese Voraussetzung müssen auch die kredittechnischen Maßregeln erfolglos bleiben.

Diese nur zu oft übersehene Grundtatsache beruht darauf, daß der eigentliche und dauernde Kreditversorger des städtischen Haus- und Grundbesitzes das organisierte und unorganisierte Privatkapital war, ist und sein wird. Staat und Gemeinde mögen oft genug Anlaß und Möglichkeit haben, sich an der Kreditversorgung zu beteiligen. Immer wird das nur ergänzende Bedeutung haben, und niemals wird es der dauernde Zustand sein können. Ohne das Privatkapital würde der ganze städtische Realkredit bald völlig verstanden.

Für den städtischen Grundbesitz und seinen Realkredit gab es schon vor dem Kriege recht ernste und schwierige Zeiten. Wiederholte Versteifungen des Geldmarktes, wachsender Wettbewerb anderer ergiebiger Anlagegelegenheiten, übertriebene steuerliche Belastung des Grundbesitzes und des Grundbesitzwechsels, rücksichtslose Eingriffe in und Zugriffe auf vorhandene Boden- und Gebäudewerte

WBP Olsztyn

durch bau- und wohnungspolitische und sonstige Maßnahmen hatten die Ergiebigkeit des privaten Hausbesitzes fühlbar beeinträchtigt. Aber die Schwierigkeiten lagen nicht in der Natur der Dinge begründet, sondern in äußeren Vorgängen und Maßnahmen. Die Grundlagen an sich waren gesund und lebenskräftig. Wäre der Frieden erhalten geblieben, so wäre es dem städtischen Hausbesitz möglich gewesen, sich bei einigermaßen verständnisvollem Eingehen der Gesetzgebung und Verwaltung auf seine Verhältnisse und Bedürfnisse aus eigener Kraft über die Schwierigkeiten hinwegzubringen, auch über die besonderen Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Realkredits.

Der Krieg und die durch ihn veranlaßten Maßnahmen und Vorgänge haben das verhindert. Mehr als das, sie haben die Lebensgrundlagen des städtischen Haus- und Grundbesitzes zum Teil schwer erschüttert. Übergroße Ausgabensteigerung und übergroße Einnahmeverminderung haben während und wegen des Krieges das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des städtischen Hausbesitzes auf einen wirtschaftlich unzulänglichen Tiefstand gedrückt. Leerstehen von Wohnungen und Läden, Rückgang der Mieten, uneinbringliche Mietausfälle, die notwendigen Begleitererscheinungen jedes Krieges, sind durch die lange Dauer des jetzigen Krieges in einer bisher nie gekannten Ausdehnung eingetreten. Gesetzgebung und Verwaltung haben dazu dem Hausbesitz noch die fast völlige Schutzlosigkeit gegen zahlungsunfähige und selbst gegen zahlungsunwillige Mieter, die Belastung mit einem wesentlichen Teile der öffentlichen Obdachpflicht ohne jede Aussicht auf Entschädigung, die Beschwerung mit erzwungenen Mietnachlässen aufgebürdet. Die besonderen Steuerlasten des städtischen Grundbesitzes sind während des Krieges zum Teile noch erhöht und allgemein drückender geworden. Steigerung der Löhne, der Kohlen- und Kokspreise, überhaupt der Preise aller für die Hausverwertung in Frage kommenden Leistungen und Stoffe, hat bei alledem die Unkosten im Kriege je länger je mehr in einer Weise verteuert, die niemand hat vorhersehen können.

Auf den Realkredit konnte das nicht ohne Einfluß bleiben. Jeder Krieg bedingt an sich schon Erschwerungen der Realkreditversorgung und zwar um so mehr, je länger er dauert. Durch die tiefgreifenden Wirkungen der langen Kriegsdauer auf die Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung des städtischen Hausbesitzes konnten diese Erschwerungen nur noch gesteigert werden. Dazu kam der riesige Wettbewerb der 5prozentigen Kriegsanleihe und überhaupt die Einstellung der Kapitalverwendung auf Kriegszwecke. Für den nachstelligen Realkredit blieb unter diesen Umständen die Kapitalzufuhr fast ganz aus, für den erststelligen Kredit wurde sie wesentlich vermindert, und im ganzen hat sich der Kredit in fühlbarer Weise verteuert. In wachsendem Maße mußten Zins- und Tilgungsraten gestundet werden. Das Fälligwerden von Hypotheken mußte bis nach dem Kriege hinausgeschoben werden. Nach beiden Richtungen hat der organisierte Realkredit in weitem Umfange helfend eingegriffen. Das unorganisierte Privatkapital konnte

es aus erklärlichen Gründen nicht in gleichem Maße tun. Die gesetzlichen Schutzmaßnahmen zugunsten der Schuldner haben die verbleibenden Lücken teilweise ausfüllen müssen. Auch Steuerrückstände konnte der bedrängte städtische Haus- und Grundbesitz vielfach nicht vermeiden, und sie wurden leider nur zu oft Anlaß zur Herbeiführung der Zwangsversteigerung durch die beteiligten Gemeinden.

Diese Sachlage wird sich mit weiterer Dauer des Krieges verschärfen. Sie wird auch mit Beendigung des Krieges keineswegs sofort aufhören, sondern noch lange nachwirken. Solange sie nachwirkt, wird es unmöglich sein, auf dem Gebiete des Realkredits die nötige Entspannung und Erleichterung in dem vollen gebotenen Umfange zu schaffen. Das Wichtigste, was zur Herbeiführung allseitig geordneter und gesunder Realkreditverhältnisse nach dem Kriege zu geschehen hat, muß deshalb die Sorge für die baldige Wiedergewinnung gesunder allgemeiner Lebensbedingungen des städtischen Hausbesitzes sein. Was dem aus den bisherigen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßregeln auf steuerlichem, baupolizeilichem, wohnungspolitischem und sonstigen Gebieten entgegensteht, muß sobald als tunlich beseitigt werden. Was an unentgeltlichen Kriegesleistungen dem Hausbesitz aufgebürdet ist, muß ersetzt werden usw. Kurz, was geschehen könnte, um die Wiedergewinnung einer ausreichenden Ergiebigkeit seiner Arbeitsleistung und seiner Kapitalanlage zu ermöglichen und zu erleichtern, das müßte geschehen, geschehen, nicht nur wegen des besonderen Interesses des städtischen Hausbesitzes, sondern aus Rücksicht auf die Gesamtinteressen. Steckt doch ein starkes Stück des deutschen Volksvermögens in diesem städtischen Hausbesitz, und sind doch mit ihm durch seinen Realkredit, der über 40 Milliarden Mark hinausgreift, weiteste Kreise des Volkes in unmittelbare und enge Interessenverknüpfung gebracht worden. Für das Volksganze kann es nicht gleichgültig sein, ob und wann es gelingt, hier die Grundlagen gesunder Wirtschaftsführung wiederherzustellen und damit die wichtigste Voraussetzung gedeihlicher Kreditverhältnisse zu sichern.

Aber nirgends vielleicht sind die entgegenstehenden Schwierigkeiten so groß wie hier. Wirtschaftliche Interessen und sozialpolitischer Eifer und Übereifer geraten hier in Widerstreit. Die Furcht vor einer weitverbreiteten oder allgemeinen Kleinwohnungsnot nach dem Kriege, so unbegründet sie ist, beherrscht viele Gemüter. Eine oft bedenkenlose Verbearbeit hat eine kritiklose Feindschaft gegen das Wohnen in großstädtischen Vielfamilienhäusern aufgestachelt. Lauter und dringender als je ertönt der Ruf nach Schenkungen und Begünstigungen aus öffentlichen Mitteln auf dem Gebiete der allgemeinen Wohnungsfürsorge. Man sieht nicht, oder will nicht sehen, daß ein Eingehen auf diese zu hoch gespannten Forderungen gerade in der bevorstehenden Übergangszeit, in der ohnehin der städtische Hausbesitz um seine Existenz schwer zu ringen haben wird, ihm in verhängnisvoller Weise den Erfolg dieses Ringens entwinden kann, ihm selbst und dem Volksganzen zum Schaden und Unheil.

Demgegenüber kann nicht oft genug und nicht laut genug betont werden,

daß wir die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Grundlagen des städtischen Hausbesitzes als die erste und unentbehrlichste Voraussetzung für allseitig zufriedenstellende Realkreditverhältnisse brauchen. Gewiß sind kredittechnische Maßnahmen notwendig; aber ihre Wirksamkeit müßte ohne jene allgemeine Voraussetzung unzulänglich bleiben. Lediglich mit kredittechnischen Maßnahmen, wären sie auch noch so gut und schön, ist das Ziel nicht zu erreichen.

Für die notwendigen kredittechnischen Maßnahmen muß den Ausgangspunkt bilden die Tatsache, daß der erststellige Realkredit fast ganz in den Händen des organisierten, der nachstellige, d. h. der über 60 Prozent des Wertes hinausgehende, dagegen fast ganz in den Händen des unorganisierten Privatkapitals ist. Diese Verschiedenheit der Kreditversorger ist von größtem Einfluß. Das für den Realkredit organisierte Privatkapital ist eng und dauernd mit dem Realkredit verbunden. Es wird nach dem Kriege, wenn auch gewiß nicht ohne Schwierigkeiten, doch im wesentlichen das Kreditbedürfnis zur ersten Stelle ausreichend befriedigen können. Verstärkte Gelddarlehne der Gemeinden in Pfandbriefen der Hypothekenbanken könnte das erleichtern, ebenso die Beseitigung der ungünstigeren Stellung der norddeutschen Hypothekenbanken gegenüber den süddeutschen in der Frage der Mündelsicherheit der Pfandbriefe. Vereinzelt mögen Ergänzungen durch Neubildungen erforderlich sein. Ein allgemeines Bedürfnis dafür besteht nicht.

Anders beim nachstelligem Realkredit oder richtiger bei dem über 60 Prozent des Wertes hinausgehenden Kredit. Das unorganisierte Privatkapital ist nur locker mit dem städtischen Realkredit verbunden. Es läßt sich durch andere günstigere Anlagemöglichkeiten, wie sie nach dem Kriege in stärkerem Maße mit der Hypothekenanlage in Wettbewerb treten werden, leicht vom Realkredit abdrängen, wie die Erfahrungen bewiesen haben. Überdies ist die Stellung des Nachgläubigers für den Fall, daß das beliebene Grundstück notleidend wird, ungünstiger, als die des erststelligem Gläubigers. Während des Krieges haben das nicht wenige Nachgläubiger schwer empfinden müssen. Solche Erfahrungen verstärken nicht die Neigung zur Anlage in nachstelligem Hypotheken. Ist aber erst einmal das unorganisierte Privatkapital von dieser Anlageart abgedrängt, dann kehrt es schwer von selbst zurück.

Daraus erwächst die große und wichtige Aufgabe, die dauernde Zufuhr des Privatkapitals zum nachstelligem Realkredit zu organisieren und dadurch die Verbindung zwischen beiden fester zu gestalten. Mancherlei Wege sind vorgeschlagen worden, um die vorhandenen Rechtsformen für diesen Zweck nutzbar zu machen. Meist setzen die Vorschläge, soweit sie nicht unmittelbar städtische Anstalten verlangen, eine Mitwirkung der Gemeinden durch Übernahme einer Haftung für die über drei Fünftel des Wertes hinausgehende Beleihung voraus. Auch für die am meisten in den Vordergrund getretene Form, für die „Stadtschaften“, trifft das zu. Als endgültigen und dauernden Zustand kann man diese Gemeindehaftung nicht ins Auge fassen. Am letzten Ende müssen die beteiligten Kreise selbst in

irgendeiner Form die Kraft zur Sicherung ihres nachstelligen Realkredits aufweisen. Für eine gewisse, vielleicht lange Übergangszeit würde dagegen die Übernahme der Haftung durch die Gemeinden bei der Bedeutung der Angelegenheit an sich nicht zu beanstanden sein. Fraglich ist nur, ob die Gemeinden dazu bereit sein werden. Das ist keineswegs allgemein zu erwarten. Aus grundsätzlichen Erwägungen und aus Rücksichten auf ihre tatsächlichen Verhältnisse verhalten sich viele Gemeinden gegen die Haftung durchaus ablehnend, oder sind zur Übernahme einer Haftung nur dann bereit, wenn ihnen das mit der Haftung verbundene Risiko durch Bürgschaftsübernahme oder andere Vorkehrungen von Organisationen der beteiligten Kreise im wesentlichen abgenommen wird. Im übrigen ist Aufbau und Ausbau der „Städtischen“, um diesen Namen beizubehalten, keineswegs eine leichte Sache. Man wird sich hierbei vor allem bemühen müssen, sich den jeweiligen besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen. Eine überall anwendbare Formel gibt es für diese Dinge nicht. Auch wird man den Fehler mancher städtischer Anstalten für nachstelligen Hypotheken vermeiden müssen, die Kreditbedingungen so scharf auszugestalten, daß der Hauseigentümer sich ihnen, namentlich in der ersten Zeit nach dem Kriege, nicht anschmiegen kann. Die Schwierigkeiten sind hiernach nicht gering; aber sie sind bei allseitigem gutem Willen und verständigem Vorgehen überwindbar.

Immerhin wird bestenfalls noch eine geraume Zeit vergehen, ehe die geplanten Organisationen für die dauernde Kapitalzufuhr zum nachstelligen Realkredit in genügender Zahl gebildet und zu umfangreicher Wirksamkeit gelangt sind. Bis es dahin gekommen ist, würde der wesentliche Teil des nachstelligen Realkreditbedarfs unbefriedigt bleiben, wenn es nicht gelänge, auch für den während dieser Übergangszeit eintretenden Bedarf wirksame Vorkehrungen zu treffen. Das aber würde bedeuten, daß eine schmerzlich große Zahl von Mittelstandseristenzen in der Übergangszeit dem Untergang anheimfiele. Die Schwierigkeiten in den unmittelbar bevorstehenden Jahren sind ja ohnehin für den städtischen Hausbesitz überaus groß. Die Abtragung der angesammelten Zinsrückstände, die Nachholung der im Kriege notgedrungen unterlassenen Ausbesserungs- und Ergänzungsarbeiten, die bevorstehende scharfe Anspannung der Steuerkraft und dergleichen mehr werden sowieso die durch den Krieg hart mitgenommenen städtischen Hauseigentümer in eine sehr schwierige Lage bringen. Kommt dazu die Kreditschwierigkeit der Übergangszeit in voller oder wenig abgemildeter Schärfe, fehlt es namentlich an der Möglichkeit, für fällig werdende nachstelligen Hypotheken Ersatz zu einigermaßen erträglichen Bedingungen zu schaffen, so werden viele auf der Strecke bleiben, deren Erhaltung dem Gesamtinteresse förderlich wäre.

Daraus erwächst eine weitere große Aufgabe, nämlich die, dafür zu sorgen, daß in der vor uns liegenden Übergangszeit eine schnelle Hilfe auf dem Gebiete des nachstelligen Realkredits zu erträglichen Bedingungen ermöglicht wird. Diese Hilfe wird nie rasch genug eingreifen können, wenn für diesen besonderen Zweck

K. van der Borcht Städtischer Realkredit nach dem Kriege

erst neue Organisationen geschaffen werden müssen. Das erfordert viel zu viel Zeit. Von den vorhandenen Organisationen sind die der beteiligten Kreditbedürftigen nur vereinzelt in der Lage, die erforderliche Hilfe aus eigenen Kräften zu gewähren. Das legt den Gedanken nahe, die vorhandenen und bewährten Organisationen für den erststelligen Realkredit (Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften usw.) in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen in einer Form, die ihnen ein sofortiges ausgedehntes Eingreifen möglich macht. Dabei ergibt sich sofort eine ernste Schwierigkeit aus der Tatsache, daß die Hypothekenspfandbriefe unter der Voraussetzung einer Beleihung innerhalb $\frac{2}{5}$ des Wertes ausgegeben und aufgenommen sind. Wird davon einfach — auch nur als Kriegsmaßregel — abgemichen, so beunruhigt das die Pfandbriefgläubiger und erschüttert ihr Vertrauen zu den Pfandbriefen. Ebenso werden die Versicherten und die Sparer beunruhigt werden, wenn bei der Hypothekenanlage der Versicherungsgesellschaften und der Sparkassen die bisher innegehaltene Grenze der Beleihung außer acht gelassen wird. Beides würde den Realkredit überhaupt schwer schädigen, weil es die Kapitalzufuhr auch zum erststelligen Kredit in bedenklichem Maße einschränken würde. Dieses Hindernis ließe sich nur beseitigen, wenn für die über $\frac{2}{5}$ des Wertes hinausgehende Beleihung eine ausreichende Sicherheit geschaffen werden könnte. Die Sicherheit wäre ohne weiteres gegeben, wenn die Gemeinden für diesen Teil des Realkredits die Haftung übernehmen würden. Das ergeben die Mitteilungen in meiner Schrift: „Der städtische Realkredit nach dem Kriege“ (Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1916), Seite 51 und ff. Da aber mit der erwähnten Abneigung vieler Gemeinden gegen die Übernahme solcher Haftung gerechnet werden muß, müßte die organisierte Selbsthilfe der Beteiligten durch Einrichtungen und Veranstaltungen eingreifen, die den Gemeinden Rückdeckung gewähren, und deren Haftung dadurch auf ein so geringes Maß einschränken, daß ihnen die Übernahme der Haftung für den nachstelligen Realkredit der Übergangszeit wohl zugemutet werden kann. Einen geeigneten Weg dazu zeigt das in meiner Schrift nur kurz berührte, inzwischen in sehr beachtenswerter Weise weiter ausgestaltete Münchener Vorgehen, das in der gegenwärtigen Nummer von J. H u m a r*) des näheren geschildert wird. Weil die Münchener ausgezeichnet geleitete Hausbesitzer-Organisation in der Lage war und ist, Veranstaltungen durchzuführen, die tatsächlich die städtische Haftung auf ein geringes Maß einschränken, hat dort die Frage der Gemeindehaftung keine Schwierigkeiten gemacht. Das Münchener Vorgehen zeigt auch, daß zu dem Zwecke nicht einmal besonders große Mittel festzulegen sind. Gewiß werden noch andere Organisationen der Beteiligten in ähnlicher Weise eingreifen können, und sie sollten es tun.

Viel allgemeiner ließe sich natürlich die Hilfe für die Übergangszeit gestalten,

*) Wegen Platzmangels mußte der Aufsatz von J. Humar für das Dezemberheft zurückgestellt werden. Die Redaktion.

wenn man das Eingreifen der Realkreditanstalten von einer Gemeindehaftung ganz loslösen könnte. Wesentliche Erschwerungen würden damit von vornherein wegfallen. Die Notwendigkeit, bei nachträglicher Wertminderung vom Hypothekenskapital soviel zurückzufordern, als es die Wertgrenze von 60 Prozent überschreitet, würde damit meist beseitigt sein. Der städtische Hausbesitz würde dadurch von einer ernsten und oft unheilvollen Kalamität befreit. Zugleich böte sich hier bei weiterer Ausgestaltung die Möglichkeit, die ganze Beleihung bis zu 75 Prozent des Wertes in einer Hand zusammenzufassen, was eine für den Schuldner günstigere Gestaltung der Beleihungsbedingungen ermöglichen würde. Der Gedanke ist also sehr verlockend. Aber der Weg wäre nur gangbar, wenn die Gefahr einer Beunruhigung der Pfandbriefgläubiger, Versicherten und Sparer mit ihren schädlichen Folgen für den Realkredit überhaupt vermieden werden könnte. Zur Erörterung ist gekommen, daß den Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften und anderen Anstalten, die den erststelligen Realkredit pflegen, dabei aber an die bisherige Beleihungsgrenze von 60 Proz. des Wertes gebunden sind, gestattet wird, während der Kriegszeit und in einer gewissen Übergangszeit nach dem Kriege städtische bebaute Grundstücke bis zu 75 Proz. des durch sorgfältige Schätzung ermittelten Wertes zu beleihen unter der Voraussetzung, daß der über 60 Prozent des Wertes hinausgehende Teil als Tilgungshypothek gegeben wird, eine Voraussetzung, die schon der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für das Schätzungsamtsgesetz für den Fall einer Erweiterung der Beleihungsgrenze ins Auge gefaßt hatte.

Wenn das ausreichend wäre, würde man nur noch für das über 75 Prozent hinausgehende Kreditbedürfnis, das übrigens in der Regel durchaus im Rahmen des wirtschaftlich Berechtigten bleibt, auf die Gemeindehaftung zurückzugreifen haben, um die Hypothekenbanken usw. in die Lage zu versetzen, auch hierfür — natürlich nur bis zu einer gewissen Obergrenze, die in der Regel über 80 Prozent des Wertes nicht hinausgehen dürfte, — unmittelbar oder auf dem Wege über Kommunaldarlehen Mittel bereitzustellen. Durch die Beschränkung der Gemeindehaftung auf diesen kleinen Teil der Gesamtbeleihung würden die Bedenken vieler Gemeinden gegen die Übernahme der Haftung an Gewicht verlieren. Gleichzeitig würde es gerade wegen dieser Beschränkung auf verhältnismäßig kleine Beträge den Hausbesitzerorganisationen erleichtert, den Gemeinden eine ausreichende Rückdeckung zu verschaffen. Aber es wird ernsthaft bezweifelt, ob die Tilgung des über 60 Prozent des Wertes hinausgehenden Teiles der Beleihung allein schon die Beunruhigung der Pfandbriefgläubiger, Versicherten und Sparer aus der Welt schaffen könnte, zumal die Tilgung in der ersten und besonders gefährlichen Zeit noch nicht genügend wirken könnte. Es müßte also für den über 60 Prozent des Wertes hinausgehenden Teil des Realkredits zu der Tilgung noch eine ausreichende und namentlich für die schwierige Anfangszeit verstärkte Sicherheit hinzutreten. Sie müßte mangels der Gemeindehaftung durch die Organisationen der

Beteiligten geschaffen werden. Das wird nur den leistungsfähigen Organisationen in wirklich ausreichendem Maße möglich sein. Man wird also auch auf diesem Wege allein die notwendige Allgemeinheit der Hilfe in der Übergangszeit nicht sichern können.

Hiernach gibt es in der Frage kein „Entweder — oder“, sondern nur ein „Sowohl — als auch“. Man wird je nach den Verhältnissen die einzuschlagenden Wege verschieden gestalten müssen. Auf eine Mitwirkung der Organisationen der Beteiligten wird man im übrigen nur ausnahmsweise ganz verzichten können, wenn eine Heranziehung der Realkreditanstalten für den nachstelligen Realkredit der Übergangszeit ohne Schädigung des Realkredits überhaupt ermöglicht werden soll, nämlich nur da, wo die Gemeinden bereit und imstande sind, ohne weiteres die Haftung für den in Rede stehenden Teil des Realkredits zu übernehmen. Wo sie nicht dazu bereit sind, muß die organisierte Selbsthilfe der Beteiligten, falls sie nicht aus eigenen Kräften die erforderliche Kredithilfe gewähren kann, entweder die Gemeindehaftung entbehrlich machen oder — was wohl eher möglich ist — sie durch Gewährung entsprechender Rückdeckung erleichtern. Unter diesen Voraussetzungen wäre den Realkreditanstalten ein erweitertes Eingreifen zugunsten des nachstelligen Realkredits möglich. Daß alsdann die Träger des organisierten erststelligen Realkredits von diesen Möglichkeiten eines Eingreifens überall da Gebrauch machen werden, wo dadurch wirtschaftlich wertvolle Existenzen erhalten werden können, kann nicht bezweifelt werden. Denn ihren Schuldnerkreis über die Schwierigkeit der Übergangszeit möglichst unverfehrt hinwegzubringen, entspricht ihrem wahren und dauernden Interesse. Der Wille, zu helfen, ist bei ihnen lebendig. Man muß ihm nur den Weg freimachen.

Dr. Otto Arendt,

Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses:

Die Hypothekennot und ihre Bekämpfung.

Reformen und Organisationen sind immer Noterzeugnisse. Solange alles gut geht, ist jeder mit dem Bestehenden zufrieden. Nur so läßt es sich erklären, daß in Deutschland die Ordnung des städtischen Realkredits völlig sich selbst überlassen blieb, während für den landwirtschaftlichen Realkredit seit mehr als einem Jahrhundert namentlich in Preußen sehr segensreich wirkende Einrichtungen bestanden.

Es ging unseren städtischen Hauseigentümern zweifellos gut. Entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung herrschte überall Blühen, Gedeihen, Wachsen in den deutschen Städten. Die Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes erhöhte ständig die Nachfrage nach städtischen Wohnhäusern

zu Kauf und Miete. Die Mieten stiegen, der Wert des Grund und Bodens wuchs. Die Abnutzung der Grundstücke wurde dadurch mehr als ausgeglichen, und der Hausbesitzer konnte ständig auf höhere Überschüsse und steigende Werte seines Besitzes rechnen. Dazu kam ein stetiges Sinken des Zinsfußes, das mit kurzen Unterbrechungen während der ganzen zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts anhielt. So war nicht nur der städtische Realkredit leicht zu befriedigen, es war vielmehr dem Eigentümer sehr erwünscht, daß er seine Hypotheken nicht zu lange festlegte, um möglichst oft den Zinsfuß herab- und die Beleihungssumme heraufsetzen zu können. Niemand dachte daran daß es einmal anders kommen würde.

Und es kam anders. Wie so oft im wirtschaftlichen Leben waren es gleichzeitig verschiedene Ursachen, die zusammenwirkten und sich dadurch steigerten. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts steigt der Zinsfuß. Eine Steigerung des Hypothekenzinsfußes drückt den Reinertrag eines Grundstücks herab und vermindert mithin seinen Verkaufswert. Der Gläubiger fordert deshalb nicht nur höheren Zins, sondern auch größere Sicherheit und sucht diese in einer Teilrückzahlung. Eine solche legt dem Hauseigentümer große Opfer auf und führt nicht selten zum Vermögensverfall. Eine Zinssteigerung hätte ausgeglichen werden können durch Mietsteigerungen. Der Hausbesitz aber sieht sich seit langem sinkenden Mieten gegenüber, die Folge einer Überproduktion an Wohnungen, die nicht zuletzt auf gesetzgeberische Maßnahmen zurückzuführen ist. Die Steuer nach dem gemeinen Wert hat den Wauschwindel geradezu großgezogen. Infolge der Wohnungs-Überproduktion sinken nicht nur die Mietpreise, sondern steigen auch die Ansprüche der Wohnungssucher bezüglich der Wohnungsausstattung, was ebenso wie die Steigerung der Löhne und fast aller Erzeugnisse die Hauslasten wesentlich erhöht.

Das war bereits der Stand der Dinge vor dem Kriege — welche Verschlimmerung der Krieg bringen mußte, liegt auf der Hand. Je länger der Krieg dauert, um so sicherer wird, daß diese Verschlimmerung einen dauernden, sich ständig verschärfenden Charakter behält. Der Staat hat mit Fug und Recht den Familien der Kriegsteilnehmer ihre Wohnungen sichergestellt, er hat aber das einfach auf Kosten der Hausbesitzer getan, die also tatsächlich ohne Entschädigung einer teilweisen Enteignung unterlagen. Die Gemeinden haben zum Teil Mietsbeihilfen gewährt, diese aber von Mietsnachlässen abhängig gemacht. Man denke, daß der Staat den Landwirten die Kartoffeln zu Gunsten der städtischen Bevölkerung ohne Entgelt abnehmen würde, daß die Städte dann aber sich bereit erklären würden, den Landwirten den halben Wert der Kartoffeln zu zahlen, wenn sie auf die andere Hälfte verzichten!

Bezüglich der Hypotheken besteht selbstverständlich seit Beginn des Krieges überhaupt kein Markt mehr. Wird eine Hypothek fällig, so liegt das Schicksal des Hausbesitzers einfach in den Händen seines Gläubigers. Dieser kann die Bedingungen diktieren, und das geschieht vielfach mit äußerster Härte. Nur die

großen Gesellschaften haben erkannt, daß eine pflegliche Behandlung der Schuldner auch in ihrem Interesse liegt. An sich sollte Kündigung einer Hypothek und Steigerung des Zinsfußes während der Kriegszeit als den guten Sitten widersprechend angesehen werden, soweit nicht im Einzelfall besondere Gründe vorliegen. Es handelt sich immer um Ausnützung einer Notlage, und das ist Wucher. Daß auch öffentliche Sparkassen den Zinsfuß erhöhen, muß aufs schärfste gemißbilligt werden und fordert ein Einschreiten der Aufsichtsbehörden, wie es in Sachsen nachdrücklich geschehen ist.

Hat die Gesetzgebung bisher überhaupt für den städtischen Realkredit versagt, so muß ihr der schwere Vorwurf gemacht werden, daß sie sich den veränderten Verhältnissen eines langjährigen Krieges gar nicht gewachsen zeigte. Man glaubt offenbar immer noch, mit kleinen Verlegenheitsmitteln auskommen zu können, und läßt damit die Dinge einer Katastrophe entgegentreiben, deren Schwere und Bedeutung dem öffentlichen Bewußtsein noch nicht genügend klar geworden zu sein scheint, obwohl etwa ein Drittel unseres gesamten Nationalvermögens im städtischen Grundbesitz angelegt ist.

Es sei deshalb hier zunächst hervorgehoben, daß während des Krieges die Gefahr eines Zusammenbruchs weit geringer ist als nach dem Kriege. Der Kriegszustand nötigt die Gläubiger zur Vorsicht, namentlich in Hinblick auf Rückzahlungsforderungen und Enteignungen. Man läßt also zunächst die Hypotheken kurzfristig weiterlaufen. Aber was soll werden, wenn diese Milliarden alle auf einmal fällig werden? Man will die Unkündbarkeit der Hypotheken nicht einführen, aus Furcht, daß dann die Hypotheken alle auf einmal fällig werden, und übersteht, daß das auch so der Fall ist.

Das zweite Bedenken gegen die Unkündbarkeit der Hypotheken ist das „Teilmoratorium“; auch das ist nicht zutreffend. Denn wenn der Staat in alle Wirtschaftszweige eingreift, wenn er dem Hausbesitzer höhere, besondere Lasten durch die Wohnpflicht der Kriegsteilnehmer auferlegt, dann ist er auch berechtigt, Höchstgrenzen für Hypothekenzinsen einzuführen und zu bestimmen, daß Einigungsämter über jeden Fall der Hypothekenkündigung zu befinden haben, Bestimmungen, die über die Kriegszeit solange auszudehnen sind, bis eine Neuordnung des städtischen Realkredits durchgeführt worden ist.

Eine solche Neuordnung ist die einzige Rettung, Rettung aber muß erfolgen, nicht nur, weil es sich um Millionen von Existenzen handelt, die den Kern des ganzen deutschen Mittelstandes ausmachen, sondern auch, weil die Befriedigung des nebst Nahrung und Kleidung wichtigsten Bedürfnisses, des Wohnbedürfnisses, dadurch bedingt wird. Vom Wohlergehen der Hausbesitzer hängt das Gedeihen des Baugewerbes ab. Wer soll Wohnhäuser bauen und kaufen, solange die Besitzer solcher Wohnhäuser dem Untergang entgegensehen müssen? Die Folge ist ein Daniederliegen des Bauens, bis die Überproduktion der Wohnungen einem Mangel an Wohnungen gewichen und dadurch eine erhebliche Mietssteigerung ein-

getreten ist. Ein Daniederliegen des Bauens macht Hunderttausende von Unternehmern und Arbeitern brotlos und ruiniert alle für das Baugewerbe tätigen Industrien und Handwerke. Die Wohnungsnot aber, die schließlich entstehen müßte, würde weder dem Hausbesitz noch dem Baugewerbe wesentlich nützen, denn zu ihrer Bekämpfung würden Staat und Gemeinden einschreiten und es könnten daraus leicht sozialistische Experimente entstehen, die an den Symptomen des Übels herumdoktern und das Übel, statt es zu heilen, vermehren.

Es muß ganze Arbeit getan werden, wenn noch jetzt, und ehe es zu spät wird, Hilfe gebracht werden soll.

Man gebe zunächst die „Moratorium-Bedenken“ auf. Die Lage ist zu ernst, um der Theorie noch Raum zu lassen. Nicht nur Unkündbarkeit der Hypotheken muß gefordert werden, sondern auch Nachprüfung aller seit Kriegsbeginn vorgenommenen Hypothekenverlängerungen durch Einigungsämter, ohne deren Zustimmung künftig keine Änderung im jetzigen Stand eintreten darf. Nur durch eine solche Maßregel kann durchgreifend geholfen werden.

Den Einigungsämtern aber muß eine weitgehende Befugnis auch gegenüber den Schuldner eingerräumt werden, sie müssen ebenso die berechtigten Interessen der Hypothekengläubiger wahren. Es wäre höchst verkehrt und würde die Rückkehr gesunder Verhältnisse auf dem Realkreditmarkt sehr erschweren, wenn nicht erkannt würde, daß Gläubiger und Schuldner gleich pfleglich zu behandeln sind und in ihren Interessen nicht als Gegner zu gelten haben, zwischen ihnen muß nach Recht und Billigkeit der Ausgleich gesucht werden.

Der beste Weg hierzu ist die Umwandlung der Zinshypotheken in unkündbare Tilgungshypotheken. Soweit die Schuldner hierzu imstande sind, sollte die Umwandlung erzwungen werden. Nur die unkündbare Tilgungshypothek gibt dem Hausbesitz wieder eine unerschütterliche Stellung. Doch auch hier droht eine Gefahr. Zu hohe Anforderungen an die Tilgung, sie mögen theoretisch noch so begründet sein, hindern praktisch die Durch- und Einführung der Tilgungshypotheken. Es muß aber den Hausbesitzern die Kreditmöglichkeit auf der Grundlage der unkündbaren Tilgungshypothek unbedingt gewährt werden. Hierzu ist die Errichtung öffentlicher Pfandbriefanstalten (Stadtschaften) nötig. Damit allein indes ist es nicht getan, dazu kommt diese Neuschöpfung zu spät. Die Überführung der Milliarden-Hypotheken, die heute bei Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen bestehen, auf Pfandbriefanstalten würde die Krise nicht fernhalten, sondern herbeiführen oder verschärfen. Es muß im Gegenteil dahin gestrebt werden, die Hypotheken ohne Änderung des Gläubigers aus Zins- in Tilgungshypotheken umzuwandeln. Hierbei kommt eine geradezu entscheidende Frage in Betracht. Die Mündelsicherheit des städtischen Grundbesitzes ist auf 50 Prozent beschränkt, bis 60 Prozent sind bei Hypothekenbanken usw. Beleihungen zugelassen. Eine baldige Änderung ist hier an sich ausgeschlossen. Jedenfalls muß jeder Neuordnung die Einführung eines geordneten Schätzungswesens voraus-

gehen. Daher ist die Verabschiedung des Schätzungsamtsgesetzes in Preußen die erste Voraussetzung einer Neuordnung des Hypothekenwesens. Das unbedingte Vertrauen zur Sicherheit des städtischen Realkredits muß zurückgewonnen werden.

Auf der Grundlage zuverlässiger Schätzungen wird sich notwendig ein Wertrückgang des Hausbesitzes ergeben, da dieser tatsächlich als Folge der Zinssteigerung und des Mietsrückganges vorliegt. Wir müssen also mit einer gerechtfertigten, ja nach den gesetzlichen Vorschriften notwendigen Forderung auf Teilrückzahlungen bei den ersten Hypotheken rechnen. Hiergegen muß Vorsorge getroffen werden, wenn nicht die schwersten Verluste eintreten sollen.

Es ist nötig, daß die Pfandbriefanstalten und zugleich die Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen die gesetzliche Befugnis erhalten, soweit ihre Beleihungen zu belassen, wie ihnen eine Sicherheitsleistung durch öffentliche Körperschaften (Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde) gewährt wird. Das ist der wichtigste, der nach meiner Ansicht allein gangbare Weg zur Rettung des städtischen Grundbesitzes. Die Gemeinden werden sich vor die Frage gestellt sehen, ob sie eingreifen wollen zur Rettung ihrer besten Steuerzahler, zur Vermeidung einer zur allgemeinen Verarmung führenden Katastrophe.

Nach den Erklärungen des Städtetages ist der Wille zur Hilfe bei den Städten vorhanden; wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Aber es ist Recht und Pflicht der Gemeinden, daß sie hierbei die Gesamtinteressen ihrer Steuerzahler gebührend berücksichtigen.

Die Gemeinden werden deshalb mit Recht fordern, daß ihre Hausbesitzer für die etwaigen Verluste eintreten, die den Gemeinden durch die Übernahme der Bürgschaften entstehen können. Die Hausbesitzer müssen sich zu diesem Zweck organisieren, wobei nur die Genossenschaft mit beschränkter Haftung praktisch möglich erscheint. Mit unbeschränkter Haftung würde die Beteiligung unzureichend sein, weil die Gefahr für den Einzelnen zu groß erscheint, und Zwangsgenossenschaften sind unmöglich, weil der Hausbesitz viel zu ungleichartig ist (Mietshäuser, Villen, Fabriken, Theater, Kaufhäuser, Landhäuser, Einfamilienhäuser), die Verschuldung außerordentlich verschieden ist und kein Mensch mehr freiwillig Häuser kauft, wenn ihm eine Zwangsgenossenschaft zugemutet wird. Kann aber die Genossenschaft mit beschränkter Haftung genügende Sicherheit bieten? Diese Frage wird manche Stadtverwaltung vorsichtig verneinen.

Es ist deshalb nötig, die Hausbesitzergenossenschaften zu stärken. Das geschieht am leichtesten durch Teilung oder Verbreiterung des Risikos nach den bewährten Grundsätzen des deutschen Versicherungswesens.

Die Hausbesitzergenossenschaften müssen sich zu Verbänden zusammenschließen, einen Teil des Risikos trägt dann die lokale Organisation, einen Teil gemeinsam der Verband.

Eine weitere, sehr wesentliche Hilfe bietet die Hypothekensicherung durch Genossenschaften oder Banken.

Es gibt bereits eine Reihe von Organisationen, welche die Ausbietungs-garantie für Hypotheken übernehmen.

Indes die nach meiner Ansicht beste, bisher vorgeschlagene Form der Hypothekensicherung befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Ihre praktische Durchführung würde ich für eine der wichtigsten Hilfen für den städtischen Realkredit ansehen, soweit Selbsthilfe in Betracht kommt. Es ist der Arbeitgeberbund des deutschen Baugewerbes, der diese neue Schutzbank-Idee plant, von der richtigen Voraussetzung ausgehend, daß das Baugewerbe nur gedeihen kann, wenn dem Hausbesitz die Lebensmöglichkeit bleibt. Nicht das Baugewerbe, sondern nur der Bauschwindel wird ohne Berücksichtigung des Wohnungsbedarfs mit dem Hausbesitz in unlauteren Wettbewerb treten.

Seit langem schon waren Bestrebungen im Gange, das Kapital dadurch wieder dem städtischen Realkredit zuzuführen, daß die Gefahren der Beteiligung an Zwangsverkäufen dem Kapital abgenommen wurde. Es bildeten sich Genossenschaften, z. B. in Berlin, zur Sicherheitsleistung für zweite Hypotheken. Hierbei wurde die Zwangsversteigerung mit ihren schweren Verlusten und Kosten und mit ihrer Schädigung des gesamten Grundbesitzes die Voraussetzung für das Eingreifen der Genossenschaft. Diese hat das Eigentum zu übernehmen, die vorstehenden Hypotheken nötigenfalls auszuführen und jedenfalls große Kapitalbeträge flüssig zu machen und festzulegen. Der neue Vorschlag des Baugewerbes erreicht das gleiche Ziel auf viel einfachere und zweckdienlichere Art. Die Schutzbanken übernehmen den Lastenschutz des Grundstücks.

Sie leisten Bürgschaft für die Hypothekenzinsen und Steuern und verhüten dadurch die Zwangsversteigerung. Gerät der Besitzer in Zahlungsrückstand, so übernehmen sie die Verwaltung. Hierbei können nur kleine Verluste entstehen, oft wird dem Besitzer das Eigentum bald zurückgegeben und er so vor dem Ruin bewahrt werden können. Auch das Kapital der Hypotheken wird gesichert, wobei seine Tilgung in mäßigen Grenzen bedingt ist. Im Falle der Kündigung erfolgt die Herbeischaffung des Kapitals ohne Zwangsversteigerung, die nur dann möglich bleibt, wenn hinter der Schutzbank stehende Gläubiger sie betreiben und die Schutzbank auszahlen, ein praktisch kaum denkbarer Fall.

Ist das Risiko dieser Lastensicherung geringer als das Risiko der Ausbietungs-Garantie, so muß auch eine billigere Schutzgebühr ausreichen. Die auf mathematischen Grundlagen ruhenden Berechnungen der Schutzgebühren sind überraschend gering. Die Befürchtungen mancher Hausbesitzer, daß zu hohe Beiträge gefordert werden könnten, sind nicht zutreffend. Was die Beiträge kosten, muß reichlich an Zins gespart werden, denn eine geschützte Hypothek muß einer ungeschützten vom Kapital so vorgezogen werden, daß ein niedrigerer Zins ausreicht. Darüber hinaus wird der Gläubiger von der für den Hausbesitzer so drückenden Forderung der Teilrückzahlungen absehen können, wenn seine Hypothek durch die Schutzbank unbedingte Sicherheit erhält. Indem die Schutzbank selbst die

Zahlung der Zinsen und des Kapitals leistet, tritt sie zwischen Schuldner und Gläubiger, wie die Pfandbriefanstalt oder Hypothekenbank. Der Kapitalist braucht weder das Grundstück noch den Hausbesitzer zu kennen, seine Forderung ist selbstbürgerlich durch die Schutzbank gesichert.

Das Risiko der Schutzbank aber soll nach den bewährten Grundsätzen des deutschen Versicherungswesens — das ist die zweite, sehr wesentliche Besserung, die der Vorschlag des Baugewerbes bringt — durch Rückversicherung geteilt und verallgemeinert werden. Es wird zuerst eine Verbandsbank der deutschen Hypothekenschutzbanken als Rückversicherung begründet. Sie übernimmt 60 Prozent des Risikos, während die lokalen Schutzbanken 40 Prozent tragen. Auf dieser Grundlage kann der örtlichen Organisation der freieste Spielraum gegeben werden. Es können sich Hausbesitzergenossenschaften, soweit sie das System des Lastenschutzes durchführen, der Verbandsbank anschließen und ihr 60 Prozent des Risikos übertragen. Dadurch gewinnen diese Organisationen an Kraft und Kredit namentlich auch den Gemeinden gegenüber, denen sie für Gemeindebürgerschaften Sicherheit zu stellen haben. Es wird sich dann leicht eine weitere Teilung des Risikos ermöglichen lassen. Die Hausbesitzergenossenschaften bilden Verbände, denen sie 80 Prozent des Risikos übertragen. Diese Verbände decken sich mit 60 Prozent bei der Verbandsbank. Wächst das System, so werden neue Verbandsbanken entstehen, und der Hausbesitz kann sich auch eine eigene Verbandsbank begründen; diese Verbandsbanken werden dann unter sich die Risiken durch Rückversicherungen ausgleichen.

Eine weitere Ausgleichen der Risiken kann zwischen Stadt und Land eintreten. Die Steigerung des Zinsfußes bedroht auch den landwirtschaftlichen Realkredit. Auch hier sind Bemühungen im Gange, die auf Besserung des ländlichen Hypothekenwesens abzielen. Nach dem Bekanntwerden des Vorschlages des Baugewerbes ist von landwirtschaftlicher Seite dieser Vorschlag als praktisch und gangbar anerkannt und die Bildung einer Schutzbank für die Landwirtschaft im Anschluß an die Verbandsbank ins Auge gefaßt worden.

So ergibt sich für mich das folgende Programm für die Organisation des Realkredits:

1. Schaffung von Schätzungsämtern und Stadtschaften mit mündelsicherer Beleihung bis zu 75 Prozent für Tilgungshypotheken, bei schneller Abzahlung bis 80 Prozent, unter Sicherheitsleistung der Gemeinden;
2. Ausdehnung der Beleihungsbefugnis unter den gleichen Voraussetzungen für Hypothekenbanken, Versicherungen, Sparkassen;
3. Einrichtung von Einigungsämtern mit bindender Befugnis für Schuldner und Gläubiger, möglichst unter Erlaß von Normativbestimmungen;
4. Bildung von Hausbesitzergenossenschaften und Verbänden von solchen zur Deckung der von den Gemeinden übernommenen Garantien;

5. Anschluß dieser Genossenschaften an die Verbandsbank deutscher Hypothekenschutzbanken und Bildung von Hypothekenschutzbanken behufs Übernahme des Lastenschutzes.

Es wäre ein schwerer und verhängnisvoller Irrtum, wenn man glauben wollte, daß die Not des Hausbesitzes, die schon vor dem Kriege bestand, mit Friedensschluß beendet wäre. Im Gegenteil, dann wird sie erst die gefährlichsten Formen annehmen. Eine Katastrophe erscheint mir unvermeidlich, wenn wir noch länger die Hände in den Schoß legen. Diese Katastrophe sehe ich als die schwerste Gefahr für unsere gesamte Volkswirtschaft an, die uns überhaupt droht. Deshalb müssen wir endlich aus den ewigen Erwägungen zu Taten schreiten. Mit halben Mitteln ist es nicht mehr getan. Alle, die es angeht, sind gewarnt. Reich, Staat, Gemeinde haben, ehe es zu spät ist, ihre Pflicht zu tun, dann wird auch der Mut zur Selbsthilfe hinzukommen. Dabei versteife man sich nicht auf Grundsätze und Einzelheiten und mache nicht das Bessere zum Feind des Guten. Es muß von allen Seiten und mit allen Mitteln angepackt werden. Hierzu wollte ich einen Beitrag leisten; können Andere bessere Vorschläge machen, so wird mir das um so lieber sein.

Justizrat Dr. Baumert:

Die Befristung von Hypothekenschulden während des Krieges.

Seit Jahrzehnten habe ich immer, um die Schaffung von Pfandbriefanstalten und damit die Schaffung von unkündbaren Hypotheken als notwendig nachzuweisen, hervorgehoben, daß im Falle eines schwierigen Krieges der Grund- und Hausbesitz bei kündbaren Hypotheken nicht bestehen könne. Ich habe jedoch meist tauben Ohren gepredigt. Mir ist entgegnet worden, ein Krieg werde nur ganz kurze Zeit dauern, da er viel zu viel Geld beanspruche. Für eine kurze Zeit käme die Kündigungfrist der Hypotheken nicht in Betracht. Auch würde die Reichsbank sofort Darlehnskassen gründen, so daß man auf Hypotheken Geld erhalte. Leider haben diese Gegner nicht recht bekommen. Dieser Krieg hat sie gründlich widerlegt. Der Krieg dauert nun schon zwei Jahre, und das Ende kann niemand mit Sicherheit voraussagen. Die Darlehnskassen, welche die Reichsbank geschaffen hat, beleihen zwar russische Werte, geben aber keinen Pfennig auf eine deutsche Hypothek. Es hat sich dies nicht durchsetzen lassen, und man muß füglich anerkennen, daß die Leitung der Reichsbank doch triftige Gründe dafür hat, daß sie sich mit der Beleihung von Hypotheken nicht befaßt, bezw. eine direkte Beleihung mit

Entschiedenheit ablehnt. So kam es, daß nunmehr eingetroffen ist, was ich immer vorausgesagt habe, daß infolge der Kündbarkeit der Hypotheken der Haus- und Grundbesitz schwer in Bedrängnis geraten ist und bei Fortdauer des Krieges immer noch weiter gerät. Denn das beweist die Geschichte aller Zeiten, daß während eines Krieges Geld auf Hypotheken so gut wie nicht zu haben ist. Die Hypotheken, die während des Krieges fällig werden, bedeuten daher in den meisten Fällen den Vermögensruin für den Hypothekenschuldner. Gleich nach Ausbruch des Krieges habe ich auf dieses alles aufmerksam gemacht, insbesondere auch in Berlin*) wiederholt hervorgehoben, daß wir doch gut daran täten, uns auf einen längeren Krieg vorzubereiten und nicht mit einem kurzen Krieg zu rechnen. Indes, auch damals fand ich wenig oder gar keine Zustimmung. Es wurde mir das Wort Moratorium von mehreren Seiten entgegengehalten. Nun ist es zweifellos richtig, daß unsere Regierung weise gehandelt hat, ein allgemeines Moratorium nicht zu erlassen, und daß diese Unterlassung für unsere Volkswirtschaft außerordentlich günstig gewirkt hat. Aber man muß doch nicht vor einem Wort, das doch nur ein leerer Schall ist, sich ins Bockshorn jagen lassen. Es kommt doch auf die Sache an, nicht auf den Schall des Wortes. Damit, daß Hypothekenkapitalien befristet werden, wird noch lange kein Moratorium im allgemeinen Sinne erteilt werden. Sollen doch, wie ich immer hervorgehoben habe, die Hypothekenzinsen nach wie vor fällig werden und gezahlt werden müssen und auch beitreibar sein. Es ist also wenig von einem allgemeinen Moratorium vorhanden, wenn man Hypothekenkapitalien während des Krieges befristet bezw. nicht fällig werden läßt. Es kommt aber hinzu, daß jeder, der sein Geld in Hypotheken angelegt hat, damit eine dauernde Kapitalsanlage gesucht hat. Er hatte also gar nicht die Absicht, das Geld bei irgendwelchen eintretenden anderen Umständen sofort zurückgezahlt zu verlangen. Dies drückt sich ja auch meist in den Beleihungsbedingungen aus in der Art, daß die Kündigung oft für längere Jahre ausgeschlossen wird. Kennen doch die preussischen Landschaften, die das Wesen der Hypotheken am besten begriffen haben, nur seitens des Gläubigers unkündbare Hypotheken und sollen doch auch die Hypothekenbanken ihre Tilgungshypotheken selbst nicht kündigen. Ist mir doch auch immer von Sparkassenvertretern vorgehalten worden, daß eine Sparkassenhypothek so gut wie unkündbar sei.

Dies alles, sowie die durch die lange Dauer des Krieges fortschreitende Not des Hausbesitzes hat es aber zuwege gebracht, daß sich gewichtige Stimmen für eine Befristung — ja zum Teil langjährige Befristung — ausgesprochen haben. So an erster Stelle und am weitgehendsten der frühere Oberpräsident von Ostpreußen Batocki, sodann der Geschäftsführer des Deutschen Städtetages Dr. Luther, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. Arendt, Oberbürgermeister

*) Vgl. Schriften des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands 1916 Heft 1, S. 5.

Dr. Glücksmann, Geh. Justizrat Dr. Harnier*). Einige von ihnen scheuen auch vor dem Wort Moratorium nicht zurück.

Wenn man jenes Auftreten der Sparkassenvertreter in Friedenszeiten berücksichtigt, so werden sich die Sparkassen wirklich nicht beklagen können, wenn man sie jetzt beim Wort nimmt und verlangt, daß sie als gemeinnützige Anstalten sich nicht die Kriegskonjunktur dadurch zunutze machen dürfen, daß sie die Hypotheken kündigen, sie hartherzig einziehen und dadurch großen Gewinn bei der jetzigen Geldknappheit erzielen, wo sie doch auch für die Spargelder ihrer Sparer nicht mehr Zinsen zu geben genötigt sind. Trotzdem haben es Sparkassen fertiggebracht, mehrere sofort nach Ausbruch des Krieges, eine größere Sparkasse erst jetzt vor kurzem, ihre Hypotheken teils schlechtweg zu kündigen, teils durch die Drohung der Kündigung nur eine Zinserhöhung durchzusetzen. Allerdings sind nicht bloß die preussischen Aufsichtsbehörden, insbesondere das preussische Ministerium des Innern, soweit sie dies vermochten, dagegen vorgegangen, sondern auch das Königlich Sächsische Ministerium hat jüngst einen diesbezüglichen aner kennenswerten Erlaß an die Sparkassen gerichtet**). Man kann daher im allgemeinen sagen, daß, von Ausnahmen abgesehen, die Sparkassen von einer Kündigung und einer Zinserhöhung während des Krieges abgesehen haben.

Indes, die Hypothekenbanken benehmen sich anders. Erklärten doch einige Hypothekenbankdirektoren, sie hielten sich im Interesse ihrer Bank für verpflichtet, von der Fälligkeit der Hypotheken auch während des Krieges Gebrauch zu machen und Hypotheken, bei denen die Kündigungsmöglichkeit eintritt, trotz des Krieges auch zu kündigen, um ihre Pflicht gegen ihre Hypothekenbank zu erfüllen, denn sie könnten das Geld nicht unter den alten Bedingungen stehen lassen. Nichts ist irrtümlicher als dies. Auch die Hypothekenbanken sind öffentliche Institute, die auf die Kriegslage pflichtschuldigst Rücksicht zu nehmen haben und nicht die Hypothekenschuldner, die zum Teil im Felde stehen, durch ihre Maßnahmen ins Unglück stürzen dürfen. Denn wenn sie die Hypotheken während des Krieges zurückverlangen, so bedeutet das allermeist den Vermögensverfall für den Schuldner. Trotzdem haben die Hypothekenbanken, wenigstens in der ersten Zeit des Krieges, zum Teil die Fälligkeit der ganzen Hypothek geltend gemacht, zum Teil wiederholt und andauernd Abzahlungen auf das Kapital verlangt, die die Schuldner im Kriege doch auch nicht leisten können. Allerdings haben einige Hypothekenbanken von vornherein großzügig erklärt, daß sie auch während des Krieges die fällig werdenden Hypothekenskapitalien zu den alten Bedingungen, ohne jegliche Provision und Zinserhöhung, weiter stehen lassen würden. Dies hat bewirkt, daß schließlich die Mehrzahl der Hypothekenbanken, nämlich 27, sich zu einer Erklärung

*) Schriften des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, 1916, Heft 1.

***) Vgl. Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 31 v. 3. August 1916.

im Monat Februar dahingehend vereinigt haben, daß sie fälligwerdende Hypotheken stehen lassen werden und keine höheren Zinsen als viereinhalb Prozent verlangen werden*).

Das, man kann wohl sagen, zunächst unkluge Vorgehen einer großen Anzahl von Hypothekenbanken, das Kündigen selbst seitens der Sparkassen, ganz abgesehen von Kündigung seitens der Privatgläubiger hat wohl doch die Reichsregierung davon überzeugt, daß sie für den Haus- und Grundbesitz bezüglich der fällig werdenden Hypotheken Hilfsmaßnahmen ergreifen muß. Demzufolge erging schon am 22. Dezember 1914 eine Verordnung dahin, daß Hypothekenskapitalien auf sechs Monate vom Richter befristet werden können, und daß diese Frist wiederholt erteilt werden kann. Die Gerichte legten jedoch diese Verordnung anders aus, als die Gesetzgeber beabsichtigt hatten. Sie erklärten, nur dann Frist erteilen zu können, wenn ihnen glaubhaft gemacht würde, daß nach Ablauf der Frist der Hypothekenschuldner auch wirklich das Kapital zahlen könne und werde. Das war doch aber während der Kriegszeit ausgeschlossen. Infolgedessen erteilten eben die Gerichte keine Frist, und es erwies sich diese Verordnung als eine zwar gut gemeinte Vorschrift für den Haus- und Grundbesitz, die diesen aber nach wie vor in seiner schrecklichen Notlage beließ. Trotz aller Bemühungen, nicht bloß der Hausbesitzerverbände, sondern auch anderer Interessentengruppen, wurde erst am 8. Juni 1916 vom Bundesrat eine neue Verordnung erlassen, die endlich dem bedrängten Hausbesitz wirklich Abhilfe zu verschaffen sich bemühte. Die wesentlichsten Bestimmungen der Verordnung sind folgende:

1. Es ist fortan immer das Gericht der gelegenen Sache, d. h. also dasjenige Gericht, in dessen Bezirk das verpfändete Grundstück liegt, zuständig.
2. Sodann darf der Richter nicht mehr eine Glaubhaftmachung dafür verlangen, daß der Schuldner nach Ablauf der Frist auch imstande sein wird, das befristete Geld zu zahlen.
3. Dem Schuldner kann die Frist, und zwar für das Kapital fortan bis zu einem Jahre, auch wiederholt, erteilt werden; für Hypothekenzinsen nur bis zu sechs Monaten und nur einmal.

Diese Befristung, die der Schuldner auch vor Fälligkeit nachsuchen kann, soll nur erteilt werden, wenn die Lage des Schuldners sie rechtfertigt, und soll versagt werden, wenn die Zahlungsfrist dem Gläubiger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt. Das erstere wird jetzt im Krtege wohl regelmäßig vorliegen. Das letztere muß erst seitens des Gläubigers dargetan werden. Der Schuldner muß danach allemal erst um die Befristung beim Gericht einkommen. Es ist also dem Schuldner nicht eine Frist kraft Gesetzes (Moratorium) gewährt worden. Man hätte aber sehr wohl diese richterliche Fristgewährung einfach durch das

*) Beilage zum roten Tag „Grundbesitz und Realkredit“ Nr. 6, vom 10. Februar 1916, und Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 6, vom 10. Februar 1916, und Nr. 37, vom 14. September 1916.

Gesetz aussprechen können und dem Gläubiger den Nachweis überlassen können, daß die Lage des Schuldners eine Frist nicht rechtfertige, und daß die Zahlungsfrist ihm (dem Gläubiger) einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt. Man hätte aber auch bestimmen können, daß dem Schuldner die Frist auf seinen Antrag ohne weiteres zu erteilen ist, sofern nicht der Gläubiger nachweist, daß er einen unverhältnismäßigen Nachteil erleidet und der Schuldner sehr wohl, ohne in Not zu geraten, imstande ist, das Geld zahlen zu können. In beiden Fällen würde eine Umkehrung der Beweislast stattgefunden haben, die dem Gläubiger allein obzulegen hätte. Diese Vorschläge hat die Verordnung nicht angenommen. Sie läßt es bei der richterlich zu erteilenden Frist, die erst jedesmal vom Schuldner nachgeschickt werden muß, die aber, soweit die Erfahrung bisher reicht, wohl regelmäßig von den Gerichten nunmehr erteilt wird.

Außerdem hat die Verordnung für die Zwangsversteigerung noch wichtige Anordnungen getroffen:

1. Der Zuschlag kann versagt werden, wenn ein Gläubiger, dessen Anspruch innerhalb der ersten drei Viertel des Wertes steht, nicht gedeckt wird, und er die Versagung beantragt.

Der Schuldner kann also die Versagung des Zuschlags nicht beantragen, auch wenn er eine bessere Verwertung des Grundstücks im Frieden zu erzielen hofft. Auch wird die Forderung des zweiten Hypothekengläubigers in Rücksicht auf die rückständigen Zinsen und Kosten durch ein Gebot von drei Vierteln des Wertes in der Regel nicht voll gedeckt sein.

2. Sodann kann der Zwangsvollstreckungsrichter, auch wenn die Urteile ohne Frist erteilt sind, das Verfahren der Zwangsversteigerung auf sechs Monate aussetzen. Und zwar stellt hierfür das Gesetz keinerlei Bedingungen auf. Es überläßt die Entscheidung lediglich dem Ermessen des Richters, der sicherlich diese Aussetzung zu bestimmen hat und wohl auch bestimmen wird, sofern dargetan wird, daß die Fortsetzung des Verfahrens mit einer Härte für den Schuldner verbunden ist, daß also das Grundstück verhältnismäßig ungünstig veräußert werden würde. Damit wird in gewissem Sinne der Mangel ersetzt, daß der Schuldner an sich kein Widerspruchsrecht gegen den Zuschlag hat, wenn nur unter drei Vierteln des Wertes geboten ist.

Diese Aussetzung ist vom Gericht abzulehnen, wenn fällige Ansprüche des betreibenden Gläubigers auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre nicht gezahlt sind. Dies ist zu Gunsten des nachstelligen Hypothekengläubigers angeordnet, damit ihm nicht allzu viel Rückstände vorgehen und er nicht um sein Vorrecht durch die fortwährende Fristgewährung gebracht wird. Es ist also auch hier vorausgesetzt, daß die Zinsen gezahlt werden, jedenfalls aber nicht länger als zwei Jahre rückständig sind.

Raum war jedoch die Verordnung erlassen, so wandte sich der Zentralverband

der Banken und Bankiers in einer scharfen, an die Reichsregierung gerichteten Bittschrift dagegen. Diese Bittschrift ist bereits an anderer Stelle widerlegt worden*). Jedenfalls dürfte diese Eingabe den bestehenden Kriegsverhältnissen nicht gerecht werden, geschweige denn dem bestehenden Notstande des Haus- und Grundbesitzes entsprechen. Man muß im Gegenteil sagen, daß die Verordnung vom 8. Juni 1916 noch nicht genügt. Sie hat insbesondere folgende Lücken:

In vielen Fällen sieht der Hausbesitzer ein, daß er sein Haus doch nicht halten kann, und würde es gern dem Hypothekengläubiger überlassen. Er bietet es dem letzten Hypothekengläubiger für die Schulden an. Der würde es auch übernehmen; er hat aber jetzt im Kriege nicht soviel Geld, um die großen Abgaben, die bei einer Erwerbung eines Grundstücks bar gezahlt werden müssen, zu entrichten, insbesondere die Besitzwechselabgaben zu bestreiten. (Diese betragen in Deutschland in der Regel nicht unter $2\frac{2}{3}$ Prozent des Kaufpreises, in den einzelnen Staaten und Gemeinden aber erheblich mehr.) Sie bewirken, daß sie jetzt während des Krieges auch den letzten Hypothekengläubiger um sein Kapital bringen, weil er sich nicht ausbietet und das Grundstück nicht erwerben kann. Deshalb ist schon längst die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht worden, daß man nicht bloß dem Haus- und Grundbesitz durch Befristung helfen dürfe, sondern daß man auch den Hypothekarkredit schützen müsse durch weitergehende Maßnahmen, insbesondere dadurch, daß man von den Besitzwechselabgaben mindestens für die Fälle, in denen bei einer Zwangsversteigerung ein Hypothekenschuldner das Grundstück ersteht, sowie in dem Falle der freiwilligen Übernahme seitens eines Hypothekengläubigers für die Schulden womöglich für immer, wenigstens aber während des Krieges absieht. Hierbei zeigte es sich nun, daß die Staaten und die Reichsregierung sehr damit einverstanden sind, daß die Gemeinden ihre Besitzwechselabgaben — gewöhnlich Umsatzsteuer genannt — in diesem Falle nicht zur Erhebung bringen. Die Gemeinden sagen wieder ihrerseits, sie sind geneigt, erst dann dies zu tun, wenn der Staat gleiches getan haben wird, d. h. ihnen vorangegangen sein wird mit Ermäßigung und Außerhebungsetzung der Besitzwechselabgaben. Man denkt hierbei unwillkürlich an jene Polen, von denen es heißt: „Und weil keiner wollte leiden, daß der andre für ihn zahle, zahlte keiner von den beiden.“ Weil keiner vorangehen will, wird der bedrängte Hausbesitz weiter geprügelt und der Hypothekarkredit weiter geschädigt. Es ist dies aber für eine Gesundung des Hypothekarkredits nach dem Frieden sehr bedenklich. Man wird aber wohl auch nach dem Kriege dahin kommen, daß — soll unsere Volkswirtschaft wieder gesunden und sollen diejenigen schwachen Kräfte des Mittelstandes, die zu ihrem Fortkommen und ihrem Erwerb ein Grundstück brauchen, dasselbe leicht erwerben können — einem derartigen Vorwärtstreben unserer Volkswirtschaft die Besitzwechselabgaben eine ungeheure Fessel sind. Deshalb hat sich der Zentralverband

*) Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 34, vom 24. August 1916.

der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands für folgende Leitsätze ausgesprochen*):

„1. Hohe Besitzwechselabgaben sind, wie die Erfahrungen in Ländern mit hohen Besitzwechselabgaben, z. B. Frankreich, Österreich (auch Elsaß-Lothringen, wo die französischen Abgaben bestehen geblieben sind), beweisen, der Volkswohlfahrt schädlich. Sie wirken als Hemmschuh eines gesunden Fortschritts in der Entwicklung der Volkswirtschaft.

Dies zeigt sich in neuerer Zeit auch in den Teilen Deutschlands, in denen seit einer Reihe von Jahren der Besitzwechsel durch übermäßige Abgaben erschwert, zum Teil verhindert wird.

2. Dazu kommt, daß besonders seit dem Kriege infolge der Erschwerung und Verteuerung des Kredits und der Verringerung der Häuserträge Käufer für Häuser zu einem angemessenen Preise kaum noch vorhanden sind, die etwa vorhandenen aber durch die hohen Besitzwechselabgaben vom Kaufe abgeschreckt werden.

Insbefondere wird es dadurch auch dem Mittelstande, namentlich Kriegsteilnehmern und Kriegsinvaliden mit wenig Vermitteln unmöglich gemacht, Grundstücke zu erwerben, deren sie zu ihrem besseren Fortkommen durchaus bedürfen, obgleich ein hohes Staats- und vaterländisches Interesse verlangt, dies zu erleichtern.

3. In einer ganz unerträglichen Weise schädlich und ungerecht wirken die hohen Besitzwechselabgaben bei Zwangsversteigerungen, indem sie den Kreis der Käufer in bedenklicher Weise verkleinern und das Meistgebot drücken; und noch bedenklicher in den Fällen, in denen Hypothekengläubiger sich genötigt sehen, sei es in der Zwangsversteigerung, sei es freihändig, notleidende Grundstücke zu übernehmen.

Es besteht ein hohes volkswirtschaftliches Interesse, Zwangsversteigerungen möglichst zu vermeiden und den freihändigen Übergang notleidender Grundstücke an den Hypothekengläubiger durch Erlass der Besitzwechselabgaben zu erleichtern, ganz besonders auch im Interesse solcher Eigentümer, die ihr Grundstück nicht mehr halten können.

4. Hervorgehoben sei noch, daß auch die Wertzuwachssteuer eine Besitzwechselabgabe und darum auch zu verwerfen ist, und daß sie infolge der am 1. April 1917 in Kraft tretenden Reichsbesitzsteuer zu einer Doppelbesteuerung führt.

5. Aus diesen Gründen sind Reichs- und Landesregierung zu bitten, die Besitzwechselabgaben zu ermäßigen, unter allen Umständen aber bei Zwangsver-

*) Heft 6 von 1915 der Schriften des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands.

steigerungen und bei Übernahme notleidender Grundstücke durch einen Hypothekengläubiger die Besitzwechselabgaben, und zwar jetzt noch während des Krieges außer Hebung zu setzen."

Für den nachstelligen Hypothekengläubiger ist es nämlich jetzt sehr schwer, ein Grundstück zu erstehen. Er kann sicher damit rechnen, daß alle vorgehenden Hypotheken fällig sind und deren volle Ausbezahlung von ihm verlangt wird. Natürlich kann er das Geld nicht zahlen. Wenn er aber das Grundstück ersteht, so muß er auch im Kaufgelderbelegungsstermin alle Gelder zahlen, und ob ihm nachträglich Frist auf Grund der Verordnung vom 8. Juni 1916 bewilligt wird, kann er im voraus nicht wissen, jedenfalls kann er damit nicht rechnen. Nun ist vorgeschlagen worden, daß dem Ersteher auch die dem Eigentümer gewährte Frist zugute kommen soll. Indes, wenn vom Eigentümer keine Frist nachgesucht ist und ihm keine gewährt ist, so nützt dies dem Ersteher nichts. Deshalb ist weiter vorgeschlagen worden, daß die bereits bestehende Vorschrift des § 62 des Zwangsversteigerungsgesetzes, welche lautet: „Das Gericht kann schon vor dem Versteigerungstermin Erörterungen der Beteiligten über das geringste Gebot und die Versteigerungsbedingungen veranlassen, zu diesem Zwecke auch einen besonderen Termin bestimmen,“ eine zwingende Kraft für die Kriegszeit wird, in der Art, daß in jedem Falle vor dem Bietungstermin ein Vortermin abgehalten werden muß, in welchem über die Kaufbedingungen verhandelt wird und die Kaufbedingungen, was die Befristung fällig gewordener Hypothekenskapitalien betrifft, vom Richter vorher festgesetzt und verkündet werden. Auf Grund einer derartigen Feststellung kann dann der nachstellige Hypothekengläubiger oder jeder Hypothekengläubiger erfahren, was er zu zahlen hat, wenn er das Grundstück ersteht, und kann demzufolge Gebote abgeben, ohne nachher zu erfahren, daß er sich arg verrechnet habe. Nur wenn diese Maßnahme getroffen wird, wird es einigermaßen gelingen, sowohl den bedrängten Haus- und Grundbesitz wie den bedrängten Hypothekarkredit durch den Krieg hindurch zu retten, so daß er im Frieden noch leistungsfähig bleibt.

Schließlich seien die Schutzmaßnahmen für den Haus- und Grundbesitz noch aus einem anderen Grunde gerechtfertigt.

Nach Ausbruch des Krieges wurde es allgemein für ganz selbstverständlich gehalten, daß die Hauswirte ihren Mietern, soweit sie in den Krieg zogen, die Miete ermäßigten. Sie taten dies in vielen Fällen aus freien Stücken, insbesondere in der ersten Begeisterung. Als aber später die Städte — bei Zahlung von Mietsunterstützungen — einen Teilerlaß geradezu verlangten, verstimmt dies schon. Indes, man kam dem Verlangen wohl meist nach. Als nun noch mehr Mieter eingezogen wurden und immer weniger Miete einging, kamen auch die Hausbesitzer in immer größere Zahlungsbedrängnis und in immer größere Schwierigkeiten. Diese wurden noch verschärft durch die Vorschrift der Verordnung vom 4. August 1914, daß Kriegsteilnehmer, auch wenn sie gar keine Miete zahlen, aus

ihrer Wohnung nicht gesetzt werden können, sondern der Hauswirt sie, auch ohne Miete zu erhalten, nach wie vor in der Wohnung belassen muß. Wenn eine derartige Kriegsvorschrift auch unentbehrlich ist, so sieht man wohl jetzt allgemein ein, daß das Verlangen eines Mietnachslasses ein ungerechtfertigtes war, und daß infolge desselben immer mehr Hausbesitzer bei der Dauer des Krieges ihren Besitz nicht mehr halten können. Man hätte eben einem mittelständlichen Unternehmer nicht Verzicht zumuten sollen, die er auf die Dauer nicht ertragen kann.

Wie der Hausbesitz für diese ihm durch behördliche Maßnahmen mittelbar mit zugefügten Mietsverluste später eine Entschädigung erhalten kann, ist eine Frage, die bereits eingehend erörtert ist, und der sich die meisten wohlwollend gegenüberstellen*). Was nämlich die Verordnung vom 8. Juni 1916 betrifft, so verschafft diese zwar dem Hausbesitz eine Frist, aber nach Ablauf der Frist wird der Hausbesitz — auch im Frieden — zunächst nicht imstande sein, das befristete Geld zu zahlen.

Um die rückständigen Hypothekenzinsen zu zahlen, dazu fehlen ihm die während des Krieges nicht eingegangenen Mieten. Hoffentlich verhilft ihm zu diesen irgendeine Hilfsmaßnahme, die noch ins Leben tritt.

Um die fällig gewordenen Hypothekenskapitalien zahlen zu können, dazu bedarf es auch besonderer Hilfsmaßnahmen und der Schaffung neuer Kreditorganisationen; insbesondere auch für nachstellige Hypotheken. Man kann daher der preussischen Regierung nur Dank wissen, daß sie in Voraussicht der Dinge schon im vorigen Winter dem Landtage einen Gesetzentwurf zur Schaffung von Stadtschaften vorgelegt hat, der bereits in der Kommission des Abgeordnetenhauses eingehend beraten worden ist, und bei dem in Kürze in Aussicht stehenden Zusammentritt des Landtages nochmals zur Beratung gelangt. Hoffen wir, daß der Gesetzentwurf angenommen wird, und dadurch Anstalten geschaffen werden, die dem Hausbesitz die nötigen Geldmittel besorgen, deren er bedarf, wenn er nicht zugrunde gehen soll.

Fassen wir Vorstehendes zusammen, so ergibt sich, daß die Verordnung vom 8. Juni 1916 nicht ausreicht; sie schützt insbesondere nicht ausreichend den nachstelligen Hypothekengläubiger. Wird dieser Schutz unterlassen, so ist zu befürchten, daß die zweiten Hypotheken in großem Umfange zum Ausfall kommen und somit ein großer Teil unseres Volksvermögens vernichtet wird. Dann wird aber das Kapital sich von zweiten Hypotheken allzu rasch und allzu sehr zurückziehen, und es wird dies erst recht zum Nachteil des Grundbesitzes ausschlagen.

Aus allen diesen Gründen ist zu fordern:

1. bei Fristgewährung Umkehrung der Beweislast,
2. Außerhebungsetzung der Besitzwechselabgaben,

*) Schriften des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands 1916 Heft 3.

3. Erhöhung der Grenze für das Meistgebot, gegen welches ein Hypothekengläubiger Widerspruch erheben kann. 80 Prozent des Wertes wäre das Mindeste.
4. Anberaumung eines Vortermins im Zwangsversteigerungsverfahren von Amtswegen und in diesem Gewährung einer richterlichen Frist für die fällig gewordenen Hypothekenskapitalien, wenn eine Einigung darüber unter den Beteiligten nicht erzielt wird.
5. Hilfsmaßnahmen zur Erstattung der durch die Kriegsteilnehmer erlittenen Mietsverluste.
6. Schaffung von Pfandbriefanstalten für erste und zweite Hypotheken noch während des Krieges.

Justizrat Dr. Meschelsohn:

Die Hypotheken-Stundungsverordnung und ihr Mangel.

Schon vor dem Kriege bestanden besondere Schwierigkeiten auf dem Hypothekenmarkte. In der Regel war es nur möglich, unter unverhältnismäßigen Opfern in Form einer besonderen einmaligen Vergütung (Provision und Damno) und eines unerträglich hohen Zinsfußes, in zahlreichen Fällen aber überhaupt unmöglich, Geld gegen Bestellung einer zweitstelligen Hypothek aufzunehmen oder für fällige zweitstellige Hypotheken neue Gläubiger zu finden. Diese Schwierigkeiten führten vielfach zum Ruin der Geldsucher.

Aus hier nicht weiter zu erörternden Ursachen ist im allgemeinen der großstädtische Grundbesitz auf Hypotheken-Kredit aufgebaut. Man sah in weiten Kreisen in dem Erwerb eines städtischen Grundstücks, bei dem zehn Prozent des Kaufpreises bar angezahlt wurden, während die restlichen 90 Prozent als erste Hypothek, zweite Hypothek und hypothekarisch gesichertes Restkaufgeld nicht zur Auszahlung kamen, sondern das Grundstück dinglich belasteten, kein wirtschaftlich unsolides Gebaren. Die während langer Jahre fortgesetzte Steigerung des Wertes des städtischen Grundbesitzes ließ bei den Grundstückserwerbern keine Sorge aufkommen, ob es ihnen möglich sein werde, bei Fälligerwerden der Hypotheken für deren Deckung zu sorgen. Der Zusammenbruch einiger Hypothekenbanken und die darauf einsetzende schärfere staatliche Kontrolle über die Beleihung der Grundstücke war wohl der erste Anlaß, der die überspannten Kreditverhältnisse des städtischen Grundbesitzes ins Wanken brachte. Der Ausbruch des Krieges bewirkte ein fast vollständiges Aufhören des Hypo-

thekenmarktes. Für hypothekarische Werte war Geld auch gegen große Opfer nur noch in Ausnahmefällen zu erhalten. Hierin ist während der Kriegsdauer eine merkliche Änderung nicht eingetreten. Dies verschlimmerte die Lage der meisten Grundstückseigentümer bis zum drohenden Ruin.

Während die Vorschriften zum Schutze der Schuldner, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigung vom Bundesrat erlassen waren, im allgemeinen ihren Zweck erfüllten, zeigte sich alsbald, daß die Hypothekenschuldner eines weitergehenden Schutzes bedurften. Es ist besonders die Größe der bei Hypotheken in Betracht kommenden Kapitalien, die es dem Schuldner in der Regel unmöglich macht, den Hypothekengläubiger auf anderem Wege zu befriedigen, als dadurch, daß ein neuer Gläubiger auf dem Hypothekenmarkte die Hypothek erwirbt. Während Ersparnisse aus dem Einkommen, erübrigte Kapitalien, Hilfe und Unterstützung von Freunden und Verwandten dem in vorübergehende Verlegenheit geratenen Schuldner bei anderen Rechtsverhältnissen regelmäßig oder häufig die Tilgung seiner Verbindlichkeit ermöglichen, müssen gegenüber dem Gläubiger, der Befriedigung wegen seiner Hypothek verlangt, diese Behelfe in der Regel versagen.

Bereits am 22. Dezember 1915 erschien deshalb zum Schutze der Hypothekenschuldner eine Spezialverordnung, die zu ihren Gunsten dem Gericht die Bewilligung einer sechs monatlichen Zahlungsfrist ermöglichte. Es bedarf keiner Darlegung, daß diese Frist bei der langen Dauer des Krieges und der fortdauernden Unterbrechung des Hypothekenmarktes keine einigermaßen durchgreifende Hilfe schaffen konnte.

Auch einige weitere Verordnungen waren von keiner erheblichen Wirkung. Erst die am 8. Juni 1916 ergangene Verordnung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden (nachstehend als Hyp. B. D. bezeichnet) versuchte, in weitgehender Weise den Grundeigentümern gegenüber den Hypothekengläubigern Schutz zu verleihen. Die Verordnung will der Erhaltung von unbeweglichem Eigentum in derselben Hand und dem Schutze der Gläubiger dinglich gesicherter Forderungen dienen. Zu diesem Zwecke soll möglichst die Zwangsversteigerung von Grundstücken während der Kriegsdauer vermieden werden, indem dem Richter das Recht gegeben wird, die Zahlungsfrist für das Kapital auf ein Jahr zu erstrecken, diese Zahlungsfrist auch wiederholt zu erteilen, und ferner im Zwangsversteigerungsverfahren eine Einstellung auf höchstens sechs Monate, im Bedarfsfalle auch wiederholt zu bewilligen. Daneben ist die Befugnis des Gerichts aufrecht erhalten und erweitert, solche Rechtsfolgen zu beseitigen, die auf Grund einer Verwirkungsabrede eingetreten sind. In dieser Beziehung ist der praktische bedeutsamste Fall die Fälligkeit des gesamten Kapitals wegen Nichtzahlung fälliger Zinsen oder Kapitalsraten, sowie auch wegen Zwangsvollstreckungen, die gegen den Grundstückseigentümer aus anderweitigen Schuldverhältnissen erfolgt sind.

Man wird anerkennen können, daß die Gesetzgebung auf rechtlichem Gebiete zum Schutz des Grundstückseigentümers in seiner Eigenschaft als Hypothekenschuldner weitergehende Maßregeln kaum zu ergreifen vermochte. Es ist dabei aber eine große Klasse von Schuldner aus Hypotheken absichtlich oder unabsichtlich unberücksichtigt geblieben, die in gleich hohem, wenn nicht in höherem Maße des Schutzes eines Notgesetzes bedürfen — wenn ihr Ruin infolge der gleichen Ursache, nämlich der Krisis auf dem Hypothekenmarke, vermieden werden soll —, das sind diejenigen, die aus den Hypotheken *persönlich* haften, die aber nicht Grundstückseigentümer sind.

Der Hypothek des geltenden Rechtes, des Bürgerlichen Gesetzbuches, liegt eine persönliche Forderung zugrunde. Derjenige, der sein Grundstück mit einer Hypothek belastet, wird zugleich persönlicher Schuldner; er muß mit seinem gesamten Vermögen für die Erfüllung der hypothekarischen Verbindlichkeit einstehen. Es bleibe dahin gestellt, ob diese rechtliche Gestaltung zweckmäßig und berechtigt ist, da doch in dem regelmäßigen Grundstücks- und Kapitalanlage-Verkehr das Grundstück, nicht der Schuldner, die Sicherheit gewähren soll, und diejenige wirtschaftliche Gestaltung, bei der die persönliche Forderung das Wesentliche und die hypothekarische Sicherung etwas Hinzukommendes ist, mehr dem kurzfristigen Kreditbedürfnis genügt. Bei einer Veräußerung des Grundstücks wird nach dem geltenden Recht der Veräußerer nicht etwa von seiner persönlichen Schuld ohne weiteres befreit; zwar haftet für die Schuld das Grundstück, und wenn der Hypothekengläubiger die Schuldübernahme durch den neuen Grundstückseigentümer genehmigt, erlischt die persönliche Schuldverbindlichkeit des Veräußerers. Aber in zahlreichen Fällen bleibt der Veräußerer persönlicher Schuldner, weil die Genehmigung der Schuldübernahme des Grundstückserwerbers durch den Gläubiger nicht erfolgt. Damit hat der Gläubiger das Recht, bei Fälligkeit der Hypothek den früheren Grundstückseigentümer sofort in Anspruch zu nehmen, der dann seinerseits lediglich das Recht hat, gegen den derzeitigen Grundstückseigentümer seine Rechte geltend zu machen. Eine Einrede, daß der Gläubiger zunächst gegen das Grundstück und den gegenwärtigen Grundstückseigentümer vorgehen muß, und sich nur wegen des Ausfalls an den früheren Grundstückseigentümer halten darf, ist unserem geltenden Rechte fremd.

Dieser Rechtszustand hat schon unter normalen Verhältnissen zu den schwersten Mißständen geführt. Der ursprüngliche Eigentümer, der persönlicher Schuldner einer Hypothek ist, die er vor vielleicht zwanzig Jahren auf ein Grundstück aufgenommen hat, das er seit langen Jahren veräußert hat, empfängt eines Tages die Mitteilung, daß der derzeitige Eigentümer des Grundstücks die Hypothekenzinsen nicht pünktlich bezahlt hat, daß das Kapital deshalb fällig geworden sei und daß er binnen 24 Stunden das ganze Kapital zahlen soll; ist er dazu außerstande — was sehr häufig der Fall sein wird —, dann wird aus der üblichen Zwangsvollstreckungsklausel Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen be-

trieben, Konkurs über sein Vermögen eröffnet, und er hat lediglich den Frost, daß es ihm seinerseits freisteht, gegen den derzeitigen Eigentümer vorzugehen.

Die vorerwähnte Hyp. B. D. hat nun diesem Rechtszustand für die nur persönlichen Hypothekenschuldner eine schwere Ungerechtigkeit hinzugefügt; ihre Lage ist nicht gebessert, sondern zu einer unerträglichen verschlimmert. Nach dieser Schutzverordnung soll der Schutz nämlich nur gewährt werden gegenüber Forderungen, für die eine Hypothek bestellt ist, soweit der Eigentümer des belasteten Grundstücks zugleich der persönliche Schuldner ist. Hiernach ist der Schutz nicht demjenigen persönlichen Schuldner gegeben, der nicht Eigentümer ist, — eine Konsequenz, die nach der Fassung der Hyp. B. D. nicht etwa durch eine wohlwollende Auslegung beseitigt werden kann.

Gleicher Ansicht: die Erläuterer der Verordnung, Nußbaum in der Juristischen Wochenschrift v. 1916, S. 93, Scholz, daselbst, S. 926, und Stillschweig, daselbst, S. 1069.

Da nun aber die Hyp. B. D. dem Grundstückseigentümer Schutz gegen den Anspruch aus der Hypothek verleiht, so ergibt sich für den beklagenswerten persönlichen Schuldner als Rechtslage, daß er aus dem persönlichen Schuldverhältnis in Anspruch genommen wird, seinerseits aber nicht einmal den Grundstückseigentümer in Anspruch nehmen kann. Er hat letzterem in dem Vertrauen das Grundstück überlassen, daß er damit der Sorge um die Hypothek überhoben ist; nun wird gegen ihn Zwangsvollstreckung in sein persönliches Vermögen betrieben und der Grundstückseigentümer kann von ihm nicht in Anspruch genommen werden; er kann sich nicht einmal aus dem Grundstück zu befriedigen suchen.

Man nehme den durchaus alltäglichen Fall:

Vor etwa neun Jahren hat A. ein Grundstück, belastet mit einer ersten Hypothek von 200 000 Mark und einer zweiten von 50 000 Mark, gegen 50 000 Mark Anzahlung an den ihm als zuverlässig und solvent bekannten B. verkauft. B. hat die Hypotheken in Anrechnung auf den Kaufpreis übernommen, der Hypothekengläubiger der ersten Hypothek hat aber die Übernahme nicht genehmigt. B. hat das Grundstück inzwischen an C. weiterverkauft oder vertauscht, der in Vermögensverfall geraten ist und die nun fällig gewordene erste Hypothek nicht bezahlt. Der Gläubiger verlangt Zahlung der 200 000 Mark von A., der die Hypothek unter keinen Umständen von Dritten beschaffen kann, weil das Grundstück sich im Eigentum des als zahlungsunfähig bekannten C. befindet, mit dem kein Geldgeber sich einlassen mag. A. ist andererseits, weil dem C. als Grundstückseigentümer der Schutz der Hyp. B. D. zugute kommt, außerstande, gegen C. vorzugehen oder das Grundstück zur Versteigerung zu bringen; er wird durch die gegen ihn zulässige Zwangsvollstreckung, da er zurzeit leicht verwertbare Vermögenswerte nicht besitzt, aus dem wohlhabenden Manne zum Bettler. —

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

Dieser Rechtszustand, der bei Erlaß der Hyp. B. D. kaum erkannt sein wird, ist der Abhilfe dringend bedürftig. Es steht zu hoffen, daß der Bundesrat sich der Notwendigkeit der Beseitigung dieser Ungerechtigkeit, die durch die Hyp. B. D. hervorgerufen ist, nicht entziehen und eine entsprechende Ergänzung der Hyp. B. D. erlassen wird.

Das unbillige Ergebnis rührt daher, daß die Hyp. B. D. nur den „Schutz des Grundbesitzes“ bezweckt und darüber diejenigen vergißt, die, ohne zurzeit Grundbesitzer zu sein, aus ihrer fortdauernden Rechtsbeziehung zum Grundbesitz in gleicher wirtschaftlicher Notlage sich befinden.

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken.

Vom Gründungsausschusse des „Verbandes Deutscher Hypothekenschutzbanken“, eingesetzt vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände.

Während viele deutsche Hausbesitzer unter dem Drucke der Verhältnisse immer mehr dazu kamen, Hilfe aus ihrer Not nur noch von der öffentlichen Gewalt zu erhoffen, hat das deutsche Baugewerbe unentwegt daran festgehalten, daß ihm daneben auch durch Selbsthilfe geholfen werden müsse. Das Baugewerbe ist von der Not des Hausbesitzes naturgemäß schwer mitbetroffen, sind doch fast durchweg die Baugewerbetreibenden Hausbesitzer. Überdies liegt die Bautätigkeit völlig danieder und es bedarf gewaltiger Anstrengungen, um sie nach und nach wieder zu beleben. Die Schwierigkeiten liegen zunächst in den allgemeinen Verhältnissen, dann aber auch in dem schon vor dem Kriege fehlenden Baukredit. Letzterer ist nicht zu erhalten, denn die Nachhypothek, die einst die Kapitalanlage der kleinen Sparer war, ist nachgerade eine der unsichersten Kapitalanlagen geworden. Wirkliche Abhilfe scheint demnach nur dann zu kommen, wenn es gelingt, der Nachhypothek wieder die gebührende Sicherheit zu verschaffen, ohne daß der Schuldner allzu fühlbar belastet wird. Wir wollen sehen, wie dies möglich sein könnte.

I.

Die Hypothekenversicherung, richtiger Versicherung des Kapitalausfalls hypothekarisch sichergestellter Forderungen bei zwangsweiser Ausbietung des Grundstückes, bezweckt den Schutz der Nachhypothek zu Gunsten des Gläubigers. Gleich-

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

wohl hat sie sich im Laufe der Zeit nicht durchsetzen können. Warum? Zunächst wurden nicht unerhebliche Bedenken gegen sie deshalb erhoben, weil bedingungsgemäß der wirtschaftlich Schwächere, der Schuldner, zugrunde gerichtet sein muß, bevor für den Versicherer zu Gunsten des wirtschaftlich Stärkeren, des Gläubigers, eine Leistungspflicht begründet ist. Begreiflicherweise verzichtet daher der Hauseigentümer auf dieses Hilfsmittel, solange er kann. Es bestehen aber auch andere Bedenken.

Bekanntlich nehmen Bauwert und Nutzungswert des Hauses stetig ab; dies kann allerdings durch sorgfältige Pflege des Hauses und rechtzeitige, sachgemäße Instandsetzungsarbeiten abgemindert und verzögert werden. Daneben können aber unvorhergesehene Einflüsse die Wertabminderung je nach Lage der Verhältnisse beschleunigen, wie beispielsweise sinkende Nutzungsmöglichkeit infolge lebhafter Bautätigkeit oder Steigerung der Bedürfnisse der Mieter, Verödung der nächsten Umgebung infolge Entstehens neuer Verkehrswege oder Wohnungsviertel, Entwertung durch Aufkommen belästigender oder störender Betriebe, auch Wertabminderungen durch Katastrophen usw. Dagegen können wertsteigernde Ursachen, wie allgemeines Steigen der Bodenpreise, Kunst- oder Seltenheitswert des Gebäudes usw. die genannte Wertabminderung regelmäßig nicht beseitigen.

Wer Kapital auf Hypotheken ausleiht, ohne der hiernach unbedingt zu erwartenden Wertabnahme gebührend Rechnung zu tragen, muß gewärtigen, daß für das Kapital nach und nach die ursprüngliche Realsicherheit nicht mehr gegeben sein wird. Mit der Dauer muß also auch das Risiko der Hypothekenversicherung wachsen.

Nun ist freilich ein wachsendes Risiko im Versicherungswesen an sich nichts Ungewöhnliches; es ist sogar die Regel in der Personenversicherung, denn die Gefahr, zu sterben, arbeitsunfähig zu werden, zu verunglücken, zu erkranken, wächst mit jedem Lebensjahre. Das Versicherungsunternehmen hat daher, wenn es gedeihen will, der Eigenart des Risikos entsprechenderweise Rechnung zu tragen. Das kann in verschiedener Weise geschehen. So könnte man beispielsweise nach Art der Lebensversicherung anfangs zu hohe Beiträge verlangen und das zuviel Erhobene für die spätere Zeit ansammeln; man hätte dann gleichfalls eine Art Prämienreserve zu berechnen. Einfacher erscheint ein anderer Weg, der vom Schuldner regelmäßige Abtragung der Schuld mindestens im Umfange der zu erwartenden Wertabminderung des Grundstücks verlangt, so daß der Unterschied zwischen Hypothekenschuld und Grundstückswert wenigstens nicht abnehmen kann.

Soweit nun die Praxis der Hypothekenversicherung bekannt geworden ist, ist dieser Sachlage bewußtermaßen wohl nirgends entsprochen worden. Wir begreifen daher, daß auch die Unternehmungen selbst beim Betriebe dieser Versicherungsart nicht gedeihen konnten.

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

Damit kommen wir dann auf eine dritte Schwierigkeit, nämlich auf die Bestimmung der notwendigen und hinreichenden Prämie. In der Regel fordern die Unternehmungen drei Prämienätze:

1. $\frac{1}{4}$ Prozent der versicherten Nachhypothek,
2. $\frac{1}{2}$ Prozent der versicherten Nachhypothek,
3. $\frac{1}{4}$ Prozent der versicherten und der ihr im Range vorangehenden Hypotheken.

Nimmt man also den Schätzungswert des Hauses mit 100 000 Mark, die erste Hypothek mit 60 000 Mark, und die zweite Hypothek mit 15 000 Mark an, so würden die entsprechenden Prämien beziehungsweise 37,50 Mark, 75,00 Mark und 187,50 Mark betragen! Woher diese großen Unterschiede?

Durch Umfrage bei den größeren deutschen Städten haben wir folgende Zwangsversteigerungssätze für die Jahre 1911 bis 1914 (in Prozenten) ermittelt: Aachen 0,50, Altona 1,08, Aschersleben 0,65, Augsburg 0,35, Baden-Baden 0,61, Barmen 0,60, Bayreuth 0,50, Berlin-Stadt 1,10, -Friedenau 2,80, -Lichtenberg 2,09, -Lichterfelde 1,33, -Neufölln 3,20, -Oberschöneweide 4,50, -Pankow 4,98, -Reinickendorf 2,40, -Steglitz 3,58, -Treptow 1,40, Vernburg 0,59, Veuthen 0,29, Bochum 0,16, Brandenburg 0,44, Bremerhaven 1,80, Breslau 1,16, Bromberg 1,00, Cassel 1,04, Celle 1,06, Chemnitz 0,75, Köln 0,85, Cottbus 0,63, Crimmitschau 1,04, Dessau 0,47, Dresden 0,61, Düsseldorf 0,67, Elberfeld 1,59, Elbing 0,44, Erfurt 0,95, Erlangen 0,38, Essen 0,69, Flensburg 0,54, Freiburg i. Br. 0,51, Gleiwitz 0,50, Gotha 0,31, Göttingen 0,50, Greifswald 0,33, Greiz 0,33, Halberstadt 1,30, Halle 0,64, Hamburg 0,87, Hamm 0,37, Hanau 1,13, Hannover 0,50, Herne 1,17, Hof 0,36, Hörde 0,26, Ingolstadt 0,10, Jüterburg 0,27, Jserlohn 1,70, Karlsruhe 0,53, Kiel 1,26, Kolberg 0,76, Königsberg 0,44, Königshütte 3,03, Köslin 0,18, Kreuznach 0,36, Landsberg 0,43, Leipzig 0,78, Luckenwalde 0,90, Ludwigsburg 0,23, Lüneburg 0,44, Mainz 0,46, Mannheim 0,52, Meerane 0,57, Meissen 0,50, Mühlheim 0,39, München 0,45, Nordhausen 0,55, Nürnberg 0,77, Osnabrück 0,34, Prenzlau 0,68, Reutlingen 0,09, Siegen 0,34, Straßburg i. E. 0,43, Wiesbaden 0,68, Würzburg 0,70, Zwickau 0,67.

So interessant nun diese Zahlen sind, so wenig haben sie doch praktischen Wert, denn sie sind zweifellos viel zu niedrig. Einmal sind nämlich nur diejenigen Fälle gezählt, bei denen die Zwangsversteigerung mit Erfolg durchgeführt ist, während alle Fälle, in denen die Versteigerung infolge Wertlosigkeit des Grundstückes, Verzicht oder Zahlungsunfähigkeit des Eigentümers usw. nicht gezählt sind. Andererseits haben die meisten Städte sämtliche Hausgrundstücke, also auch die öffentlichen und die gar nicht hypothekarisch belasteten gegenüber gestellt. Die obigen Sätze sind demnach im besten Falle als allerunterste Grenzen anzusehen. Im allgemeinen

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

kann als unterster Durchschnittssatz ungefähr $\frac{3}{4}$ bis 1 Prozent angenommen werden.

Trotzdem werden diese Zahlen uns von gewissem Werte sein für die Beurteilung der oben angegebenen drei Prämiensätze:

1. Setzen wir die Kosten für die Zangsversteigerung mit 5 Prozent der Schuldsomme, den Kapitalausfall mit nur 25 Prozent der zweiten Hypothek (15 000) an, so daß im Schadensfall 4500 Mark zu leisten sind. Dann beträgt bei einer Schadziffer von nur $\frac{3}{4}$ Prozent und bei nur 10 Prozent Verwaltungskosten die reine Jahresprämie 33,08 Mark, und die vom Schuldner zu zahlende 36,76 Mark, also rund $\frac{1}{4}$ Prozent der Nachhypothek.

2. Setzen wir die Leistung im Schadensfall einschließlich Kosten den Tatsachen entsprechend mit 40 Prozent, d. i. 6000 Mark, an, so beträgt bei einer Schadziffer von $1\frac{1}{8}$ Prozent und nur 10 Prozent Verwaltungskosten die reine Jahresprämie 66,15 Mark, und die vom Schuldner zu zahlende 73,50 Mark, also rund $\frac{1}{2}$ Prozent der Nachhypothek.

3. Setzen wir wieder die Leistung im Schadensfalle mit 6000 Mark an, so beträgt bei einer Schadziffer von $2\frac{1}{2}$ Prozent und 20 Prozent Verwaltungskosten die reine Jahresprämie 147,00 Mark, und die vom Schuldner zu zahlende 183,75 Mark, also rund $\frac{1}{4}$ Prozent der Nachhypothek und der ihr vorangehenden ersten Hypothek.

Den Prämiensatz von 183,75 Mk. verlangt eine größere deutsche Versicherungsgesellschaft, die beiden anderen Prämiensätze werden von sogenannten Hypotheken-Sicherungs-Genossenschaften deutscher Hausbesitzer verlangt.

II.

Die Mietverlustversicherung ist die notwendige Ergänzung der Hypothekenversicherung; bietet letztere dem Hypothekengläubiger wirtschaftlichen Schutz gegenüber dem Hypothekenschuldner (Kapitalsicherheit), so bietet ihn erstere dem Vermieter gegenüber dem Mieter und damit wieder dem Hypothekenschuldner gegenüber dem Hypothekengläubiger (Zinssicherheit).

Versicherung von Ausfall am erhofften Ertrag einer Sache scheint als selbständige Versicherung noch nicht betrieben worden zu sein, wenn man von den wiederholten Versuchen der Mietverlustversicherung abstieht; man kann daher auch nicht auf gleichartiges oder ähnliches Erfahrungsmaterial zurückgreifen. Trotzdem besteht in Versicherungskreisen die Anschauung, daß die Frage der Mietverlustversicherung lösbar und nicht allzu riskant sei, es müsse jedoch für den Vermieter eine Selbstversicherung von etwa 20 Prozent des Mietausfalls bestehen bleiben. Hält man aber gerade an letzterer Forderung fest, so verliert wieder die

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

Versicherung für viele Hauseigentümer den Reiz, denn sie erhalten dann sehr häufig aus der Versicherung nicht einmal soviel erstattet, als sie zur Deckung ihrer eigenen Verpflichtungen nötig haben — der Hauseigentümer will aber doch gerade deshalb versichern, um im kritischen Augenblicke wenigstens seine Steuern und Hypothekenzinsen zahlen zu können; den Ausfall der Zinsen seines eigenen Kapitals würde er dabei noch gerne verschmerzen.

Und dabei erscheinen die für die Mietverlustversicherung geforderten Prämien nicht einmal niedrig. Der in Konkurs geratene Allgemeine Mietverlustversicherungsverein in Berlin schrieb beispielsweise in seinen Drucksachen eine Prämie vor, die für die einzelnen deutschen Städte zwischen 2 und 4 Prozent lag, in der Regel aber 3 Prozent betragen sollte. Die vom Zentralverbande Schweizerischer Haus- und Grundeigentümer geplante Versicherungsanstalt „Fidelitas“ mit dem Sitz in Basel sieht als Jahresprämie folgende Prozente des jährlichen Mietwertes vor: Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen $2\frac{1}{2}$ Prozent; Drei-Zimmerwohnungen $2\frac{1}{2}$ Prozent; Vier- und Fünf-Zimmerwohnungen $2\frac{3}{4}$ Prozent; Sechs- und Mehr-Zimmerwohnungen 3 Prozent; Büroräume 3 Prozent; Ladenräume $3\frac{1}{4}$ Prozent; Werkstätten $3\frac{1}{4}$ Prozent.

Sehen wir uns diese Prämien etwas näher an! Die Statistik der leerstehenden Wohnungen ist freilich recht mangelhaft, und auch da, wo sie aufgenommen worden ist, nur für kritische Zeiten gültig; so finden wir leerstehende Wohnungen für: Berlin (1912—1913) 4,39 Prozent; Elberfeld (1907—1912) 1,88 Prozent; Kiel (1903—1910) 4,26 Prozent. Die Statistik für Elberfeld teilt ferner mit, daß die Wohnungen durchschnittlich ungefähr ein halbes Jahr leerstanden. Die mitgeteilten Zahlen sind, es sei dies gleich mitgeteilt, wieder zu niedrig, denn den leerstehenden Wohnungen sind sämtliche Wohnungen der betreffenden Stadt, also auch solche, die zur Vermietung gar nicht bestimmt sind, gegenüber gestellt.

Nehmen wir nun eine Jahresmiete von 100 Mark an, die Wohnung stehe ein halbes Jahr leer, so daß also im Schadenfalle stets die halbe Miete zu zahlen ist, und bei 25 Prozent Verwaltungskosten des Versicherungsunternehmens betrage der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen viereinhalb Prozent. Dann finden wir eine reine Jahresprämie von 2,21 Mark, so daß der Hauseigentümer jährlich brutto 2,95 Mark, d. i. rund drei Prozent der versicherten Miete zu zahlen hätte. Will man gegen die unterschiedslose Behandlung der einzelnen Hauseigentümer nichts einwenden, so darf also ein Prämienatz von ungefähr drei Prozent vom versicherungstechnischen Standpunkte wohl mehr als ausreichend angesehen werden.

III.

Hypothekenversicherung und Mietverlustversicherung begründen eine Leistungspflicht für den Versicherer erst, nachdem der Verlust eingetreten ist. Zudem

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

bietet dann erstere dem Hauseigentümer nichts, letztere ersetzt ihm nur einen Teil seines Verlustes, und trotzdem muß er die immerhin recht erheblichen Prämien zahlen. Beide Versicherungsarten meidet daher der Hausbesitzer, solange er irgendwie kann, und so entstand längst in den Kreisen der Grundstücksfachleute die Anschauung, daß man mit „Versicherung“ dem Grundbesitz überhaupt nicht helfen könne. Und doch braucht der Hauseigentümer eine Hilfe, aber eine solche Hilfe, die schon dann eingreift, bevor der Verlust da ist, mit anderen Worten, der Hausbesitz braucht ein Bankunternehmen, das ihm bei Beschaffung nachstelligen Hypothekenkredits behilflich ist, ihm geeignete Einrichtungen zur vernünftigen Entschuldung seines Eigentums bereitstellt, für seine Hypothekenschuld gegenüber dem Gläubiger bürgt, und bei vorschussweiser Zahlung der Steuern und Hypothekenzinsen dem Anspruchsberechtigten die regelmäßige Erfüllung ihrer laufenden Forderungen gegenüber dem Hauseigentümer gewährleistet, also gleichzeitig Kapital- und Zinsicherheit leistet.

Derartige Unternehmungen bestehen noch nicht, wenn auch hier und da Ansätze dazu gemacht worden sind. Das deutsche Baugewerbe hat daher nach eingehender Prüfung der Verhältnisse die planmäßige Errichtung solcher Bankunternehmungen unter dem Namen „Hypothekenschutz-Banken“ beschlossen. Diese Hypothekenschutz-Banken sollen sich an ein Zentralinstitut „Verband Deutscher Hypothekenschutz-Banken“ zwecks Teilung des Risikos anlehnen und natürlich auch ähnlich gearteten Unternehmungen, wie z. B. den Sicherungsgenossenschaften der Hausbesitzer und den Städten, die Hypothekengarantien übernehmen, den Anschluß ermöglichen.

Das jährliche Entgelt des Hausbesitzers, „Schutzzins“, muß logischerweise abhängig sein von der Art und Höhe der hypothekarischen Belastung des Grundstücks und der Kreditwürdigkeit des Eigentümers. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der jährliche Schutzzins in der Regel ungefähr $\frac{1}{2}$ —1 Prozent des jährlichen Bruttoertrages des Grundstücks betragen dürfte. Ein Beispiel mag dies näher erläutern.

Ein Grundstück sei auf 100 000 Mark gewertet, die erste Hypothek betrage 60 000 Mark zu $4\frac{1}{2}$ Prozent und sei jährlich mit $\frac{1}{2}$ Prozent zu tilgen, die zweite Hypothek 20 000 Mark zu 5 Prozent, die Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben rund 900 Mark, und das Grundstück rentiere sich für den Besitzer mit 6 Prozent. Demnach würde der jährliche Schutzzins entsprechend der jährlichen Abtragung der ersten Hypothek von Jahr zu Jahr fallen und betragen:

im	1. Jahr	110.80	Mk.
	„ 2. „	110.00	„
	„ 3. „	109.20	„
	„ 4. „	108.40	„

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

im 5. Jahr.	107.20	Mk.
„ 10. „	101.20	„
„ 15. „	95.20	„
„ 20. „	89.20	„

Hierfür zahlt die Bank vorschußweise an die Gläubiger bei Fälligkeit die Zinsen der geschützten und aller ihnen vorangehenden Hypotheken, ferner bei Fälligkeit die geschützte Kapitalsumme, sowie alle regelmäßigen öffentlichen Abgaben und anderen öffentlichen Lasten. Eine weitere Ermäßigung des Schutzzinses tritt ein durch die auf den einzelnen Hypothekenschuß-Vertrag entfallenden Gewinnanteile — es sollen nämlich die Hauseigentümer am Geschäftsgewinne beteiligt werden. Die Feststellung der Schutzzinsen erfolgt selbstverständlich auf streng versicherungstechnischer Grundlage unter Berücksichtigung des steigenden Risikos der Hypothekenschuß-Bank.

Demgemäß ist u. a. vorgesehen, daß die jährlichen Schutzzinsen nicht als reine Risikoprämien angesehen, sondern teilweise, ähnlich wie bei der Technik der Lebensversicherung, zur Ansammlung einer dem rechnungsmäßigen Ausgleich des Risikos dienenden Schutzzinsreserve verwendet werden. Dadurch erlangt die Bank hinsichtlich des übernommenen Risikos eine der Hypotheken- und Mietverlust-Versicherung unbekannteste Festigkeit; sie gerät auch nicht in die Versuchung, zu einem unrichtigen Zeitpunkte über Gewinne zu verfügen, über die ohne schwere Gefahr für die Bank nicht verfügt werden dürfte.

Die Hypothekenschuß-Bank wird demnach durch die planmäßige Ansammlung von Reserven weiterhin in die Lage versetzt, auch ihrerseits dem Hypothekenmarkt neues Kapital zuzuführen, soweit sie dieses nicht flüssig halten muß.

IV.

Welche wirtschaftliche Bedeutung kommt nun den Bestrebungen des deutschen Baugewerbes zu?

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß Hypothekenschuß ohne gleichzeitige Tilgung der Hypothekenschulden in der Regel nicht gewährt werden kann. Der Hausbesitzer mag diese Forderung auf den ersten Blick vielleicht hart finden; wenn wir aber daran denken, daß das Haus einer ständigen Wertabminderung unterworfen ist, so wird es verständlich sein, daß von der Forderung der Hypothekentilgung nicht abgegangen werden darf. Es dürfte zudem unter dem Drucke der Verhältnisse wohl die größte Zahl der deutschen Hausbesitzer bereits zu der Überzeugung gekommen sein, daß die regelmäßige Tilgung der Hypotheken innerhalb vernünftiger Grenzen in ihrem eigensten Interesse gelegen ist, und diese Tilgung wird noch dadurch erleichtert, daß die Hypothekenschuß-Bank die Zinsen und die Tilgungsbeträge dem Gläubiger gewährleistet. Der Hausbesitzer wird

Zur Frage des Schutzes nachstelliger Hypotheken

also nicht allein gezwungen, zu entschulden, es wird ihm dazu auch geholfen.

Eine weitere Aufgabe der Hypothekenschuß-Banken wird die Bekämpfung des Vauschwinds sein. Zwar haben wir ein Gesetz, betr. die Sicherung der Bauforderungen, dessen erster Teil bereits zur Einführung gelangt ist, aber es hat doch nicht die Erwartungen des soliden Baugewerbes erfüllt; das deutsche Baugewerbe ist vielmehr zu der Überzeugung gekommen, daß man den Vauschwindel einzig und allein trifft, wenn man ihm den Kredit entzieht. Dies kann wie folgt geschehen. Der Bauunternehmer wird, bevor er einen Bau übernimmt, den Bauherrn veranlassen, zunächst sich zu vergewissern, in welchem Umfange die Hypothekenschuß-Bank den Schutz der Hypotheken übernimmt. Da diese die Vermögensverhältnisse des Bauherrn in ihrem eigenen Interesse genau prüfen wird, so wird der Bau immer dann unmöglich werden, wenn die Hypothekenschuß-Bank den Schutz ablehnt. Übernimmt sie den Schutz der Hypotheken bei Neubauten, so kann sie in zweifelhaften Fällen fordern, daß die geschützte Hypothek in erster Linie zur Wegfertigung etwaiger Baurestforderungen zu verwenden ist.

Aber auch der bestehende Hausbesitz wird von der Tätigkeit der Hypothekenschuß-Banken größten Nutzen haben. Nach dem Kriege werden viele Hypotheken fällig werden, oder nur zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen zu erhalten sein, wenn es überhaupt gelingen wird, das große Mißtrauen des Kapitals gegen die Hypotheken zu beseitigen. Die Beseitigung dieses Mißtrauens dürfte aber um so rascher und um so weitgreifender werden, wenn dem Gläubiger Hypothekenschutz in der geschilderten Weise gegeben werden kann.

Es besteht ferner die begründete Befürchtung, daß nach dem Kriege die ersten Hypothekengläubiger Teilrückzahlungen verlangen. Hier werden Schutzmaßnahmen seitens des Staates unbedingt getroffen werden müssen; solche könnten aber durch die Hypothekenschuß-Banken sehr wirksam gefördert und unterstützt werden.

Damit würde jedoch die Bedeutung der Hypothekenschuß-Banken noch nicht erschöpft sein. Bekanntlich hat der deutsche Hausbesitz die Errichtung von Stadtschaften erstrebt und auch teilweise erreicht; er will damit dem Hypothekenmarkte neues und nach seiner Hoffnung auch billigeres Kapital zuführen, nicht etwa im Gegensatz, sondern neben dem deutschen Baugewerbe, dessen Bestrebungen darauf ausgehen, das dem Hypothekenmarkte dienende Privatkapital diesem zu erhalten und möglichst wieder in erhöhtem Maße zuzuführen. Der Erfolg der Stadtschaften wird aber nur dann ein nennenswerter sein, wenn die Städte innerhalb gewisser Grenzen und unter Zuhilfenahme von Hausbesitzerorganisationen Garantien für die Hypotheken übernehmen, und gerade hier dürfte es beiden Interessenten nicht unerwünscht sein, ihre Garantieverpflichtungen durch Rück-
deckung beim Zentralinstitut der Hypothekenschuß-Banken abwälzen zu können.

Damit würde dann der gesamte Nachhypothekenkredit in innige Verbindung mit dem erststelligen Hypothekenkredit kommen und somit die straffe Organisation des gesamten Hypothekarkredits erreicht werden.

Da es als sicher anzusehen ist, daß es dem deutschen Baugewerbe gelingt, die Gründung zustande zu bringen, so dürfte demnach für die Hypothekenschutz-Banken ein sehr weites und überaus dankbares Feld der Betätigung bestehen. Nicht das Baugewerbe allein hätte davon den größten Vorteil, sondern der gesamte Hausbesitz mit ihm, und schließlich die weitesten Volkskreise, die ihr Kapital in Hypotheken anlegen oder preiswert wohnen wollen. Hoffen wir, daß diese Erkenntnis in alle beteiligten Kreise dringen und damit das Werk des deutschen Baugewerbes die erhoffte Anerkennung und Mitwirkung finden möge.

Professor Dr. Frhr. von Dungern: Die ungarischen Ahnen des Zaren Ferdinand von Bulgarien.

Zar Ferdinand ist nicht nur ein großer König und Feldherr und Staatsmann, er ist auch ein Gelehrter. Weil ihm als König bisher ein reichlich aufregendes und arbeitschweres Leben beschieden war, hat er für seine gelehrten Forschungen nicht soviel Zeit gefunden, wie seinen Neigungen wohl entsprochen hätte. Darum hat er sich als Naturforscher und als Historiker zumeist auf intensives Beobachten und Sammeln beschränkt. Alle exakte Forschung ist ein Streben nach Lückenlosigkeit. Aus der Fülle der Beobachtungen sucht die Wissenschaft einzudringen in das Gesetz, das dem Werden und Wachsen alles Lebendigen auf Erden zugrunde liegt. Deshalb ist das Sammeln mit dem Anreiz zur Vollständigkeit, den es bietet, stets die Eingangspforte zur wissenschaftlichen Erkenntnis. Der wissenschaftliche Sammler unterscheidet sich dadurch vom dilettantischen, daß er planmäßig, also methodisch und systematisch sammelt; daß er die Beobachtungen, die er macht, und die Materialien, die er aufhäuft, richtig einreicht in ein vorgeschautes oder oft nur geahntes System; daß er seine Arbeit einem leitenden Gedanken unterordnet und dadurch wieder Beweismaterial für die Existenz einer allgemeinen Ordnung in der Mannigfaltigkeit, die wir um uns her finden, konstruiert. So hat Zar Ferdinand als Ornithologe, als Botaniker und auf anderen Gebieten der Naturwissenschaft seit Jahren planmäßig und wohlüberlegt Beobachtungen und Materialien gesammelt. So hat er als Histo-

riter aufmerksam Tatsachen der Gegenwart und der Vergangenheit studiert, um zu leitenden Grundsätzen des geschichtlichen Geschehens zu gelangen, und hat dabei mancherlei gesehen und beachtet, das anderen nicht aufgefallen ist. Seine naturwissenschaftlichen Neigungen haben ihn auf ein Spezialgebiet der historischen Forschung geführt: die Genealogie. Natürlich hat er seine eigene Familie und die Reihen seiner eigenen Vorfahren in erster Linie ins Auge gefaßt. Dabei ist dem königlichen Forscher nicht entgangen, daß seine Ahnenreihen sich von denen fast aller anderen Souveräne durch die große Zahl von Ungarn unterscheiden, die er zu seinen Vorfahren zählt. Deshalb haben ihn diese ungarischen Ahnen besonders interessiert. Über diese ganz persönlichen Beziehungen des Zaren Ferdinand zu Ungarn ist, soviel ich weiß, bisher nichts veröffentlicht worden. Bei der gegenwärtigen engen Freundschaft Bulgariens mit Ungarn mag es wohl gerechtfertigt sein, wenn diese eigenartige Verknüpfung Ungarns mit der bulgarischen Dynastie weiteren Kreisen bekannt wird.

Den Begriff Vorfahr faßt Zar Ferdinand bei seinen familiengeschichtlichen Forschungen in streng wissenschaftlicher Genauigkeit als die ganze große Reihe aller Persönlichkeiten, von denen er, bis in ferne Vergangenheit, soweit die Geschichte Feststellungen möglich macht, in väterlicher wie in mütterlicher Linie abstammt. Da konnte der Zar nun eine sehr große Zahl von merkwürdigen Menschen finden. Wenn man die Vorfahren in weiblicher Linie mitrechnet, wächst ja die Ahnenschaft eines Menschen ins Ungeheure, sobald man nur wenige hundert Jahre zurückgeht. Zu den zwei Eltern kommen vier Großeltern, acht Urgroßeltern, die selbst wieder je acht Urgroßeltern haben, usw. Auf diese Weise ergibt sich eine Reihe von 64 Ahnen, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, und eine Reihe von 512 Ahnen, die etwa um die Mitte des 16. Jahrhunderts geboren sind. Bis zu dieser Reihe von 512 lassen sich die Ahnen des Zaren lückenlos urkundlich feststellen. Gehen wir weiter zurück zu den größeren Reihen der 1024, 2048 usw., und fragen immer wieder nach den Eltern jedes Einzelnen, so versagt hie und da die Forschung. Denn schon unter den 512 sind manche Mitglieder von Geschlechtern, die erst im 16. Jahrhundert zu Ansehen und Macht gekommen sind und von deren älteren Vorfahren wenig oder nichts überliefert ist; z. B. bei den Borgia; den Mazarini, der Familie des großen Kardinals Mazarin; den Aldobrandini und anderen italienischen Familien, von denen der Zar durch seine Mutter, die Prinzessin Clementine von Orleans, abstammt.

Unter diesen großen Ahnenreihen finden sich nun bei dem Zaren Ferdinand eine weit größere Anzahl historisch berühmter Familien und Persönlichkeiten, als bei den meisten anderen Monarchen Europas. Vor allem ist die nationale Zusammensetzung der Ahnenreihen merkwürdig mannigfaltig. Neben ehemals oder heute noch regierenden Familien des blühenden und abgestorbenen

deutschen Hochadels begegnen wir manchen Geschlechtern des landsässigen Adels in Osterreich, z. B. den Kaunitz, Hardegg, Stubenberg, Thürheim, Waldstein, Sternberg, Czernin, Slavata, Martiniß. Neben den verschiedenen regierenden Zweigen der Bourbonen in Frankreich, Spanien, Italien finden sich berühmte französische Familien des nichtregierenden Adels: die Rochecouart, Foix, La Tour d' Auvergne, Trémouille, Richelieu, Noailles und viele andere. Neben den regierenden Häusern Italiens: Savoyen, Este, Mantua, Medici, verschiedene andere berühmte italienische Geschlechter: Orsini, Colonna, Gaetani, Spinola, Fieschi, Borromeo, Serbelloni; neben den regierenden Häusern Spaniens andere adlige Familien des Landes: die Guzman, Lara, Sylva, Acuna, Cardona, Luna, Velasco, Ribera, Toledo (Alba). Daß Zar Ferdinand zu seinen Vorfahren, wenn man bis in das Mittelalter zurückgeht, die Könige von Bosnien, die byzantinischen Kaiser, und vor allem auch die alten Zaren Bulgariens zählen kann, habe ich schon vor Jahren nachgewiesen. Aber diese Abstammung von ehemaligen Balkandynastien, die dem Zaren durch seine französische Mutter und seine österreichische Urgroßmutter, Erzherzogin Caroline, Tochter der Kaiserin Maria Theresia, überkommen ist, hat er mit anderen Descendenten der Häuser Habsburg und Lothringen gemein. Die ungarischen Ahnen dagegen, von denen Zar Ferdinand durch seine Großmutter, Prinzessin Maria Kóhary, abstammt, finden sich nur noch bei wenigen anderen Fürsten.

Die Familie Kóhary selbst läßt sich nur bis in das 16. Jahrhundert mit historischer Sicherheit zurückverfolgen, und ihre Allianzen waren seit dem 18. Jahrhundert deutsch. Trotzdem ist die Zahl der bekannten magyarischen Familien, die sich unter den Ahnen jener Prinzessin Maria Kóhary nachweisen lassen, nicht gering.

Die Mutter der Prinzessin war eine Gräfin von Waldstein; die Großmutter, Gemahlin des Grafen Ignaz Kóhary (gest. 1777), eine Gräfin Cavriani; ihre Urgroßmutter, Gemahlin des Grafen Andreas Kóhary (gest. 1757), eine Thavonat aus Tirol. Die Mutter dieser Tirolerin Maria Theresie Thavonat von Thavon (gest. 1763) war aber aus ungarischem Adel: Polyrene Josefa Jakussith von Orbowa, Tochter des Emmerich Jakussith (gest. 1692) und der Polyrene Serényi (gest. 1684), Enkelin eines älteren Emmerich Jakussith und der Rosina Pethe. Die Mutter des ebengenannten Emmerich Jakussith von Orbowa, dessen Vater Andreas 1606 die Baronie an sein Haus brachte, war eine Tochter des Georg Thurzó (gest. 1617) aus dessen erster Ehe mit Sophie Forgách. Unter den Ahnen der Rosina Pethe finden sich weitere berühmte Namen des ungarischen Adels: ihre Mutter Susanna war eine Balassa, Tochter des Meinhart Balassa und der Margarethe Bakith. Die väterliche Großmutter der Rosina Pethe war aus dem Hause Perényi, Margarethe, Tochter des Johann Perényi und der Katharina Mérey.

Die Ahnen der vorerwähnten Polyrena Serényi (gest. 1694) waren zum größeren Theil böhmisch; ihr Vater Gabriel Graf Serényi (gest. 1664) war Landeshauptmann in Mähren. Aber seine Großmutter war eine Thurzó von Bethlenfalva; seine Urgroßmutter eine Szarmassagy von Glinka, Katharina, Gattin Andreas' IV. Serényi von Kis-Serényi, dessen Mutter Klara aus dem berühmten Hause Corbau, und dessen Großmutter Agathe aus dem Hause Batthyány stammte.

Graf Andreas Koháry, der Gemahl der Maria Theresie Thavonat von Thavon, war ein Sohn des Grafen Wolfgang Koháry und Enkel des Stephan Koháry, der 1664 starb. Die Nachkommen dieses Stephan stammten aus seiner zweiten Ehe mit Eva, Tochter des Johann Ujfalussy und der Katharina Bánffy. Die Mutter des Johann Ujfalussy war vermutlich Katharina Sólyom, Tochter des Andreas, der um 1550 lebte, und der Katharina Apponyi. Katharina Bánffy war eine Tochter des Michael Bánffy, der um 1580 starb, aus seiner ersten Ehe mit Ursula Zrinyi, Tochter des Nicolaus Zrinyi (gest. 1566), und der Katharina Gräfin Frangipan aus dem kroatischen Hause. Durchsucht man in dieser Weise die Ahnenreihen weiter, so kommt man auf die Familien Vlagay, Rhuen von Belasy, Pálffy, Erdödy, Dersffy und manche andere.

Die Zriny's waren Kroaten, Szupane von Drebir, Knezen von Spalato, Trau, Sebenico, Vane von Kroatien und Bosnien, verschwägert mit den mittelalterlichen Königen von Bosnien und Serbien, mit den venezianischen Häusern Dandolo, Tiepolo. Nicolaus Zriny's Gattin Katharina Frangipan (gest. 1562) hatte, wenn die etwas dürftigen genealogischen Nachrichten über die kroatischen Geschlechter jener Zeit nicht trügen, zum Vater den Grafen Ferdinand Frangipan, der 1540 starb, einen Sohn Bernhards und der Luise von Aragonien, wie sie sich nach ihren mütterlichen Vorfahren aus dem sizilianisch-aragonischen Königshause nannte. Ferdinands Gemahlin aber war eine der genealogisch interessantesten Frauen jener Zeit: sie war die letzte legitime Deszendentin vom Stamme der letzten unabhängigen Fürsten von Nordserbien, der Brankowitsch. Ihr Vater Johann konnte sich 1496 bis 1502 als leidlich unabhängiger christlicher Despot gegen die vordringenden Türken behaupten. Ihr Großvater Stephan war, trotzdem ihn 1451 die Türken geblendet hatten, in den Jahren 1459—57 noch wirklicher Herrscher im serbischen Grenzgebiet. Er hatte eine illustere Verwandtschaft. Eine seiner Schwestern war die Gattin des Sultans Murad II., eine andere, Katharina, Gattin Ulrich's, des letzten Grafen von Gylli, der eine Zeitlang wohl der mächtigste Mann am ungarischen Hofe war, und dessen früher Tod von außerordentlicher Wirkung auf die Entwicklung der ungarischen Geschichte geworden ist. Eine Schwägerin des blinden Despoten Stephan, die Gemahlin seines Bruders Lazar, war eine der beiden Töchter des Fürsten Thomas von Athen, des letzten regierenden Herrschers aus dem alten byzantinischen Kaiserhause der Palaeologen, eine Schwester jener Prinzessin

Sophie, die infolge ihrer Ehe mit dem russischen Zaren Iwan von den Russen als die Trägerin der russischen Erbansprüche auf den byzantinischen Thron angesehen wird. Auch Stephans Mutter war aus byzantinischem Geschlecht, eine kommenische Kaisertochter aus Trapezunt, und die Großmutter Stephans, Mara, Gattin des Ruf Brankowitsch, Herrn von Pristina und Prizren, war eine Tochter des serbischen Fürsten Lazar, der auf dem Amselfeld Krone und Leben verlor. Stephans Gemahlin aber war eine Vollblutalbanesin, eine Tochter des albanischen Fürsten in der Gegend von Durazzo, Georg Arianites Topia mit dem Beinamen Golem, der Große, dessen Gattin Maria Muzakina von Epirus wiederum in weiblicher Linie nach neueren griechischen Forschungen von dem Serbenzaren Duschan abstammte, dem einzigen serbischen Fürsten, der auf dem Balkan eine Zeitlang ein wirklich bedeutendes Reich, das weit über die Grenzen der serbischen Stammesgebiete hinausreichte, zu bilden vermocht hat. Übrigens stammt Zar Ferdinand auch noch durch eine andere Tochter des Hauses Brankowitsch von dem blinden Despoten Stephan und seiner albanesischen Gemahlin ab: durch eine Tochter dieses Herrscherpaares, Maria, die den Markgrafen Bonifaz von Monferrat heiratete und Ahnfrau der Herzöge von Mantua geworden ist; eine der wenigen Balkanfrauen jener Zeit, über deren Schicksale die Geschichte genauere Einzelheiten zu berichten weiß.

So zieht sich, wenn wir die Ahnenreihen des Zaren Ferdinand durchforschen, ein lebendiges Band hinüber, nicht nur zu mancher der großen Familien Ungarns, die einst in der Geschichte ihres Landes eine führende Rolle gespielt haben und zum Teil noch heute an der Spitze des ungarischen Adels stehen, sondern weiter, bis zu den christlichen Dynastien, die gegen Ausgang des Mittelalters im Kampf mit dem vordringenden Halbmond eine Zeitlang auf dem Balkan das Christentum erfolgreich verteidigt haben, aber schließlich alle verschwunden sind und nur in der historischen Erinnerung und durch das Blut ihrer Töchter weiterleben.

Emin Raschid:

Deutsch-Türkische Zusammenarbeit.

Die Türken griffen in den Weltkrieg ein, nachdem sie wiederholt schwere und gewaltige Schläge erlitten hatten und die Wunden, welche ihnen der Feind geschlagen, kaum verheilt waren. Das ist kein zufälliges Ereignis. Der Türke mußte sein Vaterland immer mit zahllosen Opfern verteidigen, und trotzdem konnte er nicht darin herrschen. Die Großmächte hatten die Türkei mit vielen ökonomischen, finanziellen und politischen Banden gefesselt und das arme Land herabgewürdigt zu einem Objekt der Ausbeutung, gleich einer afrikanischen Kolonie. Der Endzweck war das Aufhören der Türkei als selbständiger Staat und die Verteilung des Landes unter die Großmächte. In dieser Lage war eine Entwicklung für das Land undenkbar. Alle die unendlichen Schwierigkeiten, welche die Türkei in äußerer und innerer Beziehung hatte, waren von den Großmächten geschaffen, um dem obengenannten Ziele näher zu kommen. Für die Türken gab es nur eine Möglichkeit, sich aller Fesseln zu entledigen und Befreiung aus dieser unglücklichen Lage zu finden. Nur eine allgemeine Umwälzung in Europa konnte der Türkei die gehoffte Erlösung bringen. Die Gelegenheit ist gekommen, der Türke erhebt sich mit der Losung: „Freiheit oder Tod!“ Für dieses Ideal setzt er all' seine Kraft ein und seinen letzten Mann. Für jeden Kenner der Weltgeschichte ist die Haltung der Türken durchaus logisch. Es ist auch logisch, daß die Türken mit den Zentralmächten zusammengehen. Das ist kein blinder Zufall. Die Lage Deutschlands ist ähnlich derjenigen der Türkei. England, Frankreich und Rußland hemmten die Türkei bei dem ersten Schritt ihrer Entwicklung, und dieselben Staaten wollen auch verhindern, daß die blühende Industrie und der Handel Deutschlands sich weiter ausdehnen. Das ist der Grund zu dem jetzigen erbitterten Kampf. Auf der einen Seite der „Schwarze Bund“ der Mächte, die unter ihrem Joch Hunderte von Millionen fremder Seelen quälen und berauben, auf der anderen Seite Völker, die nur für ihre Freiheit und ihren Fortschritt kämpfen. Wem in diesem Ringen der Sieg gehören muß, ist klar. Die Geschichte der Entwicklung der Menschheit zeigt, daß der endgültige Sieg stets dem gehört hat, der die Kultur förderte und aufbaute, und nicht dem, der sie zerstörte.

Die jetzt geschaffene Lage macht es zur Notwendigkeit, daß die Völker, welche sich für die Erreichung eines so hohen Ideales zusammenfanden, Deutsche, Österreicher, Ungarn, Türken und Bulgaren, auch in Zukunft treu zusammenhalten. Wenn diese Völker ihre Interessen vereinen und fest verbunden bleiben, so gibt ein solches Bündnis eine gewaltige Garantie für einen dauernden Frieden Europas und für eine freie Entwicklung des ökonomischen und kulturellen

Lebens. Deshalb müssen wir noch während des Krieges daran gehen, die für unsere Zukunft wertvollen Interessen zu vereinen. Wir sind sicher, daß die in Blut und Feuer erprobte Freundschaft alle im Anfang unvermeidlichen Mißverständnisse leicht beseitigen wird.

Die wichtigsten Fragen, mit denen sich die öffentliche Meinung Deutschlands und der Türkei schon jetzt beschäftigen muß, sind: Feststellung der gegenseitigen Interessen und ihre Begrenzung, die Erwägung der Vorarbeiten, die zur Verwirklichung dieser Interessen nötig sind. Dabei muß stets als Voraussetzung gelten, daß die Türkei, welche für die Ausdehnung des deutschen Handels und der Industrie ein sehr günstiges Gebiet sein wird, nicht wie eine Kolonie behandelt werden darf, sondern sich als ein ökonomisch selbständiges Land entwickeln will. Man darf nicht einen Augenblick vergessen, daß die Türkei für eine tatsächliche wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpft. Die bisher in der Türkei ökonomisch herrschenden Engländer, Franzosen, Italiener, Russen usw. werden gezwungen sein, diese Herrschaft den Türken selbst zu überlassen. Befreit von den Kapitulationen ist die türkische Regierung durchaus fähig, alle wirtschaftlichen Unternehmungen, die dem Lande nützlich sind, zu unterstützen. Die Türken werden die Mitarbeit der deutschen Industrie, des Handels, der Wissenschaft und der Technik gern annehmen und ihr Land für wohlwollendes deutsches Kapital offen halten, welches in der Türkei ein weites Nutzungsgebiet finden wird. Aber die Türkei verlangt, daß die neuen Freunde, welche an die Stelle der Engländer, Franzosen usw. treten, nicht etwa die gleichen, dem Lande schädlichen Methoden befolgen und nur ihre egoistischen Ziele im Auge haben.

Die öffentliche Meinung Deutschlands beschäftigt sich schon jetzt mit diesen Fragen. In den Zeitschriften spricht man mit Begeisterung von der glänzenden Zukunft der deutschen Industrie und des Handels in der Türkei. Vorbereitungen werden schon jetzt allerorts getroffen. Man lernt die türkische Sprache, man liest Bücher über die Türken, alte und neue, wertvolle und wertlose, man errichtet Büros für die Vermittlung einer späteren Übersiedlung in die Türkei. Aber bei allen diesen Unternehmungen betrachtet man leider die neue Lage und die jetzige Psychologie der Türken zu oberflächlich. Man hört oft: „Die Türken zeigen sich immer zurückhaltend und stellen übertriebene Ansprüche.“ Das sagen dieselben Leute, welche bei oberflächlicher Betrachtung der Lage die wirkliche Zukunft für sich übertrieben günstig gesehen haben und nun enttäuscht sind, ja selbst verärgert. Sie gehen so weit, daß sie sich über einen „Größenwahn der Türkei“ beklagen.

Die zurückhaltende Psychologie des türkischen Volkes gegen Freund und Feind ist logisch und erklärlich. Die Europäer, besonders die Engländer und Franzosen, welche bisher in der Türkei ökonomische und finanzielle Unternehmungen ins Leben riefen, versprachen freigebig den Türken große Vorteile. In Wirklichkeit aber nutzten sie alle Lebenskräfte des Volkes schonungslos für ihre eige-

nen Interessen aus und paralysierten die Entwicklung des Landes. Sie waren schamlos genug, ihre Versprechungen zu vergessen und eines kleinen Vorteils wegen das türkische Volk mit Heer und Flotte zu bedrohen. Bis nun war die Praxis stets dieselbe. Der Freund von heute zeigt morgen die gepanzerte Faust. Unendlich haben die Türken gelitten und darum wurden sie vorsichtig. Ein türkisches Sprichwort sagt: „Wenn jemand sich den Mund wiederholt durch heiße Milch verbrennt, wird er später so vorsichtig, daß er versucht, kaltes Joghurt abzukühlen, bevor er es trinkt.“ Unsere deutschen Freunde müssen diese Psychologie des türkischen Volkes als das Ergebnis einer bitteren Vergangenheit betrachten. Nur Klarheit und Sicherheit in den neuen Beziehungen werden imstande sein, Änderung und Besserung zu schaffen.

Die ehrlich denkenden Türken wollen zwischen ihrem Lande und Deutschland eine feste und dauernde Freundschaft und richten an das deutsche Volk folgende herzliche Bitte:

„Seiet unsere Freunde, erklärt dem türkischen Volk, welcher Entwicklungsweg für die Türkei ratsam ist. Zeiget ihm, in welcher Form die ökonomischen und sozialen Vorteile in die Erscheinung treten werden, welche die deutsche Freundschaft der Türkei bringen wird. Saget offen, wie sich die deutsche Industrie und der Handel in der Türkei gestalten sollen. Beweiset, daß die Vorteile, welche die eine Seite wünscht, nicht zum Schaden der anderen gereichen.“

Diese Auseinandersetzungen sind dringend nötig. In den bisher erschienenen Artikeln sind diese Fragen nicht genügend erörtert worden. Es herrscht in Deutschland ersichtlich noch keine Klarheit darüber, daß die Lage in der Türkei von der früheren ganz verschieden ist, und daß die Gestaltung der zukünftigen ökonomischen Unternehmungen eine ganz andere sein muß, als die bisher angewandte egoistische Ausfaugungspolitik.

Es ist darum vor allem notwendig, daß man sich in Deutschland von der wirklichen Lage in der Türkei eine richtige Vorstellung macht, und daß man die Methoden der Ausnutzungspolitik zu vermeiden sucht, welche die Engländer, Franzosen usw. im Lande gründlich verhaßt machten. Vor allem muß man ängstlich besorgt sein, die Interessen des türkischen Bauerntums nicht zu verletzen, man muß sich davor hüten, die Selbständigkeit der Bauern anzutasten oder gar ihnen ihr einziges Kapital, das Land, welches sie bestellen, fortzunehmen.

Das anatolische Volk, welches durch Ausbeutung schon unendlich gelitten hat, würde erschreckt sein, wenn es von solchen Plänen hören sollte.

Kapitalisten wollen in der Türkei Fabriken errichten. Das Volk ist damit einverstanden, aber es will Garantien dafür, daß diese Fabriken nicht nach dem alten System der Engländer und Franzosen mit dem einzigen Zweck errichtet werden, möglichst viel aus dem Lande herauszuholen. Sie wollen vielmehr, daß die türkische Industrie in der Hauptsache für die Türken sein soll. Sie wollen, daß die Türken endlich dazu gelangen, ihre eigene nationale Industrie und ihren

eigenen nationalen Handel zu haben. Sie wollen, daß die Kaufleute und Fabrikanten, welche kommen, Garantien dafür bieten, daß sie nicht beabsichtigen, die Regungen der Türkei nach eigenem Handel und Industrie zu unterdrücken, sondern daß sie den Türken helfen, ihre eigene Industrie zu heben, und nicht nur egoistische Zwecke verfolgen. Das Herz des türkischen Volkes krampft sich zusammen in Sorge um die Zukunft, und unaufhörlich kreisen bange Gedanken und verbüßern die Seele derer, die ihr Volk lieben. Alle diejenigen, denen das Wohl beider Länder am Herzen liegt, müssen diesen Fragen die gespannteste Aufmerksamkeit schenken.

Es gibt in Deutschland genügend vernünftige Leute, die klar erkennen, daß die ökonomischen Vorteile, welche Deutschland durch diesen Krieg im Orient erreichen kann, nicht ausschließlich in der Türkei zu suchen sind. Der vom Kalifat erklärte „Heilige Krieg“ hat in der islamitischen Welt großen Eindruck gemacht. Diese Tatsache ist für die Zukunft der deutschen Industrie und des Handels außerordentlich wertvoll. Die Siege der Türken in den Dardanellen, im Irak usw. haben in der islamitischen Welt das englische und französische Prestige erschüttert und den türkischen Einfluß vergrößert. Die Deutschen als Bundesgenossen der Türken wurden für die islamitische Welt die wahren Freunde des Islam. Ein hiesiger Professor hatte in einem Vortrag über die Wichtigkeit des „Heiligen Krieges“ ein charakteristisches Beispiel gebracht. Während des Krieges hatte das Volk in Süd-Persien den englischen und russischen Zucker boykottiert, und, da es anderen Zucker nicht gab, verzichtete man lieber auf den Genuß. Plötzlich fand jemand einen Vorrat deutschen Zuckers. Er begann ihn zu verkaufen. Die Perfer sagten: „Deutscher Zucker, Freundes-Zucker“, und in kurzer Zeit war der ganze Vorrat abgesetzt. Nach Friedensschluß wird der Einfluß der befreundeten Deutschen in der islamitischen Welt auf Kosten der Engländer, Franzosen usw. gewaltig steigen. Die Vorteile dieses Einflusses für die Türkei sind nur moralischer Natur, der wirtschaftliche Nutzen wird dem deutschen Handel und der Industrie zugehen. Den Engländern und Franzosen wird es nie mehr gelingen, zu verhindern, daß die Bekenner des Islam die deutschen Erzeugnisse, „die Waren des Freundes“ kaufen.

Wenn unsere deutschen Freunde diese klare Zukunft ihres Handels und ihrer Industrie in der islamitischen Welt erkennen, haben sie nicht nötig, ihre Aufmerksamkeit ausschließlich dem ökonomischen Gebiet in der Türkei zuzuwenden, sondern die ganze Welt des Islam steht ihnen offen.

Drestes Daskaljuk:

Die Probleme der russischen Landwirtschaft.

Angeichts der lawinenartig anwachsenden Schwierigkeiten nehmen in der russischen Presse die Erörterungen über die volkswirtschaftliche Situation Rußlands, die gegenwärtige Tendenz und die zu erwartende Neuausrichtung der künftigen Wirtschaftspolitik, breiten Raum ein. Die Weitläufigkeit des Themas, die Unbegrenztheit der Lösungsmöglichkeiten und die Unterschiedlichkeit der dabei zutage tretenden Klassen- und Parteiinteressen lassen von vornherein ein einheitliches Bild russischer Entwicklungsaussichten nicht aufkommen; prüft man aber die zahlreichen Ausführungen, die von Berufenen und Unberufenen in breiter Begründung vorgetragen werden, auf ihren Kern, so kommt man nach einigem Sichten auf den gemeinsamen Ursprung, aus dem alle Vorschläge, Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen fächerförmig ausstrahlen. Es ist dies die fundamentale Frage, ob Rußland bei der späteren Festlegung seiner wirtschaftlichen Richtlinien wie bisher das Hauptgewicht auf die nationale Industrie mit ihrem ganzen kapitalistischen Apparat legen, oder ob es getreu den Traditionen die bislang vernachlässigte Landwirtschaft, als die Hauptträgerin der russischen Finanzkraft, in ihre alten Rechte und Würden einsetzen soll. Damit wäre der ganze Problemkomplex auf eine Alternative eingeengt und mit der Entscheidung nach einer Seite zugleich in seinen Hauptzügen gelöst. Aber da die Erscheinungsformen des nationalen Wirtschaftslebens in mannigfacher Verknüpfung zusammenhängen, neben rein wirtschaftlichen Interessen solche des Fiskus, der äußeren und inneren Politik, des Staatshaushalts mitsprechen, da ferner infolge des Krieges eine gewaltige Überspannung aller Kräfte des Reiches weit über die Elastizitätsgrenze hinaus eingetreten ist und zurzeit noch unmeßbare Wandlungen in den Produktions- und Absatzbedingungen, dem auswärtigen Handel und den internationalen Beziehungen sich vorbereiten, so sind die endgültigen Gesichtspunkte für die kommende wirtschaftliche Umgestaltung nichts weniger als klar und eindeutig bestimmbar.

Die Aufgaben, die die russische Regierung zu lösen hat, sind sowohl durch die gegenwärtige Desorganisation der Volkswirtschaft als auch durch das Vermächtnis der ökonomischen Vergangenheit des Zarenreiches gegeben. Überblickt man die Wirtschaftspolitik des Staates seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und versucht die volkswirtschaftlichen Entwicklungsgänge auf eine Grundformel zu bringen, so wird man dafür das zielbewusste Streben nach Industrialisierung des Erwerbslebens und das Zurückdrängen der agraren Vorherrschaft ansehen müssen. Der Übergang zur kapitalistischen Wirtschaftsnorm des Westens war für Rußland freilich eine ökonomische Notwendigkeit. Der Ackerbaustaat Rußland war eben auf dem Wege seiner Vorwärtsentwicklung

gezwungen, die Metamorphose zum Rohstoffstaat und in weiterer Konsequenz zum teilweisen Industriestaat vorzunehmen, um einerseits sich wirtschaftliche Selbständigkeit zu sichern, andererseits eine intensivere Verwertung seiner Agrarprodukte durch die Ausbaumung seines Welthandelssystems durchzusetzen. Mit dem Ausreifen der einheimischen Großindustrie und des Industriegewerbes mußte naturgemäß eine Steigerung des Konsums der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eintreten, mußte aber auch eine umfangreiche Ausnutzung des Exporterlöses, eine Steigerung der Gesamteinkünfte, eine Erweckung schlummernder Naturschätze und eine Hebung des nationalen Wohlstandes platzgreifen. Insoweit war also die kräftig einsetzende Industrieförderung eine Tat weitblickender Voraussicht und durch die Entwicklungstendenz des Staates vollauf gerechtfertigt.

Der Nachteil der Industriepolitik bestand nur in der Einseitigkeit der Bevorzugung kapitalistisch-industrieller Interessen auf Kosten der Landwirtschaft. Die mangelnde Fürsorge für die Agrarbedürfnisse hatte nämlich bald einen Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion hervorgerufen, der sich zunächst in einer Entwertung der Ausfuhr äußerte. Tatsächlich lasteten die Kosten des Protektionismus von Anfang an am drückendsten auf der Bauernbevölkerung. Die rapide Preissteigerung und die Abhängigkeit von den verteuernenden Tendenzen der Industrie, die den Schutz der Regierung zu eigennützigen Zwecken ausbeutete, waren die Ursachen des landwirtschaftlichen Verfalls. Die Versuche der Regierung, die vererblichen Folgen ihres Systems durch Zwangsmaßnahmen gegenüber der allmächtigen Industrie aufzuheben, wurden von den Industriellen durch die Bildung festgefügtter Kartellorganisationen beantwortet, die die Erzeugung nach dem Stande der Nachfrage zu regeln und Preisverminderungen infolge überfüllter Inlandsmärkte hintanzuhalten bestimmt waren. Der Gegensatz zwischen Industrialismus und Agrarismus verschärfte sich in den letzten Jahren vor Kriegsanfang und wurde durch das Hinzutreten parteipolitischer Momente schließlich zum Kampf zweier politischer Lösungen.

Die erste wirtschaftliche Folge dieses Krieges war zunächst die Lahmlegung eines großen Teiles der russischen Industrie. Dadurch war automatisch die Landwirtschaft wieder in den Vordergrund gerückt, zumal sie bei den zahlreichen russischen Anleiheverhandlungen eine gewichtige Rolle zu spielen bekam. Allmählich begann ihre Bedeutung auch den führenden Wirtschaftspolitikern klar zu werden, die angesichts der bedrohlich anwachsenden Verschuldung Rußlands und des voraussichtlichen Versiegens des Kapitalzuzusses nach dem Kriege zum Mittel der „Mobilisierung der inneren Hilfsquellen“ greifen mußten. Der in Petersburg abgehaltene Landwirtschaftskongress brachte zum ersten Mal diese Anschauungen in zusammenfassender Darstellung zur Sprache. Danach sollte der Ackerbau neue Belebung erfahren und die Gesamtwirtschaft grundlegend bestimmen, die vermehrte Ausfuhr der Agrarprodukte sollte ferner die Einlösung der ausländischen Verpflichtungen sicherstellen und die Herbeiführung normaler Verhältnisse einleiten.

Die Probleme der russischen Landwirtschaft O. Daskaljuk

Professor Tugan-Baranowskij schrieb in der „Njetsch“: „Nur eine Erhöhung der Ausfuhr entsprechend dem Anwachsen der Verpflichtungen gibt die Gewähr einer glatten Abwicklung der Zinsentilgung. Die Hebung der Produktivkräfte, die Sanierung des Geldsystems, die Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens ist mit dem Schicksal der russischen Landwirtschaft nach dem Kriege eng verknüpft.“ Die gleiche Tendenz vertraten der konservative Großgrundbesitzerbloc und der Semstwoverband. Beide forderten eine prinzipielle Umordnung der russischen Wirtschaftspolitik nach agrarischen Gesichtspunkten. Beide wiesen in einer Reihe von Denkschriften auf die Notwendigkeit der Rückkehr zur intensiven Agrarbetätigung hin, die allein die Bürgerschaft für eine durchgreifende Neugestaltung der finanziellen Verhältnisse des Zarenreiches gebe.

Dennoch verschließen sich die Vertreter der agraren Orientierung nicht der Erkenntnis, daß die Ausbreitung und das Gedeihen des gewerblichen Kapitalismus auch im Interesse der russischen Landwirtschaft gelegen ist. Die Steigerung des binnenländischen Konsums ist an ein Fortschreiten des Industrialisierungsprozesses gebunden. Der Ackerbau kann den jährlichen Bevölkerungszuwachs von zwei Millionen Menschen nicht verwerten, und die daraus sich ergebenden Agrarprobleme wären auch durch die Aufgabe der Schutzoll- und Industriepolitik nicht zu lösen. Ebenso ist die rationelle Bearbeitung gewisser Bodenerzeugnisse (wie Wolle, Flachs, Handelsgewächse, Tabak, Zuckerrüben usw.) von einer entwicklungsfähigen Industriewirtschaft abhängig. Das schwierige Problem der Interessenvereinigung von Landwirtschaft und Industrie beschäftigt seit Anfang des Krieges die russischen Nationalökonomien. Seine Lösung ist aber auch für die finanzielle und ökonomische Erstarbung des russischen Staatswesens von elementarer Notwendigkeit. Die Regierung kann freilich den freihändlerischen Neigungen der Agrarkreise im Interesse der Gesamtwirtschaft eben so wenig nachgeben, wie den übertriebenen Hochschutzzollforderungen der Industrie. Die Formel, auf die die auseinanderstrebenden Ansprüche gebracht werden müssen, lautet: Konsumerhöhung im Inland, Verbreiterung der heimischen Absatzmärkte, wirtschaftliche Unabhängigmachung vom Ausland und Eigenverwertung der Getreideüberschüsse. Die Erhöhung der Konsumfähigkeit durch Verminderung der Kosten der Lebenshaltung ist der Weg dazu. Der gegenwärtige Konsum der breiten Massen steht zu jenem im Westen in keinem vernünftigen Verhältnis. Die Primitivität der Lebensbedürfnisse in Rußland läßt sich kaum besser darstellen als durch die Tabelle der Konsumziffern. Die Steigerung der Kaufkraft der unteren Volksschichten ist ein Hauptpunkt im Programm aller Wirtschaftsprojekte. Dennoch sind auch hier alle Maßnahmen solange Stückwerk, als nicht das Grundübel beseitigt ist: die kulturelle Rückständigkeit des Hauptstammes der Konsumenten, der bäuerlichen Bevölkerung. Alle Bemühungen der Regierung müssen daher notwendig auf die Besserung der Lebensbedingungen und die Befriedigung der elementarsten Kulturbedürfnisse der Bauernschaft hinauslaufen. Demgegenüber

D. Daskaljut Die Probleme der russischen Landwirtschaft

ist die Frage der industriellen oder agraren Wirtschaftsorientierung erst in zweiter Linie bedeutungsvoll. Der wirtschaftliche Aufbau Rußlands, der seit der Aufhebung der Leibeigenschaft viele verschlungene Wege wandelte, ist dann in feste Bahnen eingelenkt und der endlichen Europäisierung näher gebracht.

Gegenwärtig sind die Verhältnisse so, daß die Bauernbevölkerung die ihr auferlegten finanziellen Lasten aus der imperialistischen Staatspolitik nicht mehr zu tragen vermag. Sie ist durch die fortwährenden Steuer- und Akzisen erhöhungen, durch die gewaltigen Lasten der Kriegslieferung und Momente innerpolitischer Natur an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Die Ansprüche der Machtstellung des Staates haben sich sprungweise gesteigert, die Bedürfnisse der rapid aufschießenden Industrie haben sich vervielfältigt, ohne daß die Bauernbevölkerung eine Anpassung an die neuen Verhältnisse durchzuführen imstande war. Die offizielle Politik nahm lange Zeit auf die landwirtschaftlichen Strömungen keine Rücksicht, ja sie mußte im Interesse ihrer höheren Ziele direkt auf die Verelendung der Massen hinarbeiten. Die Verminderung der Ertragsfähigkeit des Bodens infolge kulturwidriger Wirtschaftsmethoden machte durch den Antrieb zu schonungsloser Raubwirtschaft weitere Fortschritte. Die Ansätze rationellerer Bewirtschaftung, wie sie namentlich in einzelnen größeren Gutsbetrieben bemerkbar sind, die Versuche der Meliorierung des Bodens und die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Maschinen und künstlicher Düngemittel kommen für die Allgemeinheit nicht in Betracht. Die gesteigerte Ausfuhr der letzten Jahre ist kein Maßstab für den inneren Zustand der Landwirtschaft. Die Forcierung der Ausfuhr, um Kreditoperationen ehrgeiziger Finanzminister den nötigen Hintergrund zu geben, hatten bekanntlich zahlreiche Hungersnöte im Gefolge, denen die Regierung nur ungern durch Zuweisung von Unterstützungen zu steuern suchte.

Hebung des landwirtschaftlichen Notstandes, der Intensität der Bewirtschaftung, Hebung des geistigen und sittlichen Niveaus des Bauernelementes, Steigerung der Gesamteinkünfte und des Nationalvermögens sind die Aufgaben, denen sich Regierung und Gesellschaft in Rußland nach dem Kriege widmen müssen. Nicht die planlose Zuteilung von Grund und Boden, noch die Erlassung von Steuern ist als dauerndes Vorbeugungsmittel von Bedeutung. Die in den Eigentümlichkeiten der Rasse, der Geschichte, der Kultur und des geographischen Milieus wurzelnde Undiszipliniertheit und Organisationsunfähigkeit des russischen Menschen kann nicht durch die Änderung eines Systems, einer wirtschaftspolitischen Richtung oder durch die „Liberalisierung der Bürokratie“ allein behoben werden. Es ist die Reform des „inneren“ Menschen, die heute als wesentlichste Forderung von den geistigen Vertretern des russischen Volkes laut wird und die die bewusste Weiterentwicklung des nationalrussischen Kulturideals vollziehen soll. Wie weit die hier verzeichneten Anregungen überhaupt durchführbar sind, und ob dadurch eine völlige „Neugestaltung“ Rußlands erzielt werden kann, läßt sich von hier aus natürlich nicht ohne weiteres feststellen.

Für uns sind in erster Linie die Folgerungen maßgebend, die sich aus einer eventuellen Umlenkung der russischen Wirtschaftspolitik ergeben. Gewiß ist, daß Rußland aus dem gegenwärtigen Kriege mit einer starken Einbuße an finanziellen, wirtschaftlichen und staatspolitischen Potenzen hervorgehen wird. Aber ebenso sicher ist, daß es in seinem Organismus schließlich die ausgleichenden Faktoren ausfindig machen und nach einiger Zeit des reinigen Insichgehens an die Wiederauffüllung seiner Kräfte schreiten wird. In seiner elementaren Massivität ist es gleichermaßen von dem bei uns gern angekündigten wirtschaftlichen Zusammenbruch entfernt, wie von der in gewissen russischen und Entente-Kreisen überschwenglich prophezeiten Renaissance. Eine Rückkehr zur verstärkten Agrarproduktion ist aber namentlich für Deutschland von Bedeutung, das im Frieden der größte Abnehmer der russischen Exporterzeugnisse war. Deutschland, das nach einer Berechnung des russischen Volkswirtes Kochowitsch 47,5 v. H. der russischen Gesamtexportfuhr verwertete, kommt auch in Zukunft als ein unersehbare Absatzmarkt in Betracht. Ein Verzicht auf den Handel mit Deutschland ist darum für Rußland, trotz aller Gegenleistung von Seiten der Ententeländer, nur unter den schwersten Opfern denkbar. Die Pariser Wirtschaftsbeschlüsse sind in ihren praktischen Vorteilen in Rußland niemals überschätzt worden. Ihre Einhaltung hängt von dem Preis ab, den die Entente in Form von Anleihen und Zuschüssen gewähren wird. Rußland aber muß nach dem Kriege den Weg gehen, den ihm seine Interessen vorschreiben, unbekümmert um die in einer Stunde des Hasses eingegangenen Verpflichtungen.

Werner Köhler:

Namur — Maubeuge — Mons.

Drei okkupierte Städte.

Wer möchte an den Krieg und alle die Not und Tränen, die er in seinem Gefolge hat, denken, wenn er die Bäume im Maas- und Sambretal blühen sieht und jeder Halm im leisen Frühlingswinde von Lebensfreude und Lebensbejahung strotzt? Wie ein finsterner Alp in schwüler Nacht, den die Morgen-sonne mit leuchtender Klarheit aus Herz und Hirn scheucht, dünkt uns inmitten der lachenden Landschaft der Gedanke an das große Sterben unserer Brüder draußen auf blutgebüngtem Feld — wie ein düsterer Wahn aus längst verschollener Zeit, der in der Gegenwart keinen Platz mehr findet. Aber das blutige Drama ist die graue Wirklichkeit unserer Tage, wovon uns jede Stunde neue Kunde bringt, eine katastrophale Zeit, in welcher eine Welt zugrunde geht, um eine neue zu gebären, die das Wort des Dichters zur Erfüllung bringt:

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit
und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Unter uns aber blitzen die Fluten der Sambre im Sonnengold, und der helle Frühlingsmorgen steigt hinab auf die Ardenner Berge. Die Bäume blühen im Tal und auf den Hängen, die Lerchen jubeln in die blaue Luft hinein, es ist, als ob der große Weltenschöpfer selber durch diesen Tau des Sonntagmorgens Schritte und unter seinen segnenden Händen die Blüten des Frühlings hervorzauberte. —

Trübig ragen die Felsen der Citadelle von Namur vor uns auf, von deren Höhe Kanonenschlünde auf die friedliche Stadt herabschauen. Die ausgebrannten Ruinen des Grand-Hôtel-Namur-Citadelle erwecken die Erinnerung an die Tage, in welchen unsere Truppen in schwerem Ringen den Widerstand eines hartnäckigen, verblendeten Gegners brechen mußten.

Auf diesem Bergvorsprung zwischen Maas und Sambre ließ schon der große Römer, der diese Lande mit seinen Legionen der ewigen Stadt unterwarf, seine Adler horsten und das von der Natur so ausgezeichnete Gelände befestigen. In seinen Kommentaren über den gallischen Krieg steht ein Wort zu lesen, das noch heute den Stolz des belgischen Volkes hervorruft: „Omnium Gallorum sunt fortissimi Belgae.“ (Von allen Galliern sind die Belgier die tapfersten.) — Mannigfach ist das Schicksal dieser Berge, welches uns die Geschichte aufgezeichnet hat, gewesen. Augenblicklich flattern lustig des jungen Deutschen Reiches Farben von den Wällen, deutsche Soldaten mit blankem Bajonett halten Wache, und wenn ihr Blick ins Tal und zu den Wassern der Maas schweift, dann denken sie wohl der fernen Heimat, an Weib und Kind im deutschen Vaterland. Auf dem großen Sportplatz dort oben, der in den Tagen des Friedens das Ziel der vielen Kurgäste des lieblichen Maasstädtchens war, stählt die belgische Jugend den Körper im munteren Spiel, vielleicht in der stillen Hoffnung auf den dereinstigen Kampf gegen den jetzigen Überwinder. Nicht ganz spurlos ist der rauhe Kriegesturm an dem Stadion vorübergegangen, denn aus der einen Seitenwand hat eine Granate einige Quadern gerissen. Aber das ist an dieser Stelle die einzige Erinnerung, die der Angriff hinterlassen hat.

Aus dem grauen Meer der Schieferdächer des Städtchens zu unseren Füßen ragen die Türme des im Jahre 1388 begonnenen Velfrieds und der in streng klassizistischem Stil erbauten Kathedrale hervor. Don Juan d'Austrias heißes Herz ruht in ihren Mauern. Im Jahre 1578 verlor er wenige Kilometer von Namur Sieg und Leben. Der Leichnam wurde nach dem Eskorial gebracht, nur das Herz ruht in der Erde, für die es kämpfte. —

Frühling überall, Frühling auf den Höhen, Frühling im Tal. Die dicken Knospen an den Büschen sind von der Aprilsonne wachgeküßt worden, und die

jungen Blätter recken sich unter ihren warmen Strahlen zu fröhlichem Wachstum. Bald werden sie sich ganz entfaltet haben. Plötzlich stockt unser Fuß auf dem ziemlich schroff abfallenden Serpentinpfad. „Je t'aime, je t'aime —“ flüstert es in unmittelbarer Nähe hinter dem Busch vor uns. Ein Klang, ein Wort wie aus einer andern Welt. Oder auch nicht — denn das allgemein Menschliche stirbt auch unter der Kriegesfurie nicht, weil es ewig ist. Aber in diesem Augenblick klingt es berauschend an unser Ohr, denn es erinnert uns an die Heimat. „Ich liebe dich,“ das lockt und prickelt wie brausender Wein und mahnt daran, daß es trotz allem und allem noch Glück, noch Liebe, noch warm empfindende Herzen gibt. —

Das Land ist wallonisch. Des Frankenreiches Sprache schlägt überall an unser Ohr. Man macht auch hier die Erfahrung, daß Theorie und Wirklichkeit zwei verschiedene Dinge sind. Unsere niederdeutsche Stammesverwandtschaft bedeutet noch keine Zuneigung, das haben uns ja auch unsere lieben Vettern jenseits des Kanals gründlich bewiesen. Noch nach langer Zeit fahren unsere kieberen Lanzer aus den flamischen Gebieten zu ihren ehemaligen wallonischen Quartierwirten auf Besuch. Ein guter Empfang und eine Wurst oder ein Stück Speck für den Rückweg ist ihnen sicher. Von flamischer Seite kann man davon weniger sprechen. Das mag ja auch seine Ausnahmen haben.

In den Straßen Namurs wogt eine festtäglich gepuzte Menge. Merkwürdig nehmen sich dazwischen die oft biederben Gestalten unserer Feldgrauen aus. Aber die liebe Sonne hat heute an allem ihre Freude. Sie scheint über Gerechte und Ungerechte. Sie spiegelt sich auf den blanken Mützenschirmen der Soldaten und in den schwarzen Augen der kleinen Belgierinnen. Ob sie beide necken und einen gewissen Zusammenhang zwischen ihnen herstellen will? — Plötzlich fährt es wie ein elektrischer Schlag durch die Menge. Erst summt es in der Ferne, dann kommt es immer näher und näher heran, bis es schmetternd im Marschtempo um die Ecke biegt: „Wir sind vom k. u. k. Infanterie-Regiment.“ Und dann: „Das ist die Garde, die unser Kaiser liebt.“ — Alles summt mit. Der verfehnte „Militarismus“ hat mal wieder gesiegt. Und in diesem Zeichen siegt er immer — das ist in Brüssel und Löwen nicht anders als hier.

Das Tal der Sambre ist lieblich zwischen sanften Höhen eingebettet. Nicht wie die Fluten der Maas zwischen malerisch steilen Bergen und pittoresken Felsbildungen strömen die Wasser des Flüsschens dahin. Donnernd braust der endlos lange D-Zug mit seinen französischen Wagen erster und zweiter Klasse über die vielen Brücken, die über die zahllosen Windungen der Sambre führen. Unsere Feldgrauen recken sich noch schlafmüde von der langen Fahrt in den Polstern. Vom Rhein und von der Elbe, aus dem Sande der Mark wie aus dem schönen Sachsenland und von Westpreußens Seen und Wäldern, eilen sie nach kurzer Er-

holungszeit zurück nach Frankreichs heiß umstrittenem Boden, um mit eiserner Wehr die Heimat zu schützen. Und an diesem lebenden Wall prallen die Wogen der Feinde machtlos ab.

Immer wieder fliegt der Blick über der Dörfer Frieden, die im Blütenmeer der Bäume eingebettet liegen. Auf den Feldern grünt die Saat einer verheißungsvollen Ernte entgegen. Ab und zu starren die Ruinen einer ausgebrannten Wohnstätte in das grelle Sonnenlicht und ein einsames Soldatengrab zeigt sich zwischen den Schollen der mütterlichen Erde. Es ist dasselbe Bild wie überall im Belgierland, wo unsere Brüder in den heißen Augusttagen des Jahres 1914 stritten und fielen, dasselbe Bild von den Ardennerbergen bis zum Nordmeer, vom Niederland bis zum Frankenreich. — Ein fernes, uns wohlbekanntes Surren läßt aller Augen sich zum Himmel richten. Kühn und sicher nimmt der Beherrscher der Lüfte, der mächtige Zeppelin, die Sambre talabwärts seinen Weg. Stolz flattert des Reiches Kriegsbanner vom Heck, und die Augen der Dörfler folgen ihm mit stummem Staunen. Morgen vielleicht schon nimmt er seinen Flug über das Nordmeer nach Englands Küsten, und Tod und Verderben zeichnen seine Spur. Das ist das eiserne Geß des Krieges, dessen möglichst häufige Anwendung den Gegner mürbe machen helfen muß.

Nach einiger Zeit verändert sich die Szenerie. Man sieht in dem lieblichen Tal mächtige Hochöfen und Fabrikshornsteine aufragen. Zeche neben Zeche taucht mit den schiefen Regeln der Schlackenberge vor unsern Blicken auf. Man glaubt sich in das Industriegebiet Westfalens und der Ruhr versetzt. Wir befinden uns mitten in der südbelgischen Eisenindustrie, deren Zentrum das Städtchen Charleroi bildet. Es ist die Stadt König Karls, nämlich Karls II. von Spanien, der ihr Gründer war. Neun Kilometer davon bei Landelles liegen die großartigen Ruinen der im 13. und 14. Jahrhundert hochberühmten Abtei von Aubne, die von den Franzosen im Jahre 1794 zerstört wurde.

Noch lange beherrscht die Industrie die Landschaft, bis am Berghange Thuin auftaucht, das altertümliche Städtchen, von seinem kräftigen Velfried und den Türmen mehrerer Kirchen überragt. Nun geht es hart auf Frankreich zu. Jeumont ist der erste Ort auf französischem Boden und Zollstation. Wir haben das Gebiet der Republik erreicht. Nach einviertelstündiger Fahrt donnert der Zug in den kleinen Bahnhof der Grenzfestung Maubeuge hinein. Ein unansehnliches, haufälliges Stationsgebäude mit einem ganz leidlichen Offizierkasino verkündet uns den Beginn der französischen Kultur. Eine nicht minder haufällige elektrische Bahn, deren Führer sich den deutschen „messieurs“ gegenüber, die seine einzigen Fahrgäste bilden, einer besonderen Höflichkeit befleißigt, führt uns in wenigen Minuten in das kleine Städtchen, das noch von alten Festungstoren und Gräben umschlossen ist. An der Porte de France liegt die Caserne de Wattignies, die ehemals der Wohnort der französischen Besatzung war. Eine Inschrift an dem

alten Tor erinnert an die ruhmreiche Verteidigung der Stadt im Jahre 1814. Schmutzige Straßen mit altersgrauen, verwitterten Häusern, miserablen Läden, in denen dieselbe Mannigfaltigkeit waltet wie in Belgien, wo ein Hutgeschäft und Fleischverkauf in demselben Raum friedlich nebeneinander existieren, zeigen das Typische des französischen Landstädtchens, in dem Ruhe nicht erst braucht zur ersten Bürgerpflicht gemacht zu werden, weil sie bereits im Übermaß vorhanden ist. Abgesehen von einem recht geschmackvollen Kriegerdenkmal ist auch nicht die geringste Sehenswürdigkeit vorhanden. In zehn Minuten stehen wir bereits vor der Porte de Mons, die wieder zur Stadt hinausführt. In den schmierigen Gastwirtschaften erfreuen sich unsere Soldaten des französischen Gerstensafts und sind dabei eifrig im Gespräch mit den Wirten und der holden Weiblichkeit begriffen. Die Verständigung erfolgt durch ein höchst originelles Gemisch von deutschen und französischen Brocken. Von allen Seiten wurde uns, im Gegensatz zu Belgien, die Höflichkeit und Zuvorkommenheit der französischen Bevölkerung gerühmt. Ja, eine Madame der mittleren Jahre zeigte auf der Straße sogar außerordentliches Interesse für die Kaiser Wilhelm I.-Medaille meines Landsturmbegleiters, die sie wohl für eine besonders hohe Kriegsauszeichnung hielt.

Hat auch Maubeuge keine sonderlichen Reize aufzuweisen, so hat es doch im Ohre eines jeden Deutschen einen guten Klang. Wurden doch bei der Niederbringung seiner Forts Ende August 1914 ungefähr 40 000 Gefangene gemacht.

Bald liegen die schmutzigen Gassen mit den altersgrauen Häusern, die Festungstore und der alte Graben, den im Sommer Kastanienbäume beschatten, hinter uns. Bei Duévy erreichen wir wieder belgischen Boden.

Feierlich tönen die Glocken des Sonntags Judica von der Kathedrale Sainte Wandru über die abendstillen Straßen und Boulevards der Stadt Mons, zu Blamisch Bergen. Die späte Gotik des alten Gotteshauses zeichnet sich mit scharfen Silhouetten gegen den Abendhimmel ab, an dem nur wenige leichte Wölkchen nach Süden eilen. Die Menschenmenge und die vielen Wagen vor dem Hauptportal der altehrwürdigen Kirche künden ein Ereignis besonderer Art. Orgelklang und frommes Singen klingen aus dem stolzen Bau, in dem junge Menschenkinder ihre erste Kommunion vor der Majestät des Allerhöchsten feiern. Schwerer Weihrauchduft schlägt uns an den Portalen entgegen. Unweit der Kathedrale reckt der mächtige Velfried seine massige Gestalt empor. Durch malerisch gekrümmte Straßen mit alten Giebelhäusern führt der Weg, einst das Entzücken und die Bewunderung der vielen fremden Maler, die hier für ihre Kunst Vorwürfe suchten. Die späte Gotik herrscht vor. Die Kathedrale und das Rathaus an der Grande Place mit den vielen freundlichen Kaffeehäusern sind Meisterwerke spätgotischen Stils. — In dem großen Freiheitskampfe der Niederlande

gegen die spanische Herrschaft und den Katholizismus gelang es dem Grafen Ludwig von Nassau im Jahre 1572 sich eine Zeitlang in der Hauptstadt des Hennegaus gegen Herzog Albas Heerscharen zu halten, während in den nördlichen Provinzen der Aufstand zur hellen Flamme emporloderte. Aber die Spanier und Rom haben schließlich doch den Sieg davongetragen. Es ist gerade in der heutigen Zeit besonders interessant, in den Blättern der Geschichte über dergleichen nachzuforschen. —

Eine festtägliche Menge durchwogt die Straßen. An der Seite von Eltern und Geschwistern ziehen die jungen Kommunikanten mit feierlicher Miene heim. Manch freundlich lächelnder Blick eines vorübergehenden Landstürmers streift die kleine Schar; er mag der eigenen Kinder daheim gedenken, die vielleicht in diesem Jahr ohne den Vater zur Konfirmation gehen müssen.

Mons ist das Zentrum des belgischen Steinkohlegebietes. Wenn man an die Peripherie der Stadt gelangt, wo die gepflasterten Straßen in die Chaussees überzugehen beginnen, sieht man überall in der Ferne die steilen Regal der Zechen auftauchen. Bei Mons traten zum ersten Mal in diesem Kriege die Engländer unsern Truppen zu energischem Widerstande entgegen. Am Kanal, der sich unweit der Stadt hinzieht, tobte der Kampf, der schließlich mit unserem Siege endete. Aber so mancher deutsche Mann liegt dort in fremder Erde, und nach Jahren werden vielleicht deutsche Mütter und Frauen nach Mons pilgern, um dort bei den Ruheplätzen ihrer Lieben still zu beten. — Der Abendwind fächelt leise über die dämmerigen Wiesen und spielt um die Hügel der großen Massengräber. Was ist der Mensch im Strome dieser Welt?! Hin und wieder klingt ein dumpfes Grollen aus der Ferne, denn noch sinken Jugend und Vollkraft der Nationen wie die Halme unter der Sense des Schnitters dahin. Noch ist die Zeit des großen Allesüberwinders Tod. Möchte der blutigen Saat eine Ernte folgen, die der großen Opfer würdig ist. —

M. Sobotta:

Siebenbürgen, die deutsche Wacht.

Die „Vormauer der Christenheit“ wurde Siebenbürgen einst vom Kardinal Kollonitsch genannt, heut erscheint uns das Land als eine weit nach Südosten ragende deutsche Sprachinsel, ein alter Siedelungsboden deutscher Kraft und Zähigkeit. Fremd und abgeschlossen liegt das urdeutsche Land zwischen den Stämmen der Magyaren und Rumänen. Gegen den Gebirgswall prallten schon die Stürme der Völkerwanderung; Ostgoten und Gepiden überfluteten das Land, das

damals eine fast unbewohnte Wildnis darstellte. Doch die Könige Ungarns erkannten bald die strategische Bedeutung Siebenbürgens als Schutzwache gegen alle von Ost und Süd anstürmenden Feinde. Asiatische Scharen des Mittelalters drangen zur Walachei-Ebene vor, schon eroberten 1187 die Sarazenen Jerusalem. Vom Balkan führte der Weg durch Siebenbürgen nach Ungarn. Drohend standen feindliche Scharen im Süden des Landes, und vor der großen ungarischen Tiefebene lag wie eine schützende Festung das Waldland Siebenbürgen.

Die Reste der Dakoromanen und die Rumänen blieben im Gebirge, Stammesgenossen aus der Donaugegend vereinten sich mit ihnen zur Verteidigung. Auch ein magyarischer Stamm, die Szekler, verteidigten als tapfere Kriegsmänner die Ostgrenze, aber zum Bebauen der großen Wildnis in der Hochebene waren sie noch ungeeignet. Daher berief König Geisa II. in der Mitte des zwölften Jahrhunderts in den öden, unbewohnten südlichen Teil des Landes Deutsche aus Flandern, vom Mittel- und Niederrhein. Zwei Menschenalter dauerte diese Einwanderung, die sich über das ganze Land erstreckte. 1211 verließ König Andreas II. dem Deutschen Ritterorden das menschenleere Burzenland; auch hier in der Ebene von Kronstadt wurden Deutsche angesiedelt. Der goldene Freibrief des Königs Andreas II. machte sie zu freien Grundherren des Sachsenlandes oder des „Königsbodens“. Hier arbeitete in zäher Kraft die deutsche Faust in einem Staat mit voller Selbstverwaltung. Neues Leben erblühte aus den alten Resten römischer Kultur in der Wildnis. Die sächsischen Städte Mühlenbach, Kronstadt, Schäßburg, Klausenburg, Hermannstadt, Bistritz erheben sich als die seltenen Städte im Lande, als die Wehren gegen Anstürme neuer Feinde.

Das sächsische Volk mußte stets in der Verteidigung begriffen sein, um nicht dem Andrängen feindlicher Scharen zu erliegen: Die Bürgermeister von Kronstadt und Hermannstadt hatten ständig ihre Kundschafter auf dem Balkan. Um die Städte wurden feste Ringmauern gebaut, auf den Höhen errichtete man Türme und Burgen, um weite Aussicht zu halten. Man baute die Kirchen zu Kirchenburgen aus. Die sächsische Verteidigungskirche wurde von den Bauern meist so ausgebaut, daß sie um das Gotteshaus eine Ringmauer mit Bastionen und Türmen legten, um diese schloß sich ein ringförmiger Graben, dann wieder eine Mauer. Die gewaltigsten Kirchenburgen weist das Burzenland bei Kronstadt auf, denn es liegt am Fuße des Einfallstores, dem Tömöscher Paß, und es ist zugleich die reichste Gegend im Sachsenlande.

Die mächtigste Kirchenburg ist die Tartlauer bei Kronstadt. Ein Säulengang führt an die eisenbeschlagene Eichentür, durch diese geht es in den Vorhof, dann in den Bäckerhof mit Backofen. Ein gewölbter Gang, der durch ein Falltor geschlossen werden kann, führt von dort in den Haupthof, in dem die Kirche liegt. Die Mauern des Hauptringes sind vier bis fünf Meter dick und zwölf bis vierzehn Meter hoch. An der Innenwand sieht man drei Stockwerke von gemauerten Käu-

men, die zu Kriegszeiten als Zufluchtsort und Vorratskammern für die flüchtenden Bauern dienten. Spuren der Ringmauern und zwei Türme der Kirchenburg sind noch erhalten. Die Steine reden eine gewaltige Sprache von Kampf und Wehr. Man erzählt, daß die Tartlauer Burg trotz vieler Angriffe nie in Feindeshand geraten sei.

Die Kirchenburg zu Petersberg hat sogar drei Ringmauern. Über die Gräben führen Zugbrücken. Unterirdische Gänge verbinden die geräumigen Keller. Kornmühlen, Viehwinger, tiefe Brunnen und Backöfen erzählen hier von der Lebensweise der Flüchtlinge auf der Kirchenburg.

Bei der Notbacher Kirchenburg ist der Turm mit Schieß- und Pechscharten zur Verteidigung eingerichtet. Bei anderen Kirchenburgen haben die Mauern starke Strebepfeiler, die durch Rundbogen verbunden sind. Unten ist der Verteidigungsgang, an den Mauern unter dem Dache sind auch Schieß- und Pechscharten zu sehen. Oft ragt das so befestigte Chor als dicker Turm über das Kirchenschiff hinaus.

Die alten Kirchenburgen erinnern noch heut daran, daß Siebenbürgen einst die Vormauer der Christenheit war. Friede im Gotteshause, Krieg an seinen Mauern, die das Blut der Kämpfer rötete! Die schützende Stätte, die in Kriegsnöten Menschen und Vieh aufnahm. So dienten die Kirchenburgen vielfachen Zwecken.

Seltener sind die Bauernburgen ohne Kirche. Die größte Burg der Art ist die Rosenauer Burg bei Kronstadt, die auf hohem Kalkfelsen liegt, an drei Seiten steil aufsteigt, während die vierte durch sieben Türme und Vorbauten geschützt ist.

Um bei längerer Belagerung nicht unter Wassermangel zu leiden, grub man in den Felsen einen 75 Meter tiefen Brunnen.

Alte Inschriften zeugen von der deutschen Sinnesart der Siebenbürgener Sachsen:

Über dem Eingang zur Keisder Bauernburg bei Schäßburg steht die Inschrift:

„Frommen werd ich aufgemacht.
Böse Leut stehn im Verdacht.“ —

An der Honigberger Kirchenburg steht der Vers:

„Die Alten sollen die Jungen lehren,
Die Jungen sollen auf die Alten hören,
Einer soll auf den andern hören,
Alsdann wird Gott uns vermehren.“ —

Wunderbar erhielt sich hier zwischen zwei fremden Welten eine kleine deutsche Welt in ihrer Ursprünglichkeit und Kraft.

Aus der alten Zeit, da die „Sachsen“ als Ansiedler in das Land kamen, ist ein starker Unterschied zwischen deutschen und rumänischen Ansiedlungen in Sieben-

bürgen geblieben. Die sächsischen Bauten mit ihren dicken Mauern, ihren alten Burgen bieten einen mittelalterlichen Anblick. Die rumänischen Dörfer am Fuße des Karpathenkammes liegen auf einer sich zum Flusse Alt oder Muta senkenden fruchtbaren Ebene. Hier sind die Dörfer meist langgestreckt zwischen den parallel laufenden Flüssen und Bächen, meist gibt es hier ein Ober- und ein Unterdorf. Die Häuser sind gleichartig gebaut, mit Hof und Garten, Stallung und Ziehbrunnen umgeben. Ungepflasterte Straßen führen durch die sich lang erstreckenden Dörfer. Die Bauern gehen barfuß und pflegen vor dem Eintritt in das Bauernhaus die Schmutzkruste von ihren Füßen im vorüberfließenden Bache zu spülen.

Siebenbürgen, ein Karpathenhochland, ist von Gebirgen in fast quadratischer Form wallartig abgeschlossen. Die Täler der Hauptflüsse erweitern sich beckenartig, so die Ebene am größten Fluß, dem Maros, der das Land im Bogen durchströmt. Die fruchtbare Ebene des Szibin bei Hermannstadt, das schöne Burzenland bei Kronstadt, bis zum Rotenturmpaß. Wenn man südlich von Kronstadt der Grenze zuwandert, kommt man zum höchsten Punkt des Buceeesgebirges, das gegen 2500 Meter hoch ist. Hier ist die Landesgrenze, an der eine siebenbürgische und eine rumänische Schutzhütte steht. Von dieser Höhe sieht man nach Norden in das „Burzenland“ bis Kronstadt, nach Süden in die rumänische Ebene. Der Fredealpaß verbindet die beiden Länder. Südlich von Hermannstadt erheben sich die Karpathen zum hohen Szibin-Gebirge, an dessen Abhängen Büffelherden in Waldsümpfen weiden.

Folgt man dem Oberlaufe des Maros, so führt der Weg aus dem bewaldeten Flußthal zu den fahlen Bergriesen, die im Grenzgebirge des Pietrosul und Kelemen zwischen Ungarn, Bukowina und dem früheren Fürstentum Moldau bis über 2000 Meter emporragen. Die Grenzwälle gegen Rumänien und gegen die ungarische Pusta sind dicht bewaldet, auch auf den Erhebungen im Innern Siebenbürgens ist großer Waldreichtum. Transsylvanien heißt bei den Ungarn Erdely, bei den Rumänen Andealu, die Namen bedeuten „Waldland“.

Seit acht Jahrhunderten wohnt hier ein deutscher Stamm, die Sachsen Siebenbürgens, in dem merkwürdigen Lande, das so rauh und doch so kultiviert ist, so abgeschlossen in seiner Gebirgswelt und uns doch so vertraut, so urdeutsch! Dabei weist das siebenbürgische Gebiet eine starke Mannigfaltigkeit in betreff der Nationalität und Religion auf.

Die Altmagyaren oder Szekler sind im Berglande stark angesiedelt, sie leben meist von Alpwirtschaft und wohnen in einfachen Holzhäusern, die mit Lehm beworfen sind. Der gebirgige Südoften und kleine Bezirk in der Mitte ist der Wohnort dieses an alten Nationaleigentümlichkeiten haftenden Stammes. Im Lande zerstreut wohnen die Juden als angesehene Handelsleute, die oft im Besitz der Sägemühlen und der Papier- und Zellulose-Fabriken sind. Das Gefälle der Gewässer

wird stark von der Industrie ausgenutzt. Siebenbürgische Rumänen, Maſſa genannt, ſind viel als Holzarbeiter tätig, ſie treiben auch Ackerbau und Viehzucht in ihren Dörfern.

Ein räthelhafter Volkſchlag bewohnt die Täler der ſüdböſſlichen Karpathen zwiſchen dem Tſchukafſch und dem Steinernen Meer. Dieſe Nachbarn der Sachſen ſind die Tſchangoſ, die hier in ſieben Gemeinden wohnen. Man hält ſie für Nachkommen der wilden Kumanen und Petschenegen, die auf Befehl Königs Andreas der deutſche Ritterorden bekämpfen mußte. Sie betätigen ſich als Holzarbeiter oder Schmuggler. Nach ihrer liſtigen Art, wie ſie das Holz zum günſtigen Verkauf ſchichten, ſpricht man von einer „Tſchangoſklafter“.

Die Zigeuner Siebenbürgens ſind theils Wanderzigeuner, theils ſind ſie in den Vororten der Sachſenſtädte anſäßig, wo ſie aber eigene Viertel bewohnen, denn das Raſſegefühl der Deutſchen und der Magyaren iſt zu fein und eigenartig, um ſich den Zigeunern zu geſellen. Dieſe bekennen ſich zur Nationalität der Rumänen, ſprechen aber noch ihre eigene, an die indiſche Pali-Sprache anklingende Zigeunersprache.

In dieſem Völkergemiſch auf dem ſo weit nach Oſten vorgeschobenen Poſten haben ſich die Deutſchen rein erhalten, obgleich ihre Bevölkerungszahl den Rumänen und Magyaren Siebenbürgens bedeutend unterlegen iſt. Raum ein deutſcher Volkſtamme hat alte deutſche Sitten und Gebräuche ſo urſprünglich bewahrt, wie die Sachſen in Siebenbürgen. Die Gründe für das unverfälſchte Deutſchtum dieſer deutſchen Warte liegen wohl in der Abgeſchloſſenheit Siebenbürgens begründet, die die deutſchen Anſiedler zur ſteten Verteidigung in zäher Kraft des Selbſtbewußtſeins zwang und Einrichtungen zum Schutze ihrer deutſchen Eigenart traf und beſteht.

Denn eigenartig wie die Kirchenburgen Siebenbürgens, die der äußeren Verteidigung dienten, ſind auch die ſozialen Einrichtungen, die den deutſchen Geiſt an dieſe Stätten feſſeln und in ſeiner Kraft erhalten ſollen. An der ſächſiſchen Kirche hing die ſächſiſche Schule. In den deutſchen Städten Siebenbürgens gibt es keine Analphabeten, denn ſeit der Reformationzeit gilt es als heilige Tradition, Schulen neben den Kirchen zu gründen, ſo daß die Sachſen Siebenbürgens im Verhältnis zu ihrer Bewohnerzahl das ſchulenreichſte Volk auf Erden ſind. Von hier nimmt der deutſche Fleiß ſeinen Weg zum Gewerbe, zu Fabriken, zum Obſt- und Weinbau, zum Bergbau.

Zwei weitere Einrichtungen des Familien- und Volkslebens ſtärken den deutſchen Brudersinn, es ſind die Bruderschaften und die Nachbarschaften, die das ganze Volk der Sachſen als Einheit einer Familie anſehen und aneinander fetten.

Die Bruderschaft iſt eine feſte Gemeinſchaft, der ſich die Knaben nach der Schulentlaſſung anſchließen. Jedes Dorf hat ſolche Bruderschaft mit ihren alten

Gesetzen, den Bruderschaftsartikeln. Das Haupt dieser Einrichtung ist der Altknecht, dem sich als Redner der Wortknecht, zwei Unterknechte, Schaffner und Irtenknechte (Vorstandsmitglieder, die Vergnügen leiten) als Vorstandsmitglieder zugesellen. Im Bund der Bruderschaft bleibt der Jüngling bis zu seiner Heirat. Der Bund bewacht sein Leben und Treiben; jeder Streit unter den Burschen wird von dem Vorstand der Bruderschaft schlichtend oder strafend entschieden. Nach der Heirat tritt der Bursche in den Bund der Nachbarschaft ein, der auch seine alten Gesetze hat. Dient die Bruderschaft mehr erziehlischen Zwecken, so ist die Nachbarschaft auf dem Boden der helfenden Nächstenliebe erbaut. Ein Vorstand, der Nachbarvater, wird jährlich neu erwählt. Ist ein Mitglied des Bundes in einer Notlage durch Krankheit, Mangel an Arbeitskräften, so wendet es sich an den Nachbarvater, der andere Gemeindemitglieder zur gegenseitigen Hilfe veranlaßt. Der Vorstand hat auch für Sittsamkeit und Anstand in seinem Bezirk Sorge zu tragen. Bei Übertretungen des Anstandes hat er das Recht, schlichtend, strafend, ermahmend einzutreten. Einmal im Jahre setzt er einen Sonntag als Richttag oder Sitttag an, an dem er seine Nachbarschaftsmitglieder versammelt zu gemeinsamer Besprechung ihrer Angelegenheiten. Außerdem werden dreimal im Jahre Versöhnungsabende festgesetzt, an denen Feindseligkeiten geschlichtet werden. Die Nachbarschaftsgemeinde sorgt auch für würdige Begräbnisse innerhalb ihres Bezirks. So ward des Menschenschicksals Freud und Leid in der Gemeinde der Nachbarschaft geteilt. Ein Band der Innigkeit, durch alte Gesetze der Vorfahren geheiligt, umgibt den Sachsenstamm in Siebenbürgen und hütet seine Einheit und seine Kraft des Deutschtums.

Siebenbürgen, nach dem das benachbarte Rumänien begehrt, ist der Wildnis mit deutscher Kraft entrunnen und mit deutschem Geist durchdrungen. Es behauptet sein deutsches Recht.

Richard Paasch: Zeitgedichte.

Vergeltung.

Ein stolzes deutsches Volk wird nimmermehr
Den Feinden Haß mit Niedertracht vergelten,
Wenn ihre Lücken an der blanken Wehr
Geeinter Kraft nach Schicksalspruch zerschellen.

Und schwuren jene, uns mit Stiel und Stumpf,
In blindem Wüten geifernd, auszurotten,
Wir gieren nicht nach prahlendem Triumph.
Die Lust verging, sie kleinlich zu verspotten.

Wir trauern ob der Menschheit großer Schmach.
Was allen hoch und heilig einst gegolten,
Ein traumgeschautes Ideal, zerbrach,
Als sie's mit blut'gen Händen schänden wollten.

Wir klagen um verklärten Menschentumes
Zukunft verheißenden erlosch'nen Glanz
Und winden schwarzen Flor um unsres Ruhmes
Von Tränenströmen feuchten Lorbeerfranz.

Weh' ihnen, die mit neiderfüllten Sinnen
Den Völkerzwist zu grimmem Kampf geschürt!
Es trifft, es trifft ihr frevelndes Beginnen
Der Lohn, der schnöder Hinterlist gebührt.

Vor meinem innern Auge lebt ein Grauen,
Von Künstlerhand ergreifend hingestellt,
Ein Bild. In Abgrundstiefe läßt's uns schauen,
In Satans Küche, in die Unterwelt.

Den Korfen zeigt's. Der heißen Hölle Flammen
Umlodern ihn vom Fuß zum Scheitel schon.
Gequälte Geister rotten sich zusammen:
„Der ist's! Der ist es, er — — Napoleon!“

Berweinte Augen. Gramdurchfurchte Wangen.
Geballte Fäuste. Rache. Wahnsinn. Schmerz.
Und alles zielt mit wütendem Verlangen
Auf sein erbarmungsloses kaltes Herz.

Gibt's solche Hölle? Ach, sie schwelt und brennt
Nicht irgendwo in vorgestellten Räumen,
An Orten, die das Menschaug' nicht kennt,
Von denen Seher nur und Priester träumen —:

Der Fluch des eignen Busens, das Gewissen
Schafft dem Verbrecher seine Höllenpein,
Und hinzusiechen an den gift'gen Bissen
Des Höllenhunds wird seine Strafe sein!

Ausblick.

Du schreitest vor mir auf umgrünem Pfad,
Der, an den Abhang lieblich hingelehnt,
Bom Buchenwald auf hohem Bergesgrat
Durch Frühlingssonnenschein sich talwärts dehnt.
Kings Vogelstimmen und ein Funkenmeer,
Das auf Gebüschen, Gras und Laub zerstiebt
Und das — der Hut ward deinem Haupt zu schwer —
Dein Goldhaar wie ein Heiligenschein umgibt.

So leuchtend schrittst du auch an jenem Tag
An meiner Seite, als das ewige Rom
In Mittagsglut zu unsern Füßen lag,
Bom Palatin bis zu Sankt Peters Dom.
Und dir im Auge glomm's von Hochgefühl.
Erschauernd wardst du dir in tiefer Brust,
Fern von des Tags verwirrendem Gemüß,
Geheimen Sinns des Menschentums bewußt.

Nun heut' und hier — ! Vor blut'gem Greu'l entwich
Der Friede schein in diese stille Welt,
Die uns mit süßem Zauber wonniglich
Wie eines Märchens Traum umfassen hält.
Da draußen um des Reiches Grenzen loht,
Von Rachegeistern wütend angefacht,
Der Krieg, und allem Heiligen, Hohen droht
Vernichtung der Gemeinheit Übermacht.

Ist's nicht ein Hohn auf jeden, jeden Sinn
 Von Menschenwürde, Glanz und echten Ruhm?
 Schwand nicht ein hehres Götterbild dahin
 In eitles Nichts? O stolzes Menschentum!
 Europa, das sich töricht selbst zerfleischt,
 Das edle Antlitz widerlich entstellt,
 Dient, wo es Furcht und Ehrfurcht einst geheischt,
 Zur Schadenfreude jetzt der Neuen Welt.

Doch vor uns welch ein Bild! Am Hange dort
 Gefang'ne Feinde bei der Arbeit, traun
 Mit ihren Hüttern tausend Scherz und Wort,
 Schwarzäugig, heiter, von der Sonne braun.
 Sie fällten Bäume, stapeln Holz und sä'n
 Für Zukunftswälder frische junge Saat,
 In denen Deutschlands Enkel sich ergeh'n.
 So wächst und reift ein Wunsch zu schöner Tat.

Ein Wunsch — ! O sei's in Zukunft deutscher Geist,
 Der allen Völkern auf dem Erdenrund
 Zu reinen Höhen reine Pfade weist
 Zu ihrer Seelenkräfte einigem Bund!
 Verbannt, was nicht nach diesem Ziele strebt!
 Was roh und selbstisch noch verblieb, verbannt!
 Denn nur, wer liebevoll im Ganzen lebt,
 Hat un'sres Daseins letzten Grund erkannt.

— Und weiter schreiten wir auf grünem Pfad,
 Der, an den Abhang lieblich hingelehnt,
 Vom Buchenwald auf hohem Bergesgrat
 Durch Frühlingssonnenschein sich talwärts dehnt.
 Hinüber schweift der Blick den Fernen zu.
 Der Himmel leuchtet wolkenlos und klar.
 Ob duft'ger Tiefen träumerischer Ruh
 Kreift, weitauschauend, still ein Adlerpaar.

Hans von Hülßen:

Ein Solo.

Novelle.

Fortsetzung.

Lisbeth Verhuven hielt den Bogen einen Moment wagerecht in der Luft wie einen Degen. Ihre Augen schweiften mit hochmütigem, reserviertem Lächeln über die Kunde hin, bis zu Barlösius.

Aber aus der Fermate stieg eine feierliche, getragene Melodie, kindlich-sanft, choralähnlich und voll Flehens. Dann begann wieder die unaufhaltsame Steigerung, Schwellen des Meers im Sturm, rasende Anläufe, Aufwärtstringen einer endlosen, uferlosen Sehnsucht — — — ein furchtbarer Höhepunkt, in dem noch einmal, sanft, fragend, zingend und wie aus weiter Ferne, das choralähnliche Motiv aufklang . . . Ein Arpeggio . . . ein paar Molltöne, ein weinendes Zögern . . . Schluß. —

Man schweigt, hingegeben an die Melodie, trunken von der Musik. Dann springt man auf und umdrängt die Virtuosa.

„Entzückend!“ sagt die Gräfin.

„Charmant, charmant“, die Schauspielerzuzell.

Der dicke Dramatiker, der nur mit einem Ohre hingehört hatte, — denn er dachte voll Sehnsucht an die Zigarre, die er während der Produktion nicht rauchen durfte — versicherte:

„Es war einfach kolossal!“

Fräulein Verhuven sieht Barlösius ins Gesicht, und ihre Augen sind ein wenig unruhig, nicht wahr?

„Danke“, sagt Barlösius.

„Ich begreife die Pariser“, setzt er dann hinzu, während Lisbeth Verhuven, ein wenig Röte unterhalb der Augen, die Violine wegpackt. —

Nun sitzt man wieder um den runden Tisch, der vom milden Lichte der elektrischen Hängelampe leuchtet, nippt am Tee und raucht.

Der Gesandte spricht mit Stefan Wendelin über das National-Denkmal des alten Königs, mit dem der Bildhauer aus der Konkurrenz einer großen Hansastadt als Sieger hervorgegangen ist. Er beschreibt es, und Frau von Bopelius bemerkt, sie habe die Photographie des Entwurfes in einem illustrierten Journale gesehen.

Inge sitzt an der Seite der Gräfin und erzählt von dem Häusel in der Ramsau, wo sie mit ihrem Manne den Sommer verlebt hat.

Dann fällt das Gespräch wieder auf den Ball des Hilfsvereins und Inge bekräftigt die Zusage ihres Gatten. Erzellenz Baron Reitzenstein hört mit aufmerksam schweigendem Lächeln zu, indem seine knochigen Hände mit dem Singlas spielen.

Florizel ist wieder in die Neze des dicken Dramatikers geraten, der von seinem neuen Stück in Verbindung mit den Prager Theaterverhältnissen spricht. Barlösius vergnügt sich daran, zu beobachten, wie er hin und wieder einen erfolglosen Versuch macht, aus den Klauen seines Peinigers zu entkommen. Er windet sich gleich einem Kal im Netz, möchte durch diese oder jene Masche entschlüpfen, vergebens. Endlich ergibt er sich resigniert in sein Schicksal, aber seine Miene scheint zu besagen: „Nächsten Donnerstag setze ich mich auf die andere Seite —!“

Dies beobachtet Barlösius, während er sich mit Lisbeth Verhuven unterhält.

„Bleiben Sie lange in München?“ fragt er.

„Diesen Winter über, oder doch sicher bis zur Weihnacht.“

„Sie werden hier konzertieren?“

„Zwei, drei Konzerte sind beabsichtigt . . . Inzwischen muß ich aber einmal nach Amsterdam, zusammen mit Monsieur Kabassindre von der Pariser Großen Oper.“

„Nicht wahr,“ sagt Barlösius, „Sie besuchen uns einmal, meine Frau und mich? Es wäre hübsch . . . Kommen Sie Montag, zum Tee. Da sind wir unter uns. Nur Herr Florizel wird da sein und Katarina . . . Katarina Palmis“, erklärte er, „eine alte Freundin von mir, Schicksalsgenossin möchte ich sagen, mit der ich aufs engste verbunden war, als ich zum ersten Male in München lebte, — vor meiner Berliner Zeit.“

„Also, Sie kommen?“ fragt er und sieht sie an.

Sie verspricht zu kommen, und dann erlöst Barlösius den kleinen Florizel aus seiner bedrängten Lage, indem er sagt:

„Florizel, wir erwarten Sie Montag um die gewohnte Stunde — und bringen Sie Ihre Stimme mit: Sie haben uns ein böhmisches Volkslied versprochen . . . wissen Sie noch?“

„Ihre Gattin hat mich schon vorhin daran erinnert. Ich schicke morgen die Noten, sie will mich begleiten.“

Der dicke Dramatiker fragt Florizel, ob er nicht kogle?, und er übersieht, daß dieser sich dabei auf eine eigentümliche Art schüttelt:

„Sonst würden wir uns freuen, Sie einmal auf unserer Regelpbahn zu begrüßen, alle Freitag, nachts, um neun Uhr fangen wir an . . . Wollen Sie uns nicht auch einmal das Vergnügen machen?“ fragt er zu Barlösius hinüber.

Der erwiderte mit verschlossenem Gesicht:

„Danke sehr, Herr Doktor. Ich bin meiner Arbeit ein sehr hygienisches Leben schuldig.“

„Sind Sie kränklich?“ fragt Lisbeth Verhuven leise, so, daß die anderen es nicht hören können.

„Nun, nicht gerade kränklich, Gott sei Dank. Aber doch ein bißchen anfällig und schnell abgenutzt, wie alle geistigen Menschen in unserer Spätlingsepoche. Wir haben nicht mehr die urwüchsige Kraft. Was wir hervorbringen, ist

irgendwie aus einem „Trotz alledem“ entstanden. . . . Sanct Paulus ist mein Mann, ich fühle mich ihm verwandt, Blut von seinem Blut . . .“

„Ja,“ sagt die Virtuosa, „mit dem „Trotz alledem“ da haben Sie recht, ich weiß es von mir selber . . .“

Und sie will noch weiter sprechen, als Erzellenz Baron Reizenstein aufsteht und sich von der Gräfin verabschiedet.

Auch Inge nickt ihrem Mann zu: sie denkt daran, daß sie Villets für das Schauspiel haben.

Alle stehen auf. Durcheinander. Abschiednehmen. „Auf Wiedersehen!“ „Also Montag, — nicht wahr?“ Lisbeth Verhuvén nickt: „Montag.“ — „Adieu, Gräfin“, „Adieu, Herr Graf.“ — „Erzellenz, auf Wiedersehen.“ — „Revoir, Florizel.“ — „Vergessen Sie nicht die Noten, Herr Florizel!“ „Bewahre, gnädige Frau.“

Der Diener rafft die Samtportiere beiseite, indem er sich verneigt.
Graf und Gräfin gehen lächelnd bis zur Türe mit.

* * *

„Ein Landhaus . . .“ sagte Barlösius.

„Ja, ein richtiges Landhaus . . .“

Inge saß neben ihm auf der Lehne des Sessels und hatte den linken Arm um seinen Hals gelegt. In der Hand hielt sie einen Brief, der mit ihres Vaters kleiner, schneller Schrift bedeckt war.

„Den Platz und alles will er uns schenken — das ganze Haus . . . Der Wannsee ist so schön im Sommer.“

Barlösius küßte ihre Linke, die weiß, schmal und schmucklos über seine Schulter hing.

„Was du für einen guten Vater hast, Inge“, sagte er.

„Ja, er ist gut . . . Und selbst soll ich es mir bauen — Kuest wird alles so ausführen, wie ich es haben will . . .“

„Kuest? Der Architekt?“

„Der auch unser Haus in der Kaulbachstraße gebaut hat . . .“

„Das Haus, wo ich damals vor dir auf den Knien lag . . .“

„Du,“ sagte sie, und küßte ihn. —

Es war an Inges Geburtstag. Mit der Morgenpost war die Gratulation des Kommerzienrats gekommen, und Inge hatte hell aufgejubelt, als sie den langen Brief gelesen.

„Kein Geschenk,“ schrieb ihr Vater, „trifft von mir ein, kein Kistchen, das Dir ein Andenken brächte. Ich habe lange überlegt, was ich Dir senden könnte, aber ich habe nichts gefunden. Mein Liebling sitzt ja in Wohllichkeit und Behagen, nichts fehlt ihm, ich kann nichts zu seinem Glück tun.“

Aber nun höre den Einfall, auf den ich kam. Ihr habt Eure hübsche

Wohnung in München und das kleine Häufel in der Ramsau (ich weiß nicht, ob Ihr diesen Sommer wieder hingehen oder reisen werdet). Aber das liegt alles weit von Berlin entfernt, und für einen alternden Mann, wie mich, ist die lange Reise doch schon etwas beschwerlich. Es ist seit langem mein Wunsch, Euch einige Zeit im Jahre in meiner Nähe zu haben, sodaß ich mein Töchterchen öfters sehen kann, — denn mein Haus ist einsam geworden, als Du fortgegangen bist —.

Du weißt, daß ich, aus der Erbschaft Deiner Mutter, am Kleinen Wannsee ein Stück Land besitze — als Kind warst Du mit uns draußen und hast dort Dich mit den „Pustblumen“ belustigt, weißt Du noch? — Es ist mein Wunsch, daß Ihr Euch dort ein Landhaus bauen laßt, Du und Dein Mann, ein Landhaus, das Ruest ganz nach Deinen eigenen Angaben ausführen wird. Es ist ein alter Lieblingsplan von mir, dort selbst ein Häufchen zu besitzen; ich war schon einmal nahe daran ihn auszuführen, da starb Deine Mutter und es unterblieb. Heute, zu Deinem dreiundzwanzigsten Geburtstag, schenke ich Dir das Haus mit allem, was dazu gehört, — freust Du Dich ein bißchen?“ —

So schrieb der Kommerzienrat, — dies war sein Geschenk.

„Der liebe Wannsee“, sagte Inge und blickte versommen zum Fenster hinaus, als sähe sie ferne — ganz ferne — ihre frühe Jugend.

„Die Pustblumen,“ sagte sie, „ja, das war hübsch. Wenn man sie abpustet, muß man sich etwas wünschen, und wenn kein Federchen dran hängen bleibt, dann geht es in Erfüllung. Wie oft habe ich mir da etwas gewünscht . . .!“

„Und was, — was hast Du Dir gewünscht, kleine Inge?“

„Ich weiß nicht,“ sagte sie und blickte wie im Traum: „das Glück . . .“

„Und blieb kein Federchen dran hängen?“

Sie sah ihm lächelnd ins Gesicht.

„Du,“ sagte sie: „Heinrich.“ —

Da zog er sie zu sich nieder auf den Schoß und sie lächelten sich lange an, wie Kinder tun. —

Mittags kam Besuch — die Gräfin Leslie eröffnete den Reigen. Lisbeth Verhuvén kam, Stefan Wendelin stellte sich ein — man saß zusammen und nippte an Weinkelchen.

Barlösius war heute aufgeräumt. Jedem erzählte er, daß seine Frau ein splendides — ein geradezu superbes Geschenk bekommen habe, ein ganzes Landhaus mit Zubehör am Wannsee.

„Wannsee“, fragte Lisbeth Verhuvén: „Ist das nicht bei Berlin?“

„Ja, Sie Ausländerin!“ rief er lachend: „In Deutschland!“

Gräfin Leslie war in Wannsee gewesen. Sie erzählte, daß sie dem R. V. C. einmal, von Berlin aus, einen Besuch abgestattet hatten, auf Einladung eines Herrn von Ledebour aus dem Reichsmarineamt in Berlin. Damals war eine Segelpartie auf dem Großen Wannsee veranstaltet worden, und dann ein Abendessen im „Schwedischen Pavillon“.

„Ja, aber unser Haus liegt am Kleinen Wannsee“, sagte Barlösius.
Den kannte die Gräfin nicht.

„Sind Sie eigentlich geborener Berliner?“ wandte sich Barlösius plötzlich an Stefan Wendelin, der steif daneben gesessen hatte. Gerade diese steife und zeremonielle Haltung — die er mit Vorliebe annahm, wenn er sich in Kreisen befand, welche über der Sphäre seiner Geburt standen, — gerade sie hatte Barlösius belustigt, und er vergnügte sich daran, daß seine unmittelbare Frage den Bildhauer erschreckte.

„Gott bewahre mich davor“, sagte Wendelin mit reserviertem Lächeln und spreizte seine Hände auf den Knien:

„Berlin ist fürchterlich . . . Berlin ist der Tod für alle Kunst. Man wird dort zum künstlerischen Großindustriellen . . .“

„Na, ich habe nichts davon gemerkt“, lachte Barlösius schallend: „Was ich in Berlin verdiente, war zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel.“

Inge sagte, und sie saß tief im Sessel, ein langstieliges Glas in der Hand:

„Gott sei Dank, daß wir immer nur ein paar Wochen da sein werden . . . Sonst würden wir verhungern müssen . . .“

Alles lachte, und Stefan Wendelin meinte: die Qualität des Weines lasse nicht gerade auf Armut und Dürftigkeit schließen . . .

„Nein, Gottlob, wir leben in ziemlich geordneten Verhältnissen“, lachte Barlösius und schenkte dem Bildhauer von neuem ein. —

Zum Essen war nur Katarina geladen. Klein und fraulich-zart kam sie und brachte ihre Glückwünsche dar.

„Sie liebe Frau“, sagte sie, und hielt Inges Hände in den ihren.

Barlösius erzählte, als sie bei Tische saßen, auch ihr von dem Landhaus am Wannsee, und sie klatschte in die Hände:

„Wie mich das für Sie freut“, sagte sie und hob das Glas:

„Das Glück meint es gut mit Ihnen, Heiner“ — und sie nickte ihm über den Tisch zu.

„Ja, Katarina, ja, Freundin, das ist ein wahres Wort. Nicht, Inge? Das Glück meint es gut mit uns beiden. — Über Verdienst gut“, setzte er leiser hinzu, und ihre drei Gläser grüßten sich im Klänge.

Am Abend fuhren sie in die Oper — das war Inges Wunsch — wo „Königsfinder“ gegeben wurden.

Nie, so glaubte Barlösius, empfand er das Glück seines Besitzes so groß, so sicher, wie beim Anblick dieser beiden schönen, armen Königsfinder, die aus ihrem Glück vertrieben werden und durch kalte Winternacht irren müssen. Klein und klar und voll starker Zuversicht löste sich aus diesem Meer leidensvoller Klänge das Wort: „Der Tod kann nicht kommen — ich liebe dich!“

* * *

„Sie leben in München?“ Fräulein Jonasson lachte, wie sie früher immer gelacht hatte, und in ihren fieberkranken Augen war Glanz: „Und — Ihre Frau Gemahlin?“

„Liebe,“ sagte Barlösius: „Du kennst Fräulein Jonasson, glaube ich?“

„Ja doch, von Venedig her.“ Inge reichte der Sängerin die Hand.

„Und Sie? Immer auf Reisen, immer auf Tourneen?“

„Man muß eben“, sagte Fräulein Jonasson, und ihre Augen blickten trübe.

„Einmal übrigens,“ fuhr sie frischer fort, „bin ich mit Ihnen zusammengetroffen, Herr Barlösius. Irgendwo da oben, — Sie lasen vor, und ich sang an dem Abend.“

„Ja,“ sagte er, „sehen Sie, wir haben das gleiche Los . . .“

„Ach Sie! — Aber des Geldes wegen zu reisen und um den Erfolg kämpfen zu müssen, das ist schwer . . .“

„Ja, das muß ich nun nicht — und ich tue es doch.“ Aber sie mißverstand ihn, und auch Inge mißverstand ihn. —

„Kommen Sie mit uns in die Bar, auf ein Stündchen“, sagte er: „Man kann einen so verlorenen Theaterabend doch nicht anders beschließen — es würde einen ja die Nacht durch peinigen, meinen Sie nicht auch?“

„Das Stück ist sehr schlecht“, sagte Inge, während sie schon die Auffahrt zum Theater hinunterstiegen. Sie war in einen wundervollen, silbergrauen Theatermantel gehüllt, aus dessen schwanverbrämtem Krägen ihr verschleiertes Köpfchen wie aus einem Blütenkelche hervorstach. Ihr Mann trug Frack und Zylinder.

Sie nahmen Fräulein Jonasson in die Mitte und schlugen den Weg nach der Stadt ein. Die Herbstnacht war blau; allmählich zerstreute sich der Schwarm der Schauspielhausbesucher, und nur hin und wieder gingen unter den Gaslaternen ein paar Menschen mit unsicher beleuchteten Gesichtern.

Barlösius dachte, während sie dahinwandelten, zurück; er dachte an jene Zeit, da er Fräulein Jonasson zum ersten Male gesprochen — dies seltsame Geschöpf mit den fieberkranken Augen —; und dann dachte er an jenen Frühlingsabend, an dem er sie, auf einer glänzenden Soiree beim deutschen Konsul in Venedig, wiedergesehen . . . jenen Abend, an dem sie das „Jeg elsker dig“ gesungen hatte . . .

„Jeg elsker dig“, dachte er: „was für eine Macht diese drei armen Worte haben! Ein ganzes Leben können sie umgestalten!“ — Und lächelnd sah er zum Sternenhimmel auf, in dessen dunklem Samt ein tausendfaches Geschmeide glühte. Hinter Fräulein Jonassons Rücken faßte er nach Inges Hand und drückte sie schnell voll verstohlener Zärtlichkeit.

Die Bar war im Souterrain gelegen, man stieg eine Wendeltreppe hinunter. Der Rauch parfümierter Zigaretten quoll ihnen entgegen, ein Kellner kam und geleitete sie in eine freie Nische.

„Bonsoir, Sergius!“, sagte Barlösius und klopfte einem dunklen Herrn auf die Schulter, der ganz allein am Tische irgendwo saß und in seinen Soda-Whisky starrte. „Was machst du hier?“

„Ja, schau, Barlösius, mon cher!“, rief der Angeredete aus und riß die Augen auf: „Comment ça va-t-il? Qu'est-ce que tu fais à Munich?“

„J'y suis marié.“

„Marié? — C'est rigolo. Donc, tu es marié. Ahaha.“ Er lachte mit seiner rauhen Stimme und strich den schwarzen Hängeschnurrbart, und seine blanken Augen funkelten. Er zog einen Stuhl heran:

„Assieds-toi, coquin. Raconte-moi. Tu es marié. C'est très, très, très joli ça, ne trouves-tu pas? — Kellner!“ rief er schallend.

„Aber ich bin nicht allein, Sergius. Willst du dich nicht zu uns setzen? Meine Frau ist mit mir und eine dänische Sängerin . . . wir sitzen dort in der Nische, siehst du . . .“

„Comme tu es élégant“, murmelte der Russe und zerdrückte seine Zigarette. Dann erhob er sich:

„Eh bien, allons. Je suis très curieux de connaitre ta femme . . .“

Sergius Pobjonoszeff wurde vorgestellt: „Ein alter, lieber Kamerad aus meinen prähistorischen Zeiten“, so sagte Barlösius: „Welch ein Zufall, dich hier wiederzufinden!“

Man saß um den Tisch bei einem Champagne-Cobbler. Sergius Pobjonoszeff redete; er erzählte von seinem umgetriebenen Leben, dessen Wogen ihn bald nach Madrid, bald nach Paris und London verschlagen hätten, er redete mit seiner rauhen Stimme auf Französisch, — und während er redete, ließ er kein Auge von Inge.

Inge saß still in ihre Ecke geschmiegt und warf nur dann und wann einmal ein Wort dazwischen. Sie betrachtete mit einem gelinden Widerwillen das bleiche Gesicht des Russen, dem ein starker Bartwuchs etwas Unsauberes gab, seinen wirren, schlecht verschnittenen Schnurrbart und den leidenschaftlichen Blick seiner großen Augen, die aus dem Kopfe hervorzuquellen schienen. Und sie drückte sich noch tiefer in die Ecke. —

Fräulein Jonasson verstand nicht alles, obwohl auch sie öfter in Paris gewesen war; sie saß still und gab sich den Anschein einer aufmerksam Lauschenden, während sie mit ihren fieberkranken Augen jede Bewegung von Barlösius verfolgte.

„Santé, Sergius!“, sagte Barlösius und hob sein Glas, um durch den dünnen Strohhalm das kalte Getränk zu saugen.

Sergius Pobjonoszeff fragte nach seinen Erlebnissen. Zehn Jahre war es ja wohl her, seit sie sich zum letzten Male gesehen, wie? In Berlin, was?

Und dann machte er Inge ein Kompliment, über das sie lachte, — ein sonderbares Lachen, kühl, abweisend, ein wenig verächtlich, wie Barlösius es noch nie an ihr bemerkt zu haben glaubte.

Er fühlte, daß auch Sergius dieses Lachen befremdete, und schnell fragte er: ob er allein hier sei?

„J'attends Marya Iljischna.“

Es stellte sich heraus, daß Marya Iljischna eine russische Studentin war, gleich ihm Mitglied des revolutionären Komitees, und daß sie, sobald als möglich, gemeinsam nach Petersburg reisen wollten.

„Il y aura de grandes affaires, là-haut“, sagte der Russe mit geheimnisvoller Miene.

Man sprach von Petersburg und dem Newski-Prospekt und davon, daß dort alle Straßen mit Holz gepflastert seien. Barlösius erklärte, er möchte gern einmal dorthin, Rußland reize ihn sehr, das heilige Rußland . . . Fräulein Jonasson sagte, sie habe Verwandte in Petersburg, die wohnten gegenüber der Moika-Brücke . . .

Inge sprach nichts. Hatte sie gemerkt, daß Barlösius vorhin für sie eingetreten war? Verstimmt lehnte sie in der Ecke. — Kellner liefen hin und her, alle Tische waren besetzt, die Ventilatoren surrten. Irgendwo in der Ferne knallten Pfropfen in das Stimmengewirr. Mitternacht mochte vorüber sein.

Müßlich sagte Inge: sie sei müde, sie wollten gehen.

Barlösius sah sie an. Er las in ihren Augen, daß sie unzufrieden war, und obwohl er den Grund nicht kannte, willfahrte er ihr und rief den Kellner. Er legte ihr den schwanverbrämten Mantel um die Schultern und sie stiegen die kleine Wendeltreppe hinauf.

„Schade,“ sagte Barlösius, als sie draußen waren: „daß ich dich nur so flüchtig gesehen habe, Sergius. Man hat doch so mancherlei miteinander erlebt, wovon man gerne plauderte. — Wollen Sie morgen bei uns zu Mittag essen?“ wandte er sich an Fräulein Jonasson und den Russen: „Wenn es dir recht ist, Inge?“

Inge nickte nur mit dem Köpfchen, sie sprach nichts. Aber Fräulein Jonasson sagte: „Danke, Meister, ich muß weiter — mein Zug geht um elf Uhr — ich habe ein Konzert in Wien bei der Fürstin Richnowsky . . .“

„Schade, Fräulein Jonasson, viel Glück zur Fahrt! — Aber du, Sergius, dich erwarten wir?“

„Mais oui, mon cher — j'en suis charmé, madame . . .“

„Pas d'quoi“, sagte Inge, und dann wandte sie sich an ihren Mann: „Wir wollen ein Auto nehmen, Heinrich, es ist spät und ich bin ermüdet.“

Barlösius lud die beiden ein, mitzufahren, aber Sergius lehnte ab und ging zu Fuß die Maximilianstraße hinauf. Sie brachten Fräulein Jonasson vor ihr Hotel und nahmen kurzen Abschied.

Als sie die Ludwigstraße entlang fuhren, sagte Inge:

„Sonderbare Freundschaften hast du.“

„Gefällt er dir nicht, der Sergius?“

„Nein, nein“ — sie lachte kurz — wieder das Lachen von vorhin, das kühl, abweisend und verächtlich war.

„Wir haben viel erlebt, zusammen“, sagte er nachdenklich und ernst.

„Ja, damals. Aber du weißt, daß ich deine „prähistorischen Zeiten“, wie du es nennst, nicht liebe. Ich hasse die Freibeuterei, ich bin für Würde.“

Barlösius schwieg lange. Sie rollten lautlos an der Bibliothek vorbei, an der Universität, der Schatten des Siegestores verdunkelte für eine Sekunde ihre Züge.

„Sergius ist weniger Freibeuter als ich“, sagte er dann. „Er wurzelt in der Liebe zu seiner Heimat . . . Du weißt nicht, wie er seine Heimat liebt . . .“

„Und du?“

„Wir geistigen Nihilisten haben kein Vaterland . . . Wir sind Entwurzelte.“

Plötzlich, als er ein Lächeln auf ihrem Antlitz wahrnahm, fühlte er, daß sie ihm fremd und fern war.

„Dann ist es dir also nicht recht, daß ich ihn zum Essen eingeladen habe? Ich kann es rückgängig machen . . .“

„Nein, nein, laß nur — warum denn . . .“

Sie kamen an. Das Auto bremste. Diem eilte herbei und riß den Schlag auf. Barlösius half Inge hinaus und schritt neben ihr über die teppichbelegten Stufen des Vestibüls, während draußen die Limousine davonbrauste.

(Fortsetzung folgt.)

R u n d s c h a u

Philosophische Rundschau.

Von Dr. Walter Meckauer.

Der Streit um Bergson.

Vor etwa Jahresfrist erschien im Verlag von Friedrich Huth, Charlottenburg, die Broschüre eines Philologen („Plagiator Bergson“ von H. Vönke, 1915), der in fleißiger Gegenüberstellung von Zitaten Bergson des Gedankenraubes an Schopenhauer beschuldigte. Seitdem ist der Makel des Plagiats an Bergson haften geblieben. Schon vorher hatte Illes Antal im Schopenhauer-Jahrbuch (Kiel 1914) die Abhängigkeit Bergsons von Schopenhauer nachgewiesen. Andre haben zur gleichen Zeit Fichte (Karl Stork im „Türmer“ 1914, p. 163), Hegel (Moritz Kronenberg im „Literarischen Echo“ 1914, p. 877), Schelling, sowie die Philosophie der deutschen Romantik überhaupt (Arthur Bonus im „März“ 1914, p. 313; D. Kiefer ebenda, p. 746) als den Hauptquell der Bergson'schen Evolutions- und Erlebnismetaphysik bezeichnet. Diesen Untergrund des Bergson'schen Philosophierens suchte

bereits Siegfried Marc in einer Arbeit darzulegen, die ein Jahr vor dem Kriege in „Nord und Süd“ erschien*). Das geschah damals aus rein sachlichem Interesse, in völlig unpolemischer Absicht. Nun aber hat sich die Lage geändert. Während vor dem Kriege die öffentliche Meinung, man könnte mit Florian sagen: die „öffentliche Mode“ (M. Florian: Der Begriff der Zeit bei Henri Bergson, Greifswald 1914), von vornherein eine starke Voreingenommenheit für Bergson zeigte, ist sie jetzt in gleichem Maße voreingenommen gegen Bergson. Diese anti-bergsonistische Bewegung hat ihre Berechtigung und ihren Grund. Und niemand kann das deutsche Schrifttum einer Ungerechtigkeit zeihen, wenn Zeitungen und Zeitschriften gegen die wissenschaftlich sein sollenden, aber im Grunde albernen und böswilligen Anschuldigungen Bergsons protestieren. Bergson beschuldigt Deutschland des „Zynismus“ und erklärt es als eine Pflicht der Psychologie, darauf hinzuweisen, „daß in der Brutalität und im Zynismus

*) Siegfried Marc: Die Philosophie Henri Bergsons, Nord und Süd 1913, Maiheft, p. 201 ff.

Deutschlands, sowie in seiner Geringschätzung jeder Gerechtigkeit und Wahrheit eine Rückkehr zum Wildentum liegt". Dieser Zynismus ist nach Bergson die wahre Barbarei; denn sie ist, wie er sagt, eine intellektuelle, während die Naturbarbarei wenigstens den Vorzug der Instinkthaftigkeit hat. Die Entrüstung über diesen mehr dem subjektiven Zweck, als der objektiven Wahrheit entsprechenden Vorwurf hat sich in einer großen Anzahl deutscher Blätter Luft gemacht, so u. a. im „Türmer“ („Bergsons Rückkehr zum Wildentum“, 1914, p. 107 ff., „An Romain Rolland, Maeterlinck, Bergson, Shaw und Genossen“, 1914, p. 162 ff.), im „März“ („Bergson muß es wissen!“, 1914, p. 312 ff.), in „Westermanns Monatsheften“ („Bergson“, 1915, p. 795 ff.), in der „Internationalen Monatschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik“ („Bergson und der deutsche Zynismus“, 1915, p. 198 ff.), in der „Ähre“ („Bergsons Welterfolg“, 1914/5, S. 19—20), um nur einige Aufsätze der zahlreichen Abwehrliteratur aufzuzählen. Der Plagiatorstreit ist dabei von Bergson auf andere Gebiete übersprungen, ist von der Philosophie auf die allgemeine Wissenschaft, von der Wissenschaft auf die Kunst übertragen worden und verliert sich zurzeit in kleintlichen Plänkelleien und Nadelstichen. So konnte man vor kurzem erst wieder lesen daß die französischen Theater deutsche Melodien stehlen, und umgekehrt wies ein findiger Pariser nach, daß Beethoven ein Belgier gewesen ist und Karl Maria von Weber ein Plagiator altprovenzalischer Volkslieder.

Mit wissenschaftlicher Forschung und Objektivität hat das nichts mehr zu tun. Es sollte unter der Würde der Wissenschaft, insbesondere der Philosophie sein, sich in derartige Fragen überhaupt einzumischen. Die subjektive Befangenheit des Franzosen ist ja allbekannt; sie hängt mit seinem effeminierten Charakter zu-

sammen. Sie kann man nur bedauern, wie Karl Storr sagt, und belächeln. Aber die deutsche Philosophie sollte sich doch durchaus von nur rein sachlichen Motiven leiten lassen! Die subjektive Verengung des geistigen Horizonts, die Beurteilung nach Absichten, nicht nach Einsichten — das können wir kalten Bluts den Franzosen überlassen. Allzu großer Eifer schadet hier nur! Eine reine Vernunftwissenschaft, die sich durch irgendwelche Ereignisse der historisch-empirischen Weltentwicklung aus ihrem inneren Gleichgewicht bringen läßt, gibt sich selbst auf. Und aus diesem Grunde scheint mir auch das Buch gegen Bergson von Baron Gay v. Brokdorff in Kiel („Die Wahrheit über Bergson“, Berlin 1916), so geistreich es in vielen Einzelheiten ist, nichts weniger als zweckentsprechend. Die Absicht, Bergson gedanklich zu überwinden und abzuweisen, ist an sich zweifellos sehr begrüßenswert, — sie kann in gewissem Sinne zugleich philosophisch und national sein. Aber den Krieg als Hauptargument gegen eine Weltanschauung anrufen und sich im übrigen auf ironische Redensarten, wie: „das Wesentliche hat Bergson nicht begriffen“, oder „die Rückzugstechnik ist immer eine Stärke der Franzosen gewesen“, beschränken, da, wo eine gründliche Widerlegung des Gegners erwartet wird, — das ist kein Dienst für die Philosophie und deshalb auch nicht für die nationale Sache, da deutsch sein objektiv sein heißt.

Es heißt, einen genialen Geist, wie den verstorbenen Geheimrat Windelband, aufs ärgste brüskieren, wenn man Bergson einen plumpen, verständnislosen Nachahmer Schopenhauer's nennt. Wäre Bergson der ungeschickte Plagiator, der das vorgefundene Gedankengut sich nicht nur aneignet, sondern es sogar noch verschlechtert und verdreht (Brokdorff, a. a. O., p. 8), dann hätten sich Männer wie Win-

de l b a n d, N i c k e r t, N a t o r p einer unbegreiflichen Sachkenntnis schuldig gemacht. Denn sie alle setzen sich mit Bergson als einem ernsthaften Vertreter ihnen verwandter Philosophietendenzen auseinander. Und G e o r g S i m m e l, der Verfasser der intuitiven Vorlesungen über Kant, bricht angefsichts der Bergsonschen Akademieworte in die bewegliche Klage aus („Int. Monatschr.“, a. a. O., p. 197): „Und das ist ja gerade das Entsetzliche, daß nicht bloße „Philosophaster“, sondern Männer von solch sublimer Geistigkeit Urteile dieser Art über uns aussprechen. Von dem französischen Durchschnittspublikum, das von Deutschland nur weiß, was ihm seine Zeitungen erzählen, wird niemand etwas Besseres erwarten. Aber daß ein B e r g s o n keine kritische Zurückhaltung gegenüber der „Objektivität“ dieser Zeitungen übt, Bergson, der sich jahrzehntelang um deutsche Philosophie bemüht hat, . . . das zeigt mit einem Schlage die mit alledem hoffnungslose Unfähigkeit des Franzosen, deutsches Wesen zu begreifen.“

Die Einwände, die von Brockdorff gegen die Bergsonsche Philosophie erhebt, sind unleugbare — aber sie sind keine „Enthüllungen“, wie der für eine wissenschaftliche Arbeit etwas sensationell zugestuzte Titel anzuzeigen scheint. Es ließe sich noch manches Gewichtigere und Tiefergehende gegen Bergson vorbringen (vergl. z. B. die in ihrer Kürze bedeutende Kritik Wilhelm Wundts im literarischen Zentralblatt, 1915, Nr. 46, p. 1131—37). Aber selbst wenn man Bergson einen „dolus“ nachweisen würde, so könnte man ihn nicht des „Plagiats“ überführen, da er ja von allen möglichen Seiten Gedanken, Bilder und Ausdrücke genommen hat. Ein vielseitiger Plagiator aber ist ein Efflektiker. Jedem Efflektiker jedoch muß man zum mindesten ein e i g e n e s Maß zugestehen, nach dem er auswählt. Dieses eigene Maß besitzt nun

Bergson zweifellos: es ist sein Grundproblem, der Gedanke der allmiterlebenden Intuition, die Sehnsucht nach dem intuitiven Übermenschlichen. Und in diesem Grundgedanken ist er völlig selbständig — er schließt Schopenhauer und Nietzsche implicite in ihn ein, aber er denkt ihn in der spezifischen Steigerung unserer Zeit. Vieles ist schlecht, unehrlich, dilettantisch und aufgeblasen an Bergson — das mag das Französische an ihm sein! Aber etwas — und das ist das Philosophische an ihm! — ist groß in seinen wortreichen Büchern. Es ist das Echo aus der Zeit in die Zeit. Seine Erkenntnistheorie ist anfängerhaft, seine Psychologie veraltet, seine emphatischen Polemiken gegen den Naturalismus längst überholt — aber in der Tiefe begegnet er sich mit den Problemen der Zukunft. Die Allesheit des Erlebens, der „Monismus des Intuitionismus“ (wie ein treffendes Wort von Nickert lautet), dieses alles Einzelne umarmende und umfassende Lebensgefühl des wieder zur inneren Einheit gelangenden heutigen Menschen, — des Genossen von tausend äußerlichen Techniken, Maschinen, Produkten und Zivilisationsercheinungen — verknüpft ihn mit den gleichen Strömungen in unserer literarischen Schöpfung. Schon von anderer Seite ist auf diesen Zusammenhang hingewiesen worden (G. Hübener: Husserl, Bergson, George, Bremen 1913). Das neue Schlagwort des „Aternismus“, die Auflösung der nüchternen Außendinge in die vage Unbestimmtheit eines innerlich geschauten bunten, aber einheitlichen Erlebnisflusses, wie ihn die neueste Lyrik am unmittelbarsten bietet, ist nichts Zufälliges oder Willkürliches. Daß hier Beziehungen vorhanden sind, die zu der Bergsonschen Problemstellung hinüberspielen, darf nicht übersehen werden. In solchen Fragen aber kommt man nicht weiter, indem man, wie von Brockdorff, Behauptung gegen Behauptung stellt

und gerade über den Intuitionsbegriff den Nachdenkenden noch mehr im Ungefähren läßt, als Bergson (vgl. p. 45). Bilder machen („erleuchtete Pfade“, „klarer Sternenhimmel“, „Segler“) heißt auch in diesem Falle nichts anderes, als „mit Gedanken spielen“.

Der Krieg hat die Kritik an Bergson gefordert. Der kritiklosen Anpreisung des Ausländers ist durch die politischen Ereignisse ein Ende gemacht worden. Dieses ist nicht nur aus philosophischen, sondern auch aus patriotischen Gründen erfreulich! Was ist französische Macht, was ist Philosophie an Bergson? — diese Frage stellt die Kritik im Weltkriege schonungsloser als je. Nur systematisch wäre die Frage zu beantworten — darin stimme ich Herrn von Brockdorff vollkommen bei. Aber eine solche systematische Kritik ist bis heute noch nirgends geleistet worden. Die Bergsonschen „Anregungen“ bestehen fort und erheben weiter die Forderung der Kritik*). Das intuitive Problem Bergsons ist noch lange nicht gelöst. In ihm harren phänomenologische, denkpsychologische, sprachkritische und ästhetische Fragen des kommenden Analytikers.

Rundschau der Kriegsliteratur XV.

Von Dr. iur. Kurt Ed. Imberg.

Nicht tadeln und blind verurteilen, sondern verstehen und lernen, das ist der Zweck, den Felix Salomon mit seiner neuesten Schrift über England verfolgt. Unter dem Titel „Der britische Imperialismus“ (Verlag von B.

*) Ein Versuch nach dieser Richtung soll meine Arbeit: „Der Intuitionismus und seine Elemente bei Henri Bergson. Eine kritische Untersuchung“ sein, die soeben bei Felix Meiner in Leipzig erscheint.

G. Teubner in Leipzig) gibt der Leipziger Historiker einen kurzen geschichtlichen Überblick über den Werdegang des britischen Reiches vom Mittelalter bis zur Gegenwart. In knappen, aber treffenden Ausführungen schildert Salomon die Entwicklung unseres größten und ernstesten Gegners und seinen Imperialismus. Diesen teilt der Verfasser in vier Epochen: Der mittelalterliche Imperialismus in England, der bis zum 15. Jahrhundert reicht, scheiterte an der Übermacht der Idee eines nationalen Staatswesens, mit der er auf französischem Boden in Konflikt geriet. Er wurde abgelöst vom merkantilistischen Imperialismus, dessen Blüte in das 18. Jahrhundert fällt, und der durch den Widerspruch des nationalen Selbstbestimmungsrechtes im Bereiche der eigenen Kolonien zum Scheitern gebracht wurde. Dem merkantilistischen schloß sich im 19. Jahrhundert der Imperialismus in der Blütezeit des Freihandels an. Diese Zeit bildet gleichsam nur eine Übergangsperiode zum modernen Imperialismus, der zur Weltherrschaft strebte, und als dessen traurigste Folge der Weltkrieg anzusehen ist.

Die Salomon'sche Schrift schließt sich würdig den wenigen in den letzten Jahren erschienenen Büchern an, die „sine ira et studio“ die englischen Verhältnisse zu ergründen und zuwerten versuchen. Aus diesem Grunde können wir dem Buche die weiteste Verbreitung wünschen; denn es liegt keineswegs in unserem eigenen Interesse, alles beim Gegner blindlings zu verurteilen, wie es die Alliierten mit allem Deutschen seit Ausbruch des Krieges machen, sondern unser eigenes Interesse erfordert es, daß wir unsere Feinde, ihre Absichten und ihre Politik zu verstehen suchen und als Folge dieses Verständnisses für die Zukunft lernen.

Dieser Zweck des besseren Kennenlernens unserer Gegner liegt auch einer Sammlung von Aufsätzen zugrunde, die

Axel Ripke unter dem Titel „Der Kolos auf tönernen Füßen“ in J. F. Lehmanns Verlag, München, herausgegeben hat. Außer zwei Aufsätzen des Herausgebers über „die moskowitische Staatsidee“ und „Litauer und Weißrussen“ enthält die Sammlung u. a. noch beachtenswerte Beiträge von Dietrich Schäfer, Paul Karge, Dmytro Donzow, Neumann-Frohnau und Rudolf Eucken über Rußland und seine Bewohner.

Sehr lesenswerte und beherzigenswerte „Politische Betrachtungen eines Nichtpolitikers“ hat Leo Gottstein bei der Verlagsgesellschaft Otto Elsner in Berlin veröffentlicht. Wenn wir auch nicht allen Punkten der Gottsteinischen Ausführungen beistimmen können, auf die näher einzugehen leider an dieser Stelle nicht möglich ist, so wollen wir doch nicht unterlassen, die Lektüre dieser Schrift aufs wärmste zu empfehlen. —

Im 10. Hefte der Sammlung „Weltkultur und Weltpolitik“ (Verlag F. Bruckmann in München), auf die wir in einer der nächsten Rundschauenausführlicher zurückkommen werden, schildert Prof. Dr. Johannes Haller „Bismarcks Friedensschlüsse“. Knapp und klar sind in dieser Schrift aus dem weitschichtigen Material die Leitlinien herausgearbeitet, die Bismarck bei seinen Friedensschlüssen eingehalten hat, die Grundsätze, von denen sein Handeln bestimmt wurde. Auf Grund der Ergebnisse seines Buches beantwortet Haller die Frage, die wohl mancher heute aufwerfen dürfte: „Was täte Bismarck nicht?“ mit folgenden Worten: „Er würde sich nicht danach umsehen, was andere täten oder getan haben, er wüßte von allem Anfang, was er zu tun hätte. Bismarcks Friedensschlüsse sind gerade darum solche Meisterwerke, weil er sie selbst gemacht hat. Sie sind die seinen nicht nur, weil er sie unterschrieben hat. Wissen, was man braucht, und wissen, was man will — das ist die große Lehre, die aus seinen Friedens-

schlüssen wie aus allen seinen Taten spricht.“

Im Reichsverlag Hermann Kalkoff (Berlin) hat Dr. Richard Bahr eine kleine anziehende Studie über „Clemens v. Delbrück“ veröffentlicht. Das Schriftchen ist von gleichem Wert als historisch-psychologische Darstellung des Werdegangs eines bedeutenden Staatsmannes, wie als Skizze der Entwicklung des Reichsamts des Innern und, in seinem Bereich, der deutschen Sozialpolitik unter den drei Staatssekretären der letzten beiden Jahrzehnte.

*

Die Anfang dieses Jahres im Verlage von Lucas Gräfe u. Sillem (Hamburg) erschienene Schrift von Dr. Paul Ehlers: „England, Antwerpen und die englische Barriere“, liegt bereits jetzt in zweiter durchgesehener und vermehrter Auflage vor. Es ist dies der beste Beweis für die Güte der Schrift und dafür, daß wir es nicht mit einer der „Eintagsfliegen“ zu tun haben, die so zahlreich auf den Büchermarkt fliegen. Der Verfasser schildert hier, wie die belgische Frage wesentlich durch das Streben Englands entstanden ist, „die Großmächte des Kontinents von dem Zugang zu dem für sie geeignetsten Ausfallstor nach der Nordsee und dem englischen Kanal fernzuhalten“, wobei der seit der französischen Revolution wieder stark aufblühende Scheldehafener Antwerpen eine wichtige Rolle spielte. Dieser Politik Großbritanniens verdankt die belgische Neutralität in ihren verschiedenen Formen ihre Entstehung, die der Verfasser als „ein Angstprodukt zweier Parteien“ bezeichnet, „die damals über das belgische Problem es nicht zum allgemeinen Krieg kommen lassen wollten, von denen die eine aber den angeblich neutralen Staat nicht von seiner Daseinsbestimmung, als Barriere gegen die andere zu dienen, entbinden wollte“. Ehlers vertritt in seinen Ausführungen

die Auffassung, daß „ein klarer Vertrag, durch den Rechte und Pflichten zwischen den Großmächten einerseits, Belgien andererseits, in bezug auf die Neutralität festgesetzt worden wären“, überhaupt nicht in unzweideutiger Form abgeschlossen sei.

Eine andere sehr interessante Arbeit über Belgien hat den bekannten Bonner Professor der Staatswissenschaften Dr. Hermann Schumacher zum Verfasser. Die bei Duncker u. Humblot in München erschienene Schrift, die „Antwerpen“ betitelt ist, schildert in ausgezeichneter Weise die Weltstellung und die Bedeutung des großen Scheldehafens für das deutsche Wirtschaftsleben. Sie zeigt, wie Antwerpen im Gegensatz zu den großen Nordseehäfen Deutschlands und Hollands, dank seiner Verkehrslage und den Wetterverhältnissen einerseits und andererseits infolge seiner günstigen Landlage, „zum internationalsten Hafen Europas“ und zum ersten großen Anlaufhafen des europäischen Festlandes für alle vom Meere kommenden Schiffe geworden ist. Der Abhandlung hat der Verfasser eine ganze Reihe sehr wertvoller Anmerkungen beigegeben, in denen er zum Teil scharf gegen die von Professor Wiedenfeld bezüglich Antwerpens gemachten Äußerungen auftritt.

In einer zweiten Schrift: „Meistbegünstigung und Zollunterscheidung“, die der Verfasser im gleichen Verlage hat erscheinen lassen, und die bereits in zweiter Auflage vorliegt, stellt Schumacher Betrachtungen an über eine Neugestaltung der deutschen Handelspolitik nach dem Kriege. Er warnt hier vor allem vor einem zu vollkommenen, alle Zollschranken beseitigenden wirtschaftlichen Zusammenschluß der Zentralmächte, wie er von vielen Politikern und Gelehrten gefordert wird, da zu tiefwurzelnde Interessengegensätze im vielgestaltigen Wirtschaftsleben der verbündeten Zentralmächte vorhanden sind. Denn in diesem Falle könnte es leicht

zu Unstimmigkeiten und Reibereien kommen, die für das Verhältnis der Verbündeten zueinander alles andere als zuträglich und wünschenswert sind. „Wenn man . . . ein politisch-militärisches Bündnis mit einem handelspolitischen verkoppelt,“ führt Schumacher mit Recht aus, „trägt man in das freie Herrschaftsgebiet eines einheitlichen Willens die unabwendbaren Interessengegensätze des Wirtschaftslebens hinein. Wie sie überall Erbitterung erzeugen, können sie dann auch auf einem ihnen an sich entrückten Gebiet zum gefährlichen Sprengstoff werden. So kann eine „tiefere Verankerung“ des Bundes mittels des Zollwesens den Zusammenschluß, statt stärken, lockern. . . . Je loser die beiderseitige wirtschaftliche Verkettung ist, um so leichter kann das politisch-militärische Bündnis vor ihrem zeretzenden Einfluß sich schützen.“

Gegen einen Teil der Ausführungen Schumachers wendet sich in einer neuen Schrift „Die deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsbeziehungen“, die er im Verlage von Hapke in Göttingen veröffentlicht, der schon mehrfach in die Öffentlichkeit getretene ungarische Volkswirtschaftler Géza Lukacz. Nach eingehenden Betrachtungen über die verschiedenen Theorien, die bisher für einen künftigen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der Mittelmächte aufgestellt sind, kommt Lukacz an Hand der Statistik, die in einem Anhang der Schrift beigegeben ist, zu dem Ergebnis einer Art bedingter Meistbegünstigung, indem er von den Merkmalen der charakteristischen Präferenz ausgeht, diese jedoch dadurch modifiziert, daß er von vornherein, und noch ehe der konkrete Fall gegeben ist, grundsätzlich das Eintreten eines dritten Staates in den zunächst deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbund offen läßt. „Dieser Bund würde durch den Eintritt des dritten Staates nur dem Umfange, nicht aber dem Wesen nach geändert.“

Wir werden noch an anderer Stelle auf diese größtenteils interessanten Ausführungen des Verfassers, denen wir allerdings nicht in allen Punkten zustimmen können, des Ausführlicheren zurückkommen.

*

Ein anderes ausgezeichnetes Werk, dessen genaues Studium nicht nur allen Nationalökonomien und Politikern, sondern auch allen Kaufleuten und Industriellen aufs wärmste empfohlen werden kann, ist das soeben im Verlage der Haude u. Spener'schen Buchhandlung Max Paschke (Berlin) erschienene Buch „Gründungswesen und Finanzierung in Ungarn, Bulgarien und der Türkei“ aus der Feder des Budapester Rechtsanwalts Dr. S d ö n M a k a i. Der Verfasser hat sich mit Rücksicht auf die vielen wichtigen wirtschaftlichen Fragen, die uns Deutsche mit unseren Bundesgenossen verbinden, und die insbesondere nach Friedensschluß wieder in den Vordergrund des Interesses rücken werden, zur Aufgabe gestellt, „gewisse wirtschaftliche und Rechtszustände der verbündeten Länder Ungarns, Bulgariens und der Türkei, zu erörtern“, die vom Gesichtspunkte der zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen von Interesse sind. Das sehr sorgfältig gesammelte und geschickt verarbeitete Material ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil behandelt Makai die Gründung der Aktiengesellschaften, die rechtliche Stellung der ausländischen Aktiengesellschaften und das Versicherungswesen, Emissions- und Börsenwesen in den drei genannten Ländern, wobei sämtliche einschlägige Fragen im Lichte der geltenden Rechtsnormen in klarer Weise dargestellt werden. Der zweite Teil des Buches schildert an der Hand eines sehr reichlichen statistischen Materials die Wirtschaftsverhältnisse Ungarns, Bulgariens und der Türkei; er verfolgt den Zweck, „einen Behelf“ darzustellen „für das Finanzkapital, welches an irgendeinem Produktions-

zweige dieser Länder Interesse nimmt“. Es ist sehr zu wünschen, daß diese wertvolle Schrift weiteste Verbreitung und Beachtung findet; sie dürfte geeignet sein, manches zur Klärung der zweifellos schwierigen wirtschaftlichen Fragen beizutragen, die wir nach dem Kriege zu lösen haben werden. —

Von der von Prof. v. Mammen herausgegebenen „Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft“ (Wissenschaftliche Verlagsanstalt „Globus“ in Dresden) liegen wieder vier neue Hefte vor. Die von Paul Sebastian veröffentlichte Schrift „Die Beziehungen zwischen vegetarischer und Unter-Ernährung“ ist geeignet, manchen auf den richtigen Weg der Erkenntnis zu leiten. Der Verfasser sieht die wahre Sache der sogenannten Unterernährung in der falschen, von Jugend an gewohnten Vorstellung, daß man den Körper gleichsam tüchtig einheizen müsse. Dagegen ist nach Ansicht des Verfassers der Bedarf der Zellen maßgebend für die Ausnutzung der Nahrung. — In einer Studie über „Weizen und andere Brotfrucht unter dem Kriegseinfluß“ bespricht Prof. J. - P. h. W a g n e r die heute so akut gewordene Brotfruchtfrage, im besonderen vom Standpunkte der Weltweizenpreise, der Weltweizenproduktion und des Weltweizenkonsums aus, jedoch unter weitgehender Berücksichtigung des Roggens, der für Deutschland so hochwichtigen Brotfrucht. Er gibt dabei wertvolle Winke und Anweisungen zur Hebung und Verbesserung des Weizenbaues im besonderen und des Brotfruchtbaues im allgemeinen. — Über das vielbesprochene Thema: „Die Einheitschule“ schreibt Curt F r i s s c h e im 21. Hefte der Bibliothek. Der Verfasser untersucht die Triebfedern der Forderung einer Einheitschule und zeigt, wie wenig gegenständlich die Begründungen sind, die für die Einheitschule vorgebracht werden, nämlich, daß sie weder sozial noch national, noch hinsichtlich

der großen idealen Güter der Menschheit auch nur entfernt den Ansprüchen genügen kann, die man berechtigterweise an eine wahrhafte Volksschule stellt. — Im neuesten Heft „Amerika und Deutschland während des Weltkrieges“ unternimmt es Ludwig Fulda, die überraschende Parteilichkeit der Vereinigten Staaten zu Gunsten Englands volkpsychologisch zu beleuchten und zu erklären. Er gelangt zu dem Schluß, daß die deutschfeindliche Politik der Amerikaner ihrem eigenen wahren Interesse zuwiderläuft und sich früher oder später an ihnen rächen wird. —

Bei der Franckschen Verlagsbandlung in Stuttgart sind der 2. und 3. Halbband der Schriftenreihe „Gegen die Moskowiter“ von Dr. Kurt Floerke erschienen, die in anschaulicher Darstellung „das Ringen um Galizien“ und den Vormarsch „gegen Lodz und Warschau“ schildern. Auch Anton Fendrich hat den 3. Halbband seiner Sammlung „Gegen Frankreich und Albion“ veröffentlicht, der den Leser auf den westlichen Kriegsschauplatz führt und den Stellungskrieg bis zur Frühlingschlacht (1915) in Flandern behandelt. Auch dieser Band zeichnet sich wieder durch seine anregende und den Leser mitreisende Darstellungsweise aus. —

Ein bedeutsames zweibändiges Werk über „Das Wesen der Geschlechtlichkeit“ veröffentlicht Grete Meißel-Hess im Verlage Eugen Diederichs (Jena). Die Verfasserin bemüht sich, auf moralischem Gebiete sittliche Richtlinien von bleibender Bedeutung zu geben, in das Entwicklungs-Chaos des sexuellen Lebens der letzten 20 Jahre vor dem Kriege Klarheit und Ordnung zu bringen, und insbesondere der innerlich in Verwirrung geratenen jungen Generation, auf Grundlage objektiver Forschung, die sittliche Orientierung zu geben, deren sie bedarf.

Auch der bekannte Berliner Nerven-

arzt Prof. Dr. Albert Eulenburg hat ein neues Buch über „Moralität und Sexualität“ (A. Marcus u. E. Webers Verlag in Bonn) erscheinen lassen, in dem er sich die Aufgabe gestellt hat, ein bisher meist vernachlässigtes Problem dem allgemeinen Verständnis näher zu bringen, nämlich das Problem der zwischen den sittengesellschaftlichen und ethischen Anforderungen einerseits, und den teils unabänderlichen Naturtrieben, teils den verwickelten kulturellen Bedingtheiten unterliegenden Verhältnissen des menschlichen Geschlechtslebens andererseits obwaltenden Wechselbeziehungen. —

*

Bei der Akademischen Verlagsgesellschaft in Leipzig hat Prof. Dr. Walther von Janell in Verbindung mit Dr. Walther von Hauff, Georg C. Rik und Dr. Otto Nothdurft Berichte und Vorschläge unter dem Titel „Kriegspädagogik“ herausgegeben, die eine kritische Übersicht über die wichtigsten pädagogischen Fragen der Kriegsliteratur bieten. Die nach Fächern geordnete Darstellung zeigt, welchen Einfluß der Krieg auf Erziehung und Unterricht ausübt, und wie die Leistungen der Kriegszeit nach dem Urteil der pädagogisch interessierten Zeitgenossen für die Zukunft sich zu bewerten lassen. Den Schluß des Buches bildet ein Anhang, der vornehmlich pädagogisch interessante Äußerungen aus Frankreich und England enthält, sowie ein ausführliches nach Fächern geordnetes Verzeichnis der einschlägigen Literatur. —

Mit einem der Pädagogik sehr nahe verwandten Thema beschäftigt sich ein Sammelwerk des „Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht“: „Der Aufstieg der Begabten“, das Peter Petersen im Verlage von B. G. Teubner in Leipzig veröffentlicht. Vertreter aller Schularten von der Volksschule bis zur Hochschule, Vertreter der Verwaltung und des praktischen Lebens,

von Handwerk und Handel, Landwirtschaft und Industrie, Ärzte und Juristen haben sich zusammengefunden, um zur Klärung der Frage beizutragen: „wie erkennt man rechtzeitig, schon in den Entwicklungsjahren, die eigentliche Befähigung des Kindes und wie bildet man es nunmehr für denjenigen Beruf vor, für den es befähigt ist?“ In dem „Allgemeinen Teile“ dieses lesenswerten Buches wird nachgewiesen, wie sich die Begabungen äußern und wie sie erkannt werden, wie sie sich entwickeln und durchsetzen, welche Mittel und Wege ihnen das Leben, die Schule und die Wissenschaft bieten. Im „Besonderen Teile“ sollen Wege zur „Nationalen Schule“ gezeigt werden, d. h., wie der Herausgeber in der Einleitung ausführt, „zu einer unserer deutschen Nation, ihrer Geschichte und ihrem gegenwärtigen Sein angemessenen Schule, durch die das Eigenartige deutschen Wesens und deutscher Kultur zur Selbstdarstellung gelangt.“ —

Zum Schluß seien noch zwei Sammelwerke genannt, die allein schon deshalb weiteste Beachtung verdienen, weil sie aus Beiträgen von Männern der verschiedensten politischen Richtungen, Religionen und Berufsständen bestehen. Als erstes Buch dieser Art — soviel uns bekannt ist — hat der Direktor der Bibliothek des Herrenhauses, Dr. Friedrich Thimme im Verlage von S. Hirzel in Leipzig ein zweibändiges Werk „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“ herausgegeben. Es ist dem Herausgeber hoch anzurechnen, daß er es so meisterhaft verstanden hat, alle Parteien, Gruppen und Glaubensgemeinschaften zur Mitarbeit heranzuziehen, sie zu vereinen zu sachlicher Aussprache über alle geistigen und wirtschaftlichen Fragen. Es ist natürlich im Rahmen dieser Besprechung unmöglich, auf alle die einzelnen Beiträge, die größtenteils als ganz vorzüglich zu bezeichnen

sind, besonders näher einzugehen. Nur das eine, das allen diesen Aufsätzen gemeinsam ist, mag noch hervorgehoben werden, was das Werk als Ganzes nur noch wertvoller macht: Keiner sucht das Heil in einer Übertünchung der Gegensätze; jeder vertritt seine Weltanschauung, seine Interessen, seine Pläne für die Zukunft. Ein jeder von den namhaften und bekannten Mitarbeitern sucht aber auch das Wesen und die Ziele der anderen zu verstehen; er wird sich dessen bewußt, was allen gemeinsam ist, und strebt danach, dieses Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu verschärfen. Hoffen wir, daß der „innere Frieden“ und dieses gemeinsame Zusammenarbeiten, das uns die harte Notwendigkeit des Weltkrieges beschert hat, auch nach Beendigung dieses Krieges fortauern mögen zum Wohle unseres Vaterlandes und unseres Volkes.

„Last not least“ — möge niemand an diesem fremdsprachigen Ausdruck Anstoß nehmen! — sei noch ein ausgezeichnetes Buch „Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland“ kurz genannt, das von Dr. Alfred Wozni und Dr. Hugo Heinemann im Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart herausgegeben ist. Wir behalten uns vor, auf dieses Sammelwerk, zu dem Juristen und Verwaltungsbeamte, Parlamentarier und Gelehrte Beiträge geliefert haben, bei späterer Gelegenheit noch zurückzukommen, wollen jedoch schon hier nicht unterlassen, ihm einen großen Leserkreis zu wünschen, den es zweifellos verdient.

Literarische Rundschau.

Von Dr. Alfred Friedmann.

Mar Nordau. Menschen und Menschliches von heute. (Verlag des Vereins der Bücherfreunde.)

Skizzen - Glossen nennt der rühmlich bekannte Verfasser der weitverbreiteten, in alle Sprachen überetzten „Konventionellen Lügen“, der „Paradore“ usw. sein neuestes Sammelwerk. Eine Kritik ist heute kaum zulässig, diese für die oberstolze „Neue Freie Presse“, die „Bosnische Zeitung“ u. a. geschriebenen Aufsätze handeln, so weit sie nicht Ewiges berühren, kaum von Menschen von heute. Eher von vorgefester n. Die Zeit hat Siebenmeilenstiefel an, und vieles, das uns gestern ans Herz und vorgestern an den Verstand ging, zwingt uns heute knapp ein mitleidig Lächeln ab. Nordau hat in Paris Jahrzehnte als hilfsbereiter, oft „unentgeltlicher“ Armen- und Reichenarzt gelebt. Er hat immerzu über sein geliebtes Paris, dessen Sonnen- und Schattenseiten geschrieben, sowie Theodor Wolff, Paul Block, unparteiisch-deutsch. Zum Dank hat man ihn auf der Sommerfrische in der Bretagne von Weib und Kindern gerissen und, nach Irrfahrten, nach Madrid verbannt, von wo er nun — er will doch auch leben und ist kein Jüngling mehr — nach Berlin und Wien, etwas abseits vom Kriege, berichtet. Das ist kein Grund, sein Werk, wie bisher in Deutschland, totzuschweigen. Es ist ein echter Nordau, geistreich, belehrend, erfunderisch, klug und oft — paradox.

Nordau schenkt uns 31 Essays, die keiner ohne Gewinn oder Genuß lesen wird. Man kennt seine Art des Vorführens, der Polemik, und es ist gar nicht nötig, daß man immer einverstanden mit ihm ist. Wenn er z. B. gegen das Reisen wettet, so kann man nicht beistimmen. Klassiker haben behauptet, Reisen sei der höchste Genuß, und sind gereist. Zum Beispiel: Goethe nach Italien, Livingstone, Peters, schon Marco Polo. Selbst Nordau reiste: „vom Kreml zur Alhambra!“ —

Wenn Nordau heute noch von Nestor Roqueplan und San Peladan spricht, so ist eben sein Buch noch bewohnt von Menschen von ehergestern. Seinen Aufsatz über unseren tapferen Kaiser wird er bei einer Neuaufgabe revidieren. Recht hat er mit dem Kino. Von den heutigen Flieger-schlachten weiß er bei Beurteilung der Flügel noch nichts. Die Gondel in Venedig ist längst durch Motorboote verdrängt, überholt! Gondeln auf Bildern Bellinis und Paris Bordones sind mir nie aufgefallen. Dann hat er wieder Recht: qui terre a, guerre a! Und: Das Schicksal ist heute die Politik. Die Politik verdirbt nur den Charakter, wenn sie eine verdorbene Politik ist. Es fällt schwer, unter den guten Aufsätzen den preiswürdigen zu wählen. — Das neue Buch Nordaus sollte auf keinem deutsch-österreichisch-ungarisch-bulgarisch-türkischen Weihnachts-tische fehlen. Dann könnte er die zweite Auflage zeitgemäß revidieren! (Es lebe das Fremdwort. Trotz Professor Eduard Engel.)

* * *

Paul Mahn. Der Kamerad. (J. G. Cotta, Stuttgart.) Lucus a non lucendo. Der Autor war weiland beliebter Rezensent der „Bosnischen Zeitung“, veröffentlichte Virgit Wiborg, Guy de Maupassant, und Anderes und zog sich nach einer glücklichen Heirat für eine Weile von Kollegen und Literatur zurück. Ließ hie und da eine Romanschwalbe in die Welt flattern, die aber, wie die Kollegin Taube auf Noahs Arche, immer ein Friedensblatt im Munde führte, wenn sich auch die dramatis personae des Buches oft ebenso klug, wie weidlich zankten. Wir müssen Mahn auch dankbar sein, wenn er es hier nicht macht, wie so viele, die vor 1915 reichlich Lager hatten, und nun, um zu räumen, eine Kriegs-Coda anhängen.

Nein, das Wort *Krieg* kommt nicht vor. Ist es nicht ein Laßsal, da alle Redakteure nur *Krieg* verlangen, ein Buch zu finden, in dem sich — nur die zwei Ehekameraden bekriegen? Gibt man die Möglichkeit des ersten Geschehens zu, so sieht man die Folgerichtigkeit der Folge ein. Ein Maler liebt Frau Randow. Sie lösen ihr Verhältnis, der Maler erinnert sich, da ihn jeder ans Heiraten mahnt, einer verflochtenen Jugendliebe, die er vor zehn Jahren schmählich im pommerschen Polkzow verlassen. Sie hatte aber nicht erwartet, sondern geheiratet, war, wir erfahren nicht, warum, davon gelaufen und geschieden! Sie heiraten! Aber schon die ersten Verlobungsgeplänkel sagen dem Leser: „Es ist nicht wahr, daß, was sich liebt, sich neckt.“ Die Flitterwochen sind eitel Glück in Unteritalien, und wenn der Dichter hier eignes Erlebnis gibt, ist er zu beneiden. Sobald kommt er doch nicht wieder an die Chiaija. Aber bald sehen wir, wie in Dinah Samuel, in Adolphe, von Benjamin Constant, Liebende *Zwist* wie Horazens ewiges Liebespaar (*Donec gratus eram tibi*) aufführen. Es entsteht doch ein Krieg der Geschlechter. Nein, der Kampf eines Gottes gegen die weibliche Dummheit! Es ist das alte Lied, der Künstler bleibt unverstanden. Einsam zieht er seine Bahn; sein Können ist für das Weib albern, ihm Luft. Sprüche, Enkel La Rochefoucault's und La Bruyères, würzen den Streit. Der Maler findet seine zweite Rembrandt-Manier und wird seine erste Frau los. Das alles ist, bis auf einige derbe Worte (bramsig, Muß usw. und einige echt Paul Mahnsche Wendungen), in einem klaren und starken Stil erzählt, und man muß es mit dem unterhaltbaren Buche machen, wie jener Meistertrinker mit dem Becher in Rothenburg ob der Tauber es hielt — in einem Zug ausleeren. Von den Klugheiten nur ein Paar:

„Dumme Menschen sind furchtbar, aber kluge, die Unabänderliches beschwäzen, verstimmen fast noch mehr.“

„In dem Augenblick, da man Ansprüche aufgibt, erhebt man welche.“

Literarwissenschaftliche Rundschau.

Von Dr. M. Strauß-Worms.

Die Franzosen und wir.

„Der Wandel in der Schätzung deutscher Eigenart 1871—1914.“

Zimmer und immer wieder liest man in der deutschen Kriegsliteratur, auch in der streng wissenschaftlichen, den Satz von der Verständnislosigkeit, mit der das geistige Frankreich deutschem Wesen, deutscher Sitte und deutscher Kultur gegenüberstehe. Nun ist es wohl richtig, daß die schriftstellerischen Zeugnisse der ersten französischen Presse, des guten französischen Romans, und leider auch der französischen Wissenschaft, nicht nur während des Krieges, — das wäre zu verstehen — als auch schon geraume Zeit vorher, ein solches Zerrbild deutscher Geistesart zeigten, daß man manchmal glauben könnte, Deutschland sei für seinen Nachbar jenseits des Rheines gänzlich Terra incognita. Und doch ist diese Ansicht nur in sehr beschränktem Maße richtig. Nicht immer ist die deutsche Eigenart von Frankreich verkannt, beschimpft und verleumdet worden. Fast im ganzen neunzehnten Jahrhundert bis hart an die Jahrhundertwende hat man dort für deutsche Bildung und insbesondere für deutsche Wissenschaft nicht nur Verständnis gehabt, sondern eine bis zur Verehrung gehende Hochachtung, die uns dem französischen Volk geradezu als zu erstrebendes Vorbild hinstellte. Die Wendung kommt erst mit dem Marokkostreit zum Ausbruch und steigert sich

dann schnell und heftig, bis dasjenige Volk, das noch ein Viktor Hugo „ein Volk höherer Art“ genannt hatte, zu den Hunnen Attilas des Zweiten wurde. Eine kleine, aber sehr lehrreiche Schrift des Marburger Romanisten *Eduard Wechsler* „Die Franzosen und wir. Der Wandel in der Schätzung deutscher Eigenart 1871—1914.“ (Jena, Eugen Diederichs) macht uns diese Wandlung an der Hand zahlreicher Literaturzeugnisse aus allen Gebieten des französischen Schrifttums anschaulich; der besondere Wert des Buches liegt in der vorsichtigen Auswahl dieser Zeugnisse: nur die geistigen Führer Frankreichs kommen zu Wort, nur Männer von hoher Bildung und dem Gefühl der Verantwortlichkeit.

Seit Frau von Staëls Buch über Deutschland galt dieses als das willensschwache Volk gefühlseeliger Träumer, aber auch als das der Dichter und Denker, und so kam es, daß noch in dem Paris des zweiten Kaiserreichs deutsche Wissenschaft und insbesondere deutsche Philosophie herrschten. Lessing und Herder, Kant und Hegel, Goethe und Humboldt, Schleiermacher und Strauß, dann die klassischen Philosophen und Geschichtsschreiber, sie waren die Meister und Vorbilder eines Renan und eines Taine. „Die deutsche Geistesart,“ sagt *Renan*, „setzte mich in Erstaunen, mir war, als wäre ich in einen Tempel eingetreten. Ja, das war es, was ich suchte: Die Vereinigung echter Religiosität mit dem Geiste wissenschaftlicher Forschung.“ (Souvenirs d'enfance S. 291.) An einer andern Stelle sagt er: „Vor einem halben Jahrhundert hat man am Weimarer Hof unter einem absoluten Fürsten mehr Gedankenfreiheit bewiesen, als in unserem Lande, das so viele Kämpfe für die Freiheit ausgefochten hat. Wir Franzosen sind für das Äußerliche und Oberflächliche; die großen Gedanken über Gott waren und sind in Deutschland die Überzeugung

eines Jeden, der philosophisch gebildet ist. Wer in Frankreich für sie eintreten wollte, würde auf mehr Hindernisse stoßen, als er in Tübingen und Jena unter einer absoluten Monarchie gefunden hatte.“ (L'avenir S. 316.) Und *Taine*, der die Einwirkung des deutschen Geistes auf den französischen gern ablehnen möchte, erkannte allein der deutschen Metaphysik die Gabe schöpferischen Denkens zu: „Die Deutschen sind, verglichen mit uns, das, was die Engländer zur Zeit Voltaires für Frankreich waren. Ich lese bei ihnen Gedanken, von denen ein ganzes Jahrhundert zehren könnte.“ In einem Briefe an *Gabriel Monod* schreibt *Taine*: „Ein verständiger, unterrichteter, junger Franzose soll seine Ausbildung in Deutschland abschließen. Die Mehrzahl der höheren, geschichtlichen Forschungsgebiete haben heute ihren Mittelpunkt und ihre Quelle in Deutschland; unsere Rolle ist vorläufig ausgeübt.“ (Corresp. II. S. 316.) Diese Wertschätzung deutscher Eigenart zeigte sich aber, wie *Wechsler* an zahlreichen und gut gewählten Beispielen nachweist, nicht nur bei den geistlichen Führern Frankreichs, sie entsprach vielmehr durchaus der öffentlichen Meinung vor 1870. *Paul Sabatier* (Orientation religieuse) urteilt über diese Zeit: „Es war damals selbstverständlich, daß für die Philosophie und die exakte Forschung die Deutschen den Vorrang vor allen Völkern hatten, und daß diese nichts besser tun konnten, als bei ihnen zu lernen in der Schule Luthers und der Reformation; es war eine Hochschätzung und eine Art Bewunderung.“ Die Einwirkung Deutschlands war aber nicht nur auf das Reich der strengen Wissenschaft beschränkt, sie umfaßte — und das war dem syrischen gallischen Geiste gegenüber vielleicht ihr größter Sieg — auf die höheren Schulen Frankreichs über, die nun nach deutschem Vorbilde umgestaltet wurden. Die Ecole

normale übernahm die deutsche Arbeitsweise, und Napoleon III. gründete Seminare und Laboratorien nach Art des Betriebes an deutschen Hochschulen.

Wie die Männer der Wissenschaft, so urteilten auch Frankreichs gefeiertste Dichter; Viktor Hugo ruft aus: „Frankreich und Deutschland bilden das eigentliche Europa, die eigentliche Gesittung. Zwischen den beiden Völkern besteht ein innerliches Band, sie sind Brüder in der Vergangenheit (!), in der Gegenwart, in der Zukunft.“ Der Krieg 1870 brachte zunächst keine Verwandlung des Urteils über deutsche Geistesart. Wohl war man unsanft aus dem Traum erwacht, daß Deutschland das willensschwache Dentervolk sei, doch gab man diese Täuschung trotz der Niederlage noch nicht ganz auf, man unterschied zwei Deutschland, das unpolitische eines Goethe und das neue, gewalttätige eines Bismarck. Nach wie vor wird Kant in den Oberklassen gelehrt, und im Heereswesen nimmt man Deutschland jetzt ebenso zum Vorbild, wie vorher im Schulwesen. Noch nach Sedan durfte Renan die „überlegene Intelligenz und Arbeitskraft“ der Deutschen preisen und konnte ausrufen: „Les allemands sont une race supérieure, oui, très supérieure à nous.“ Sogar in den neunziger Jahren noch wendet sich die vornehme Zeitschrift „Le Mercure de France“ gegen die Patriotenliga, und Remy de Gourmont schreibt seinen berühmten Aufsatz „Le Joujou patriotisme“, in dem die Sätze stehen: „Mich bedünkt, daß es lanaweilig geworden ist, das scherzhafte Bild von den beiden gefangenen Schwestern, die im Trauerschleier an einem Grenzpfahl liegen und heulen wie ein Kalb, statt daß sie vor ihren Kühen sitzen und melken. . . . Der Tag wird vielleicht kommen, wo man uns an die Grenze schicken wird. Wir werden ausziehen ohne Begeisterung; an uns wird die Reihe kommen, totgeschossen zu wer-

den, wir werden uns nur ungerne totschießen lassen. . . . Wir sind keine Patrioten.“ . . . Bald aber beginnt nunmehr die Wandlung: eine neue Generation ist aufgewachsen, der Chauvinismus erstarrt, und diese deutschfeindliche Stimmung steigert sich nunmehr immer stärker bis zum Marokkostreit. Achtung und Hochschätzung verwandeln sich in Verkleinerung, ja in Verachtung. Deutschlands Nachgiebigkeit gilt als Feigheit, und das „Militärwochenblatt“ schreibt: „Le bon Guillaume a peur.“ Wechsler, der sich damals in Frankreich aufhielt, schildert diesen Umschwung anschaulich aus eigenen Erlebnissen. Er zeigt insbesondere wie die neue Jugend, die den Krieg nur vom Hörensagen kannte, in der Literatur, in der Wissenschaft, in der Presse zum Wort kommt. Jetzt kommen die Schlagworte vom Hochmut des deutschen Imperialismus und von seiner Gefahr für die Freiheit der europäischen Kultur auf und verbreiteten sich so stark, daß sie selbst ein Roman in Holland zu Eigen machte (Jean Christophe Band 7 und Band 10), wenn er schreibt: „Allerdings trug Deutschland die Hauptschuld an den Sünden Europas. Wenn man gesiegt hat, übernimmt man auch eine Verantwortung, übernimmt man eine Schuld gegen die Besiegten; man überkommt die stillschweigende Verpflichtung, ihnen voranzuschreiten und den Weg zu zeigen. Ludwig der Bierzehnte als Sieger schenkte Europa den Glanz der französischen Vernunft. Welches Licht hat das Deutschland von Sedan der Welt gebracht? Das Aufleuchten der Bajonette? Ein Denken ohne Schwingen, ein Handeln ohne Hochherzigkeit, einen hohen Wirklichkeitsinn, die bloße Kraft und den Vorteil: den Kriegsgott als Geschäftstreisenden.“ (Band 10, S. 9.) Man macht gegen den Unterricht in der deutschen Philosophie mobil, Léon Daudet, des großen Vaters kleiner Sohn, kämpft,

wie früher schon Paul Bourget, gegen Kant und ruft aus: „Der Kantianismus ist ein Gift für die französische Intelligenz. Er macht sie schwerfällig und lähmt sie. Jeder französische Vater, der besorgt ist, den Geist seiner Stammesart weiterzutragen, wird gut tun, seine Söhne vor diesem Gift zu bewahren. (Fantômes et Vivants S. 136.) Nicht anders ist es mit der Romanliteratur bestellt. Wechsler bietet eine Auswahl von Auszügen aus den bekannten Romanen von M. Barrès (La vallée de la Moselle; Collette Baudouche), René Bazin (Les Oberlé), Maurras (L'avenir de l'intelligence), in denen bereits der Typus des barbarischen, kulturlosen Deutschen immer wieder dem geistreichen, kunst- und geschmackliebenden, moralisch höher stehenden Franzosen gegenübergestellt wird. Der Kern der Fabel ist stets der gleiche: der junge Deutsche — in der Regel ist es ein Oberlehrer oder Offizier — bietet seine Hand der schönen und edlen Gallierin, die ihn manchmal liebt, manchmal verachtet, ihn aber stets aus Vaterlandsliebe verschmäht. Der Deutsche ist schwerfällig, so wie das Goethebild im Städelschen Institut in Frankfurt am Main, „wo Goethe einem Elefanten gleich“ (!), er ist Trinker, entnimmt sein Französisch dem Plöß und schwärmt für den Style néoschwob des Meier Bahnhofes. Ihren offensten Ausdruck fand die kriegerische Stimmung kurz nach Agadir, 1912 in dem Buch von Etienne Rey „La renaissance de l'orgueil français“, und dann in einem Werke, das sich mit deutschem Rittertum beschäftigte: „Les origines de l'influence française en Allemagne“ des jungen Gelehrten Louis Reynaud.

Hier erinnern die Auszüge, die Wechsler gibt, schon mehr an die belgischen und englischen Kriegserzählungen: Deutschland war und ist das Land ohne jeden Idealismus, das Volk der Unzucht,

hier findet man nichts von der vielgerühmten Treue, nichts von Frauenverehrung, nichts von Gemüt, nichts von Arbeitsfreudigkeit.

So ist es denn leicht verständlich, wenn dieses dem französischen Volke systematisch eingetropfelte Gift immer stärker wirkt, wenn nach Kriegsausbruch Haß und Verleumdung ins Riesenhafte wachsen, wenn jede Stimme der Vernunft und Gerechtigkeit schweigt. Zwar veröffentlichten im Frühjahr 1914 noch einmal 71 französische Schriftsteller, Gelehrte und Künstler eine Erklärung für den Frieden, in der sie eine ehrliche Abfindung mit dem Frankfurter Frieden fordern; umsonst! das Gift hat gewirkt, die kulturlosen Barbaren müssen unschädlich gemacht werden. — — — Das ist die Geschichte von dem Wandel in der Schätzung deutscher Eigenart, die uns das lesenswerte, kleine Buch Wechslers lehrt; bezeichnend dabei ist schließlich, daß diese Geschichte mit der Angst der Zauberlehrlinge schließt, die die Geister des blutigen Hasses nicht mehr loswerden: bei Männern, wie Charles Maurras und M. Barrès dämmert, wie die französischen Tageszeitungen melden, nach dem, was der Krieg an geistigen, moralischen und wissenschaftlichen Leistungen des deutschen Volkes aller Welt kundgetan hat, bereits die Erkenntnis von der Tüchtigkeit und dem Wert des deutschen Wesens, das sich gegen ihren Willen Achtung und Anerkennung erzwingt.

Kriegs-Frauenrundschau.

Von Ulla Wolff-Frank.

Von friedlicher Arbeit ist manches zu berichten vom Abschluß des zweiten Kriegsjahres und vom Beginn des dritten. Als zu Anfang des Krieges jede Art von Fürsorge sich regte, waren die

zu Beginn des Kriegswinters 1914—15 sich einführenden Stricknachmittage von einer anfänglich angezweifelten, manchmal sogar belächelten Bedeutung, bis sie, wie alles in dieser großen Zeit, sich entwickelten zu ungeahnter Größe und zu vollster Beachtung heischenden Werten. Aus diesen bescheidenen Stricknachmittagen mit dem geringen Ertragnis, das nur als armseliges Scherflein in den zu ansehnlichster Höhe anwachsenden Gabenlisten und Fürsorgespenden anzusehen war, entstanden allgemach die musikalischen und literarischen Veranstaltungen in den Kreisen der Berliner Gesellschaft, insbesondere die in den Häuslichkeiten der Veranstalter. Tausende und Abertausende und Zehntausende konnten in die Hilfskassen eingeliefert werden, die dazu eingerichtet wurden, notleidenden Künstlern beizustehen. Viel Sorge und Not wurden dadurch gelindert, die Hoffnungslosigkeit gemildert, der Mut gestählt und den Beschäftigungslosen zur Betätigung verholfen, indem man sie zu Vorträgen für diese Nachmittage einlud und sie dafür honorierte. Die Möglichkeit, sich künstlerisch zu betätigen, wo sie ausgeschloffen waren durch die Zeitverhältnisse, und dabei außerdem etwas zu verdienen, gab manchem von ihnen neuen Lebensmut. Hochherzig traten ihnen die großen Kollegen und Kolleginnen zur Seite, die ihre Kraft in überreichem Maße zur Verfügung stellten für diese Veranstaltungen zu Gunsten der schwer Betroffenen. Es war bewunderungswert und verdient höchste Anerkennung, mit welcher unermüdblichen Hingebung diese Künstler bereit waren, für die gute Sache sich einzusetzen. Alle diese Privatirkel konnten auf ihre Mitwirkung zählen. Und reichlich wurde das ausgenutzt. Selbstverständlich waren diese Arrangements Frauenarbeit, weshalb an dieser Stelle ihnen besondere Aufmerksamkeit geschenkt sei. Es wäre

unmöglich auf Einzelheiten dieser „Teegesellschaften“ und ihrer künstlerischen Darbietungen einzugehen, wie sie in den vornehmen Wohnräumen in Berlin W, in den Grunewald-Villen, in den Villen am Wannsee, in Künstlerheimen und auch in bescheideneren Häuslichkeiten sich abspielten. Gemeinsam war allen der gleiche Zug freudiger Hilfsbereitschaft, liebenswürdiger Gastlichkeit. Man fühlte sich behaglich bei diesen Tees, in denen allerdings der Strickstrumpf rasch verschwand und die Geselligkeit sich mehr in den sonst üblichen Formen äußerte. Man begrüßte sich, man plauderte, man lauschte den Kunstgenüssen und man trank — Tee. Das Hauptkontingent der Anwesenden stellten auch hier die Frauen, und die Abonnements- und Eintrittspreise, von den niedrigen bis zu den höchsten, waren kein Hindernis für starke Beteiligung. Ich möchte, um ein Bild dieser Nachmittage zu geben, von den „Mittwochen“ bei Frau Maria von Bülow berichten, die diese in ihrem Hause veranstaltete. In erster Reihe waren es die Musiker, die man bei ihr hörte, und von denen die jüngere Künstlerschaft es als Auszeichnung empfand, im Musikzimmer Hans v. Bülows auf dem Klavier, das der unvergeßliche Meister einst beherrschte, spielen zu können. Und neben diesen Jüngsten, von denen manch einer heute schon in den Konzertprogrammen der berühmten Philharmonischen Konzerte sich einen Platz eroberte, Künstler ersten Ranges, wie Max Fiedler, Lüttsha, Heinrich Grünfeld, Julius Thornberg, Arnold Földeßy, Edwin Fischer, Georg Walter, und der dreizehnjährige Erwin Nyiregehazi. Von den Sängerinnen sei Frau Lula Nyß-Gemeiner genannt, und die literarischen Vorträge waren vertreten durch Franziska Elmenreich, Marie Pospischill, Irene Friesch, Fanny Stolzenberg und die als Meisterin der Vortragskunst rühmlichst bekannte Hausfrau. Von

Herren beteiligten sich: Hans Land, Dr. Manz, Alexander Moskowski. Zu diesen gesellte sich in einem Sondervortrag über „Kultur und Weltentwicklung“ Geheimrat Professor Josef Kohler. Da die Räume bei Frau v. Bülow sich als nicht ausreichend für die angemeldete Zuhörerschaft erwiesen, fand dieser Vortrag, dem gleichen Zwecke geweiht, im Hause des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann statt, vor einem gewählten Publikum von Parlamentariern, hohen Staatsbeamten, vielen Offizieren, Männern der Wissenschaft und Kunst. Hier überwogen allerdings die Männer, aber die Ziele waren die gleichen und das überaus glänzende Resultat ebenfalls, und wieder war es Frauenarbeit und Unternehmungsgeist, die es zustande gebracht. Einer besonderen Art dieser Nachmittage sei noch gedacht. In den prunkvollen Kurssälen eines der haute finance angehörigen Bankiers verwandelte sich der Tee in ein kaltes Büffet mit Sekt. Die größten Künstler der Kgl. Oper sangen, vom Hausherrn hoch honoriert, der selbst für 10 000 Mark Eintrittskarten erstanden und sie als Einladungen versandt hatte. Den auch sonst hohen Eintrittspreisen entsprechend, hatte sich die eleganteste und zahlungsfähigste Gesellschaft dort zusammengefunden. Man trank Tee und . . . Sekt, aber die Grundlinie blieb unverändert. Es ist: die Hilfsbereitschaft. Wertvoll in jeder Form; der Zweck heiligt die Mittel. Und schon werden aufs neue die aus Sommernachtsträumen voll Hoffnungen und Wünschen auf den inbrünstig erflehten, heiß ersehnten Frieden jäh und grausam Aufgeschreckten ans Werk gerufen. Frau v. Bülow kündigt für den vierten Oktober den Wiederbeginn der „Mittwoche“ an, denen in diesem Jahre Josef Schwarz von der Kgl. Oper, der bewundertste und verwöhnteste Liebling des Berliner Publikums, die Weihe geben wird. —

Neben diesem geselligen Einschlag der Fürsorgearbeit ruht aber nimmer der Ernst und die Durchforschung der schweren Probleme, die die Zeit für die Frauenbewegung herbeiführt. „Das weibliche Dienstjahr“ unterliegt immer neuen und weiteren Ausführungen. Sehr bemerkenswert und interessant äußert sich Elise Hirschmann zu dieser Frage:

„1. Ein obligatorisches Jahr hauswirtschaftlicher Ausbildung vor allem für die Volksschuljugend. Das Dienstjahr für die aus der Volksschule Entlassenen soll ein hauswirtschaftlich-vertieftes, volkswirtschaftlich-staatsbürgerliches sein.

2. Für die aus höheren Schulen Entlassenen ein soziales Dienstjahr. Meist wird hierfür der Nachweis genügender hauswirtschaftlicher Kenntnisse gefordert.

Es ist nun die sehr wohl stellbare Frage: ist ein soziales Dienstjahr aller höheren Schülerinnen zweckentsprechend und wünschenswert unter der Voraussetzung, daß die gesamte weibliche Jugend sich eine Fachbildung angeeignet hat?

Soziale Arbeit ist in Tat umgesetzte Menschenliebe, etwas Wundervolles, aber etwas, das sich selbst überflüssig zu machen gewillt ist. Wir leben in einem Zeitalter sozialer Gärung und können nicht voraussehen, ob nicht in einigen Dezennien auf dem Wege der Reformen, der mit den Versicherungen begonnen hat, der Kreis der zu Versorgenden so gering geworden ist, daß der Bedarf an Hilfskräften ein so minimaler wird, daß, wie wir es heute schon wünschen, soziale Arbeit Beruf, Lebensarbeit geworden ist. Man wünscht aber das soziale Dienstjahr nicht nur, weil man einen größeren Kreis sozial Helfender zu brauchen vermeint, sondern auch zur sozialen und persönlichen Erziehung der Mädchen. Die Frage der sozialen Erziehung ist aber eng mit der der Fachbildung und Berufstätigkeit verknüpft.

Fachbildung zielt auf Berufsarbeit. Diese ist nötig aus zwei verschiedenen Gründen. Erstens, um der unbedingt notwendigen ökonomischen Selbständigmachung der Frau willen; sind doch bis zum 30. Lebensjahre rund 70 Prozent, und nach dem 50. Lebensjahre rund 50 Prozent ohne ehelichen Ernährer. Zweitens, um dem durch sein Vermögen unabhängigen Teil der unverheirateten weiblichen Bevölkerung eine innere Befriedigung zu ermöglichen und sie zu produzierenden, nicht nur konsumierenden Staatsbürgern zu machen.

Wenn von der dumpfen Empfindung einer an die Allgemeinheit abzutragenden Schuld, vom pflichtlosen Dasein des jungen Mädchens gesprochen wird, so trifft das nur noch einen verschwindend kleinen Teil: acht Neuntel aller jungen Mädchen sind im Beruf, nur ein Neuntel berufslose Hausstöchter. Und aus oben genannten Gründen ist die Berufserziehung auch dieses Bruchteils wünschenswert, womit eine Menge Forderungen des weiblichen Dienstjahres stehen und fallen. Vor allem, Berufsbildung diszipliniert, erzieht zur Pflichterfüllung, ertüchtigt auch zur Übernahme andersgearteter Pflichten und führt, so unmittelbar, zu den sozialen Problemen. Auf Frauen, die in der Arbeit mit den verschiedensten Klassen zusammenkommen, wird es nicht passen, wenn v. Hauff sagt, daß der furchtbare Klassenhaß mehr von den Frauen als von den Männern genährt wird.“

Nachdem sie das Für und Wider dieser Frage nach allen Seiten mit genauer Sachkenntnis und eingehender Gründlichkeit behandelt hat, gelangt sie betreffs der Notwendigkeit des weiblichen Dienstjahres in bezug auf den Krieg

zu der Schlussfolgerung: „daß im Falle eines Krieges ernste Berufsarbeit dem Vaterlande größere Dienste leistet, als vorübergehende soziale Beschäftigung. Braucht man einen größeren Teil sozialer Arbeiter, so sollen die leitenden Posten sozial Berufstätige bekommen, die Handlangerdienste wird unter einer Bedingung jede Berufsfrau leisten können. Diese Bedingung ist: das hauswirtschaftliche und erziehungsfundliche Dienstjahr.“ Die richtige Form dafür müsse noch gefunden werden, obwohl die verschiedensten annehmbaren Vorschläge bereits gemacht sind. „Gerade die Erfahrungen des Kriegesjahres haben die Forderungen nach einem weiblichen Dienstjahr verstärkt“, betont Elise Hirschmann, wie aber dieses beschaffen und eingeführt werden, ob es der Volksschule, der Fortbildungsschule, der Fachschule, oder gar den höheren Schulen und dem Lyzeum anzugliedern sei, bleibt doch noch pädagogischen und sozialen Erörterungen der Zukunft, der die Ausführung des weiblichen Dienstjahres zufällt, vorbehalten. Auch die leider früh verstorbene Lilly Braun hat sich in Vorträgen und Schriften vielfach mit dem weiblichen Dienstjahr beschäftigt, das sie aber nur als in zweiter Linie stehende Forderung der modernen weiblichen Gesellschaftsordnung ansieht. Der Krieg ist ihr nur „ein Schrei nach der Mutter“, dem sie für Staat und Volksvermehrung die allerhöchste Wichtigkeit beimißt. Die Mutterschaft ist das höchst zu bewertende Ziel und mit ihr eine Erhöhung der Daseinsbedingungen für Mütter und Kinder. In diesem Sinne behandeln auch Gertrud Bäumer, Adele Schreiber und viele andere Frauenrechtlerinnen diesen Gegenstand.

Unverlangte Manuskripte senden wir nicht zurück, wenn ihnen nicht Rückporto beiliegt.

Gerausgeber und Chefredakteur: Prof. Dr. Ludwig Stein in Berlin W 10, Eikhofufer 5a. (Telefon Amt Kurfürst Nr. 6308.) — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Sylvius Bruk in Breslau. — Allein-Vertretung für Ungarn: Grill'sche k. k. Hofbuchhandlung (J. Benkó), Budapest V, Dorottya-utca 2. — Verlag und Druck der Schlesischen Buchdruckerei v. S. Schottlaender, H.-B., Breslau III.





41. Jahrgang.

Einladung zum Abonnement



41. Jahrgang.

auf „Nord und Süd“.

Eine deutsche Monatschrift.

Mitarbeiter an

„Nord und Süd“

Begründet von **Paul Lindau**

Herausgegeben von **Professor Dr. Ludwig Stein**

sind u. a.:

Ernst Haackel — Rudolf Eucken — P. D. Fischer — Graf Apponyi
 — Graf Andrássy — Graf von Leyden — Exzellenz Dr. Kellnerich
 — Wilhelm Ostwald — Wilhelm Waldeyer — Frhr. von Plener —
 Svante Arrhenius — von Pilgk-Hartung — Graf von Volstini —
 Graf von Mirbach-Sorguitten — Direktor Theodor Müller (von der
 Firma Gebr. Stumm) — Geheimrat W. von Siemens — Dr. Walther
 Waldschmidt — Dr. Ing. P. Goerz — Dr. von Bilguer — Hermann
 Waller — Robert Milič — Exzellenz Dr. Kaempi — Exzellenz
 Freiherr H. von Rechenberg — Exzellenz Josef Szerényi — Dr.
 G. Stresemann — Dr. Paalche — Balfmann — Geheimrat
 Dr. Heinrich Dove — Exzellenz Dr. Franz Klein u. a.

Durch den reichen Inhalt an hervorragenden zeitgemäßen Beiträgen
 von berufenster Feder aus allen Gebieten der Literatur, Kunst, Wissenschaft
 und Politik bildet

„Nord und Süd“

für jedermann eine wertvolle Lektüre.

Abonnementpreis pro Quartal (3 Hefte) Mk. 6.— und nehmen Be-
 stellungen alle Buchhandlungen, Postanstalten, wie der unterzeichnete Ver-
 lag entgegen.

Interate finden in „Nord und Süd“ die weiteste Verbreitung.

Schlesische Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt
 v. S. Schottlaender A. G., Breslau III.

NATÜRLICHES KARLSBADER SPRUDELSALZ

SALZ
 ist das allein echte Karlsbader
 Vor Nachahmungen und Fälschungen wird gewarnt.

Interessant für Jedermann
 ist das reich illustrierte Sammelwerk

Der Mensch u. seine Entwicklung
 dargestellt in archäologischen Romanen und Novellen
 von **W. G. Neander**

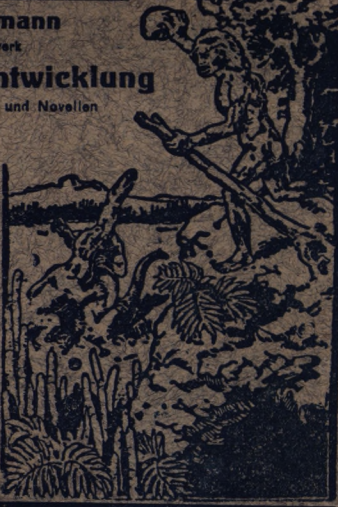
Bereits erschienen:

Band I. Die Steinzeit
 Mit 81 Abbild. Brosch. 1.80 M., geb. 2.30 M.
 Soeben gelangt zur Ausgabe:

Band II. Die Pfahlbauzeit
 Mit 195 Abb. Brosch. 3.- M., geb. 3.75 M.

Band III. Mu Atlantis
 Mit 12 Abb. Brosch. 2.50 M., geb. 3.30 M.
 — Jeder Band ist einzeln käuflich. —

Ein ganz neuer Weg ist eingeschlagen,
 um weitesten Kreisen die Uranfänge des
 Menschengeschlechts auf wissenschaftlicher
 Grundlage anregend vor Augen zu führen.
 — Ausführliche Prospekte gratis. —
 Zu beziehen durch jede Buch- und
 Kunsthandlung.



**Verlag der Schles. Buchdruckerei,
 Kunst- und Verlags-Anstalt v.
 S. Schottlaender A.-G., Breslau III**